

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Dieter Bingen  
Bilanz deutscher Politik gegenüber Polen  
1949 bis 1997

Włodzimierz Borodziej  
Polen und Deutschland seit 1945

Georg W. Strobel  
Die polnische „Preußenkrankheit“  
und ihre politische Instrumentalisierung

Hans-Werner Rautenberg  
Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung  
in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute

B 53/97  
26. Dezember 1997

Dieter Bingen, Dr. phil., geb. 1952; Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte, Soziologie und Erziehungswissenschaft in Bonn; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: (Bearb.) Manfred Gebhardt/Joachim Küttner, Deutsche in Polen nach 1945. Gefangene und Fremde, München 1997; (Hrsg. zus. mit Burkard Steppacher) Polonia in Deutschland. Dokumentation, Bonn 1997; Polens Suche nach einer neuen Mitte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 42 (1997) 11; Die Republik Polen. Eine kleine politische Landeskunde, Landsberg 1998; Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998.

Włodzimierz Borodziej, geb. 1956; Professor am Historischen Institut der Universität Warschau; Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität Warschau; 1992–1994 Generaldirektor in der Sejmkanzlei (Parlamentsverwaltung); 1994/95 Gastprofessor an der Philipps-Universität in Marburg; Co-Vorsitzender der Deutsch-Polnischen UNESCO Schulbuchkommission.

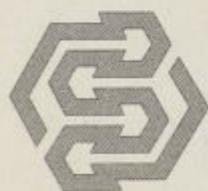
Veröffentlichungen u. a. (Titel ins Deutsche übersetzt): Terror und Politik. Deutsche Polizei und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement, Warschau 1985; Zwischen Potsdam und Schreiberhau. Polen in den internationalen Beziehungen 1945–1947, London 1990; (Mithrsg., Mitverf.) Die Volksrepublik Polen in der Sicht der STASI, Bde. I, II, Warschau 1995, 1996.

Georg W. Strobel, Dr. phil., geb. 1923; em. o. Professor für Politikwissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt und Honorarprofessor für osteuropäische Geschichte an der Universität Mainz; Mitbegründer und Gutachter des Stipendienprogramms der VW-Stiftung für polnische Nachwuchswissenschaftler, jetzt auch für Osteuropa und die GUS-Staaten, sowie Mitbegründer des Deutschen Historischen Instituts, Warschau.

Seit 1949 zahlreiche Veröffentlichungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen.

Hans-Werner Rautenberg, Dr. phil., geb. 1938; wissenschaftlicher Referent am Herder-Institut e. V. in Marburg; Lehrbeauftragter am Institut für osteuropäische Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: Der polnische Aufstand von 1863 im Spiegel der deutschen Diplomatie und der öffentlichen Meinung, Wiesbaden 1979; Aufsätze und Forschungsberichte zur preußischen, polnischen und baltischen Geschichte sowie zum Flüchtlings- und Aussiedlerproblem.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## Bilanz deutscher Politik gegenüber Polen 1949 bis 1997

Die Bilanz der deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird bereits stark durch die Erfahrungen der letzten sieben Jahre nach dem Völkerfrühling geprägt. In das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen ist zumindest auf offizieller Ebene ein hoher Grad an Normalität und sogar politischer Freundschaft eingeleitet, der vor zehn Jahren noch als unvorstellbar galt. Für die junge Generation der Deutschen und Polen ist der Weg kaum noch darstellbar, der zurückgelegt werden mußte, bis im Sommer 1997 die Agenturmeldung kaum noch Aufsehen erregte, daß vor der Westerplatte bei Danzig eine deutsche Fregatte vor Anker gegangen war, deren Kommandant den polnischen Präsidenten Kwaśniewski als Gast an Bord begrüßen durfte – an jenem Ort, von dem aus das nationalsozialistische Deutschland mit dem Zerstörer „Schleswig-Holstein“ am 1. September 1939 seinen Krieg gegen Polen begonnen hatte.

### I. Grundlagen der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990

An der deutschen Polenpolitik und an der polnischen Deutschlandpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts läßt sich der Paradigmenwechsel in der europäischen Politik exemplarisch darstellen. Die Berufung auf eine „polnisch-deutsche Interessengemeinschaft“ in Europa von polnischer Seite, wie erstmals im Februar 1990 durch Außenminister Krzysztof Skubiszewski in Bonn geschehen, ist ohne Vorbild in der Geschichte deutsch-polnischer Beziehungen.

Nirgends wurde der sich ankündigende Paradigmenwechsel sinnfälliger darstellbar als zwischen dem 9. und 14. November 1989. Die Koinzidenz des offiziellen, außergewöhnlich langen Polenbesuchs von Bundeskanzler Kohl und der Versöhnungsgeste der Regierungschefs Mazowiecki und Kohl in Kreisau/Krzyżowa (Niederschlesien), die kurzfristig entschiedene Unterbrechung des Besuchsprogramms für einen Blitzbesuch in Berlin

nach dem Fall der Mauer und die anschließende Unterzeichnung einer „Gemeinsamen Erklärung“ mit 78 Punkten über das Verhältnis zwischen den beiden Staaten verdichteten die Anzeichen einer historischen Zeitenwende in der Mitte Europas.

Mit dem wenige Wochen nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands am 14. November 1990 unterzeichneten deutsch-polnischen Grenzvertrag beabsichtigten die deutsche und die polnische Regierung, das Kapitel Territorialstreitigkeiten zwischen Deutschen und Polen endgültig abzuschließen<sup>1</sup>. Das ursprüngliche Fernziel der bundesdeutschen Außenpolitik seit 1949, die Wiedergewinnung der staatlichen „Einheit in Frieden und Freiheit“, wurde gleichzeitig mit dem Hauptziel der polnischen Außenpolitik nach 1945, der allseitigen Anerkennung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße, erreicht. Der große Entwurf zukünftiger deutsch-polnischer Beziehungen war dem „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991<sup>2</sup> vorbehalten. Der Nachbarschaftsvertrag sollte nach dem Willen der deutschen und polnischen Akteure die historische Chance für eine wirkliche Verständigung zwischen Deutschland und Polen in einer revolutionär veränderten europäischen Situation reflektieren und Felder der Zusammenarbeit vorbildlich für Europa erschließen.

Vergleicht man den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen 1997 mit der Situation im Jahr der deutschen Vereinigung, dann läßt sich unschwer feststellen, daß das Profil und die Probleme des bilateralen Verhältnisses in den letzten sieben Jahren einen ganz neuen Charakter bekommen haben. 1990/91 wurde das deutsch-polnische Verhältnis von den inneren und äußeren Aspekten der Erlangung der deutschen Einheit geprägt; 1997 wird es zumindest auf der offiziellen Ebene von einer expandierenden Nachbarschaftspolitik im

1 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze, in: Bulletin des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 134 vom 16. 11. 1990, S. 1394.

2 Vgl. Bulletin, Nr. 68 vom 18. 6. 1991, S. 541–546.

Rahmen der vorgezeichneten Zugehörigkeit zu denselben Bündnissen (EU, NATO) getragen. Die polnischen Ängste kurz vor der Vereinigung Deutschlands<sup>3</sup> haben sich nach den ersten Erfahrungen mit dem vereinigten Deutschland verflüchtigt.

Als entscheidend für den Paradigmenwechsel im deutsch-polnischen Verhältnis seit dem Systemwechsel in Mitteleuropa stellt sich eine neue Hierarchie der Interessen heraus. Bis 1989 galten die polnische und die westdeutsche Staatsräson als unvereinbar. Kompliziert wurden die Verhältnisse durch die deutsche Zweistaatlichkeit und die deutsch-deutsch-polnischen Dreiecksbeziehungen. Heute prägt das Motto „Interdependenz“ die deutsch-polnischen Verhältnisse. Griffig haben deutsche Regierungspolitiker dies so formuliert: „Es kann Deutschland nicht gutgehen, wenn es Polen schlecht geht.“ In Warschau ist entsprechendes Denken politisches Allgemeingut.

---

## II. Überlegungen zu Kontinuität und Wandel in den Beziehungen zu Polen

---

### Zum Leitmotiv Bonner Polenpolitik

Der historische und politische Ausgleich mit Polen, der sich im nachhinein wie eine in die Wiege der Bundesrepublik gelegte Erfolgsgeschichte und notwendige Erfüllung eines Auftrags darstellen läßt, war in den Gründerjahren der „alten“ Bundesrepublik kaum zu erwarten gewesen. Blickt man vom Ende der Bonner Republik auf ihren Anfang zurück, auf ihre Erbschaft, ihr Selbstverständnis und ihre Aufgaben, dann waren in der konkreten Politik am Anfang der fünfziger Jahre nur wenige Ansätze für eine neue Politik gegenüber Polen identifizierbar<sup>4</sup>.

Aber ungeachtet der weitgehenden Sprachlosigkeit und mangelnden außenpolitischen Kompetenz der jungen Bundesrepublik im Verhältnis zu Polen

kristallisierte sich recht bald das Gegenmodell zum Begriff des Politischen im Nationalsozialismus, aber auch zu dem Verständnis von Weimarer Realpolitik heraus. Leitmotivisch galt das Friedensgebot gegenüber dem polnischen Staat und das Verständigungs- und Versöhnungsangebot an das polnische Volk von Anfang an. Der Hinweis auf eine erstrebenswerte gemeinsame europäische Friedensordnung war zwar eher unbestimmt – aber ohne Zweifel ein großer Bruch mit der deutschen Außenpolitik, insbesondere der Osteuropapolitik – und hier der Polenpolitik – der zurückliegenden Jahrzehnte. Diese Haltung der neuen Bundesregierung war nicht der außenpolitischen Alternativlosigkeit eines Dreimächte-Protectorats oder schierem Opportunismus zuzuschreiben, sondern eine Schlußfolgerung aus den verheerenden Konsequenzen der Politik vorhergehender Epochen. Gerade die vielgescholtene Charta der Heimatvertriebenen von 1950 war – wenn auch kein Regierungsdokument – so doch ein wichtiges Element für ein neues Leitmotiv der Politik des demokratischen Deutschland gegenüber seinen östlichen Nachbarn.

Die neue Richtschnur polenpolitischen Handelns hat anfangs eher im Verborgenen gewirkt und kaum Früchte getragen, wenn man beispielsweise an das unbekannt gebliebene, von dem CDU-Nachwuchspolitiker Ernst Majonica mitorganisierte erste Treffen deutscher und (exil-)polnischer Christdemokraten in Paris im Jahre 1951 denkt.

Zwar waren seit der Gründungsphase in der Bonner Republik *reeducation* und *westernization* vorgegeben, die Gefahren eines Grenzrevisionismus und eines fortgesetzten deutsch-polnischen Antagonismus aber noch nicht endgültig gebannt. Gegenüber einer Politik der Rechtsvorbehalte, des Alleinvertretungsanspruchs, der jede Aktivität gegenüber Warschau lähmte, und eines „Niemals“ mit Blick auf die Oder-Neiße-Grenze konnte das neue Leitmotiv fast eineinhalb Jahrzehnte lang kaum etwas ausrichten. Die alles überlagernde Deutschlandpolitik beeinflusste das Verhältnis zu Polen in den ersten beiden Jahrzehnten vornehmlich negativ. Die Bonner Polenpolitik war nie eine „Politik der Stärke“ gewesen, in den ersten beiden Jahrzehnten der Republik im Gegenteil eine „Politik der Schwäche“, die gelegentlich durch offensiv wirkende Rhetorik und juristischen Dogmatismus kaschiert wurde. Erst der visionäre Realismus eines Willy Brandt und seiner engeren Umgebung (Egon Bahr u. a.), der in den sechziger Jahren, auf Berliner Erfahrungen beruhend, einen Durchbruch erzielte, schuf auch in der Polenpolitik neue Chancen.

---

3 Vgl. Polacy wobec kwestii niemieckiej. Komunikat z badań (Die Polen gegenüber der deutschen Frage. Forschungskommuniké), hrsg. vom Centrum Badań Opinii Społecznej (CBOS), Warszawa, marzec 1990.

4 Im folgenden beziehe ich mich auf das Schlußkapitel meiner im Januar 1998 im Nomos-Verlag erscheinenden Monographie: Dieter Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998 (Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Bd. 33). Die polnische Ausgabe erschien unter dem Titel: Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla. 1949–1991, Kraków 1997.

Vor allem aber war es eine Bewegung von unten, die allmählich Veränderung in die festgefahrenen Minimalbeziehungen zwischen Bonn und Warschau brachte. Die beiden christlichen Kirchen, Schriftsteller und Publizisten, Einzelpersonlichkeiten in den großen Parteien und Initiativen von Bürgern verhalfen der zähen und nur langfristig wirkenden Implementierung der neuen Polenpolitik zum Durchbruch. Die Ablösung des statischen, rein juristischen Denkens in den Bonner Amtsstuben, aber auch die Überwindung der Fixierung der Betroffenen auf die eigenen Verluste, auf das den Deutschen zugefügte Leid und an ihnen begangene Verbrechen haben der neuen Ostpolitik auf den Weg geholfen. Recht spät, eigentlich erst in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, begann das öffentliche Nachdenken über die Verluste der Polen, die Verbrechen, die von den Deutschen in und an Polen begangen worden waren. Die moralische und menschenrechtliche Perspektive wurde entnationalisiert und als universell gültig erkannt – was sie an und für sich war, was aber im Verhältnis zu Polen oft verdrängt wurde. Es war der Außenminister Gerhard Schröder, der in aller Zurückhaltung diesen Perspektivenwechsel als wichtige Hilfe für eine neue Politik gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten und insbesondere gegenüber Polen gewürdigt hatte. Das neue Leitmotiv deutscher Polenpolitik konnte endlich von der rhetorischen in die praktische Phase übergeleitet werden.

Es bleibt allerdings festzuhalten, daß schon in der Frühgeschichte der Bundesrepublik die Beschäftigung mit der Vertreibung und dem Verlust jahrhundertalter deutscher Siedlungsgebiete und Kulturräume im wesentlichen den vom Heimatverlust unmittelbar Betroffenen allein überlassen wurde. Es ging hier um einen Komplex des Ausblendens und kollektiver Verdrängung in beiden deutschen Gesellschaften nach 1945 auf der Grundlage von ideologisch unterschiedlich begründeten Integrationsmodellen in der Bundesrepublik und in der DDR.

### **Zur Verdrängung von Flucht und Vertreibung**

Wie haben „die“ Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR das Problem der Grenzverschiebung und ganz konkret der Flüchtlings- und Übersiedlerströme aus den verlorengegangenen Ostprovinzen nach 1945 betrachtet bzw. betrachten dürfen? Müßte hier nicht über Tabus und Defizite diskutiert werden, die das Bewußtsein eines großen Teils der BRD- und der DDR-Deutschen bis in die jüngste Vergangenheit hinein prägten und nichts mit kommunistischer

Unterdrückungspolitik in den polnischen Westgebieten zu tun haben?

Hat es jemals in den vergangenen Jahrzehnten eine „Bewältigung“, d.h. eine historische Würdigung des Verlusts von integralen Bestandteilen deutscher Geschichte und Kultur (Schlesien, Neumark, Pommern, Ostpreußen) gegeben? Ist diese Geschichte nicht vornehmlich als Belastung durch Folgewirkungen in Form von schwieriger Integration und Lastenausgleich perzipiert worden? Wer im Westen hat sich wirklich Gedanken darüber gemacht, daß diejenigen Deutschen, die ihre historischen und kulturellen Wurzeln kollektiv verloren haben – sei es, daß sie in die beiden deutschen Staaten flüchteten oder vertrieben wurden, sei es, daß sie nun in einer polnischen Umgebung lebten –, nicht schuldiger an den Verbrechen des Nationalsozialismus waren als etwa die Deutschen im Rheinland oder in Sachsen, aber für den verlorenen Krieg doppelt und dreifach zu zahlen hatten?

Beide deutschen Gesellschaften verhielten sich nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend gleichgültig oder gar abwehrend gegenüber dem Drama im Osten. Die DDR fühlte sich ohnehin nicht zuständig für die deutsche Geschichte vor 1945. „Polacken“ wurden die Deutschen aus dem Osten geschimpft, die in den vierziger und fünfziger Jahren in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und anderswo angesiedelt wurden. Dies zu erwähnen heißt nicht, im nachhinein anzuklagen, sondern zu verstehen suchen, warum die West- und Mitteldeutschen sich bis heute so schwer tun mit *diesem* Erbe deutscher Verantwortung für Krieg und Verbrechen. Es ist nachvollziehbar, daß die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR vollauf mit dem Wiederaufbau, der Schaffung von beruflichen und familiären Existenzen beschäftigt waren und in jedem zusätzlichen Nachbarn aus dem Osten instinktiv eine weitere unerwünschte Belastung sahen, obwohl die Zuwanderung eine ökonomische Bereicherung und schließlich mit ein Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg wurde – herrschte doch in den fünfziger Jahren ein dramatischer Arbeitskräftemangel in Deutschland (West und Ost).

So nimmt es kaum Wunder, wenn das Thema des historischen Ostdeutschland und des Heimatverlustes, wenn Kultur- und Brauchtumspflege, vor allem aber auch die politische und völkerrechtliche Dimension der Offenhaltung der Grenzfrage im Osten von den Landsmannschaften bestimmt wurde. Das Vertriebenenproblem und die Frage, wie man mit der achthundertjährigen Geschichte der deutschen Ostprovinzen umgehen sollte,

beschäftigten hauptamtliche Vertriebenenfunktionäre, die sich mehr und mehr von der „politischen Klasse“ isolierten, an den Rand der großen Volksparteien gedrängt wurden, deren Politiker sich nur noch zu den legendären Sonntagsreden veranlaßt sahen, zunehmend aber nicht nur ihre Vertriebenenkollegen, sondern den gesamten Komplex deutscher Geschichte und Kultur östlich von Oder und Neiße links oder politisch vielmehr „rechts“ liegen ließen.

Bis weit in konservativ-liberale Kreise hinein galt es als unzeitgemäß, sich mit diesen Themen zu befassen, die für die Vertriebenenpolitiker weiterhin aktuell blieben. Die Beschäftigung mit Fragen nationaler Identität, mit den Wechselbeziehungen von Sprache, Kultur und Nationalität in einem Grenzraum galt lange Zeit als antiquiert, ja als Nationalismusverdächtig. „Europa“ und der „Westen“ waren die Sehnsucht der Westdeutschen, nicht der verlorene „Osten“. Aber war soviel historische Verdrängung notwendig? Man sollte die Kosten dieser „Erlösung“ von der mentalen wie historischen und kulturgeschichtlichen Mittel-lage nicht vergessen.

Trotz dieser Verdrängungsgeschichte des verlorengegangenen deutschen Ostens im deutschen Westen darf jedoch nicht übersehen werden, daß einer aktiven Politik zugunsten der in ihrer nunmehr polnisch gewordenen Heimat verbliebenen Landsleute enge Grenzen gesetzt blieben bis zum Niedergang des Kommunismus in Europa am Ende der achtziger Jahre. Auch nach Abschluß der Ostverträge der siebziger Jahre konnte die bundesdeutsche Politik gegenüber Polen nur die Lösung „humanitärer Fragen“ erreichen. Die Durchsetzung kultureller Rechte für eine deutsche Minderheit lag außerhalb des Vorstellbaren. Politik für die deutsche Minderheit, insbesondere im Oppelner und Kattowitzer Oberschlesien, bestand hauptsächlich in der Förderung der Umsiedlung. Alles andere war für die polnischen Behörden „Einmischung in innere Angelegenheiten“.

### **Zum Friedensvertragsvorbehalt zwischen rechtlichem Dogma und politischem Willen**

Wie erwähnt, hatte sich die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren mit ihren Rechtspositionen im Kontext des Friedensvertragsvorbehalts über das seinerzeit notwendige Maß hinaus selbst gefesselt. Dessen Bezug zur noch ausstehenden endgültigen Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze erhielt im deutschen Einigungsprozeß 1990 eine ungeahnte Aktualität, die nach 20 Jahren der „neuen deut-

schen Ostpolitik“ vielen Realpolitikern befremdlich erschien, aber in der rechtlichen Logik der Ostpolitik Brandts begründet war. Nur hatte fast 20 Jahre lang die politische Logik der Ostvertragspolitik das komplizierte rechtliche Netzwerk mit den Rückversicherungen zugunsten der Vier Mächte nahezu vergessen lassen. So ist denn ungeachtet aller realpolitischen Wenden seit den fünfziger Jahren in der Grenzfrage, die vor allem – aber nicht nur – Polen betraf, der Rechtsstandpunkt der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verfassungsorgane bis zum erfolgreichen Abschluß der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen aufrechterhalten worden, daß nämlich eine endgültige völkerrechtlich wirksame Regelung der deutsch-polnischen Grenzfrage allein von einem gesamtdeutschen Souverän vorgenommen werden konnte.

Im Kontext der Diskussion über *Kontinuität* und *Wandel* mußte gerade in der Oder-Neiße-Grenzfrage neben dem rechtsdogmatischen Aspekt, der die Kontinuität westdeutscher Positionen belegte, der Wandel bei der politischen Einschätzung des „rechtlichen Pfands“ in den bundesdeutschen politischen Entscheidungseliten registriert werden. Schon in den fünfziger Jahren tauchte in internen Erwägungen des Auswärtigen Amtes die „Pfandtheorie“ auf. Bereits damals wurden Überlegungen angestellt, Polen territorialpolitisch entgegenzukommen, wenn es sich zugunsten der deutschen Einheit einsetzen oder wenn die Staatengemeinschaft einer deutschen Wiedervereinigung zustimmen würde. So kam der Globke-Plan von 1959 einer impliziten Respektierung des Gebietsverlusts im Osten nahe. Staatssekretär Carstens entwickelte unter Kanzler Erhard im Auswärtigen Amt Vorstellungen, wie ein Entgegenkommen in der Grenzfrage mit einer Herauslösung Polens aus der Solidarität mit der DDR und der Sowjetunion verbunden werden könnte. Der seinerzeit für bundesdeutsche Verhältnisse revolutionäre, aber unter realpolitischen Gesichtspunkten illusionäre Gedanke, die Respektierung oder gar endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik als Pfand bzw. als Gegenleistung für die polnische Zustimmung zur deutschen Einheit einzusetzen, wurde in der Ostpolitik Brandts wegen des Wertverfalls dieses vermeintlichen Pfands aufgegeben. Diese Vorstellung gewann dann 1990/91 nochmals kurzfristig an Aktualität – nämlich zur Besänftigung der Gruppen, die sich mit dem endgültigen Gebietsverlust immer noch nicht abfinden wollten, als Politiker der CDU/CSU die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Deutschland als den „Preis“ für die Wiedervereinigung bezeichneten.

In der Bonner Haltung zur deutschen Ostgrenze stießen demnach die Faktoren der *Kontinuität* (rechtsdogmatische Positionen) und des Wandels, ja des *Bruchs* (mit dem traditionellen Grenzrevisionismus) hart aufeinander. Hier wurde die Diskontinuität mit der *traditionellen* deutschen Ost- und Polenpolitik evident, wie sie zuletzt Außenminister Stresemann repräsentiert hatte.

Im Prozeß der deutschen Einigung sollte die Unterscheidung zwischen politischem Willen und völkerrechtlichen Maßgaben zum letzten großen deutsch-polnischen Mißverständnis über die gemeinsame Grenze führen, als Bundeskanzler Kohl im Winter 1989/90 nicht dazu zu bewegen war, die Gratwanderung zwischen innen-, parteipolitischen und verfassungsrechtlichen Rücksichten und politischen Willensbekundungen zugunsten der bestehenden deutsch-polnischen Grenze zu wagen, die sowohl die Gefahr einer einstweiligen Anordnung des Karlsruher Verfassungsgerichts vermieden, aber auch eindeutige öffentliche Signale nach Polen zugelassen hätte. Allerdings war die neue demokratische Regierung in Warschau in den atmosphärisch kritischen ersten Monaten des Jahres 1990 mit ihren diplomatischen Aktivitäten und Interventionen auch nicht sonderlich hilfreich. Ihr Rückfall in alte deutschland- und außenpolitische Reflexe, ihre Fixierung auf Rechte und Verträge sowie ihr fehlendes Gespür für das von Anfang an Selbstverständliche, daß nämlich das vereinigte Deutschland die polnische Westgrenze bestätigen wollte und mußte, nährte auch bei vielen „Polenfreunden“ in der Bundeshauptstadt die Zweifel, ob die neue politische Elite in Warschau wirklich für das einstehen würde, was ihre Repräsentanten (Geremek, Wałęsa) im Sommer 1989 in Bonn und in der Gemeinsamen Erklärung vom November 1989 versprochen hatten. Das Urteil über die polnischen diplomatischen Irrwege und Sackgassen des Jahres 1990 muß freilich äußerst verständnisvoll ausfallen, wenn man sie mit der Verzögerungstaktik und dem offensichtlichen Mißtrauen Frankreichs und Großbritanniens – den wichtigsten europäischen Verbündeten Deutschlands – im Einigungsprozeß vergleicht.

### Zur DDR als ständigem Mitspieler

Bis 1990 machte die Deutsche Demokratische Republik in jedem westdeutsch-polnischen Kontakt, bei jeder Verhandlung zwischen Bonn und Warschau als unsichtbarer, aber ständig präsenter Dritter ihren Einfluß geltend. 42 Jahre lang gab es die deutsche Polenpolitik in zweifacher Ausführung – und die polnische Deutschlandpolitik war

ebenfalls doppelt. Polenpolitik war für die „alte“ Bundesrepublik stets *auch* Deutschlandpolitik und gegen den kommunistischen deutschen Staat gerichtete Politik. Das geschah mit der Berechtigung, die eine demokratisch legitimierte deutsche Regierung für sich und die Bevölkerung in Anspruch nehmen konnte. Polnische Kommunisten teilten ihr Verständnis für diese Position ihren bundesdeutschen Gesprächspartnern bei verschiedenen Gelegenheiten hinter vorgehaltener Hand mit. Die rein instrumentelle Betrachtung der DDR in weiten Kreisen der kommunistischen Elite Polens zog sich wie ein roter Faden nicht nur durch interne Bewertungen, sondern auch durch Publikationen und sogar öffentliche Äußerungen. Die frühe Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR im Görlitzer Vertrag von 1950 wurde im kommunistischen Polen unter diesem Aspekt gewürdigt – und relativiert.

In den fünfziger Jahren verhinderte die DDR durch ihre schiere Existenz – aber auch die Bonner „Hallstein-Doktrin“ – den politischen Kontakt mit Polen. Beim polnischen Verbündeten intervenierte sie vor, während und nach jeder bundesdeutsch-polnischen Verhandlung, um diese entweder mit eigenen Forderungen gegenüber Warschau zu belasten oder zu verhindern, wie es beispielsweise zwischen 1967 und 1969 mit der „Ulbricht-Doktrin“ der Fall war, die von den Warschauer-Pakt-Verbündeten verlangte, von offiziellen Beziehungen mit der Bundesrepublik abzusehen, solange Bonn die Anerkennung der DDR und der „Selbständigen Politischen Einheit Westberlin“ ablehnte. Die sogenannte „Berlin-Klausel“, d. h. die Einbeziehung von Berlin (West) in zweiseitige Abmachungen, war in den sechziger und siebziger Jahren Streitpunkt in den Vertragsverhandlungen mit Warschau. Rücksichtnahme auf die deutsch-deutschen Beziehungen beeinflusste wesentlich die Haltung von Bundeskanzler Schmidt zur *Solidarność*-Bewegung und zum Kriegsrecht in Polen.

Die „sozialistische“ Freundschaft zwischen der DDR und Polen wurde von beiden Seiten zum Zweck der machtpolitischen Stabilisierung des eigenen Regimes instrumentalisiert. Sie unterlag der politischen Konjunktur und wurde bei Bedarf zur Disposition gestellt. „Das läßt sich an den teilweise hysterischen Reaktionen der DDR auf die in immer kürzeren Abständen auftretenden ‚polnischen Krisen‘ ablesen.“<sup>5</sup> Die Strategie zur Abwehr des *Solidarność*-Bazillus schloß 1980/81

5 Ludwig Mehlhorn, Die Sprachlosigkeit zwischen Polen und der DDR: Eine Hypothek, in: Eva Kobylńska/Andreas Lawaty/Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Deutsche und Polen.*

auch Propagandamethoden ein, die in der eigenen Bevölkerung Gefühle der Abneigung und Herablassung gegenüber dem polnischen Volk in seiner Gesamtheit förderten. Schließlich war Honecker sogar bereit, mit Panzern in Polen einzumarschieren. Die DDR-Opposition hatte noch 1989/90 an der Gleichsetzung von DDR-Staat und Gesellschaft durch viele Polen zu tragen. Von der neuen, demokratisch legitimierten Regierung Polens wurde diese Opposition kaum wahrgenommen.

### **Zum Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik in den Beziehungen zu Polen**

Von allen außenpolitischen Themen der Bonner Republik eigneten sich die Beziehungen zu Polen am ehesten für eine *innenpolitische Instrumentalisierung* und Profilierung. Historische Stereotypen und Vorurteile gegenüber Polen, die politische Interessenlage im Ost-West-Konflikt, das unterschiedliche Gewicht und die unterschiedliche politische Legitimation der Bundesrepublik einerseits und des kommunistischen Polen andererseits, die Erfahrungen von Flucht und Vertreibung und der Verlust von alten deutschen Provinzen an Polen, ein uneingestandenes Schuldgefühl derer, die sich aber deshalb von „diesen Polen“ nicht an den Pranger stellen lassen wollten – diese unheilige Melange von Gefühlen, Haltungen und Erwartungen hob Polen von allen außenpolitischen Partnern, Freunden und Gegnern der „alten Bundesrepublik“ ab.

Die nicht nur tragische, sondern über weite Etappen der Beziehungsgeschichte als fruchtbar empfundene, in der alteingesessenen westdeutschen Bevölkerung jedoch kaum bewußt wahrgenommene geographische Nähe zu Polen hat zugleich auch die Verletzlichkeit des deutsch-polnischen Beziehungssystems nach der Gründung der Bundesrepublik verursacht.

Da das innenpolitische Motiv durchgängig in allen Phasen der Polenpolitik der Bonner Republik bis 1990/91 auftrat, sei nur an einige besonders exemplarische „Fälle“ erinnert: Die Rücksicht auf die Vertriebenenverbände wurde von der Bundesregierung zumindest als Vorwand genutzt, um nach 1956 eine ernsthafte Erörterung der „Pfandtheorie“ (Wiedervereinigung gegen Gebietsverzicht) und weitere Überlegungen über einen vertraglichen Gewaltverzicht zu verhindern. Im positiven Sinne wirkte das innenpolitische Motiv zweifellos in der Phase der Entwicklung und Durchführung

der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. SPD und FDP wurden hier von einer breiten Zustimmung in den meinungsbildenden gesellschaftlichen Kreisen getragen und von einer ähnlichen Zustimmung in der Bevölkerung, die in den plebiszitären Bundestagswahlen vom November 1972 ihre demonstrative Bestätigung fand.

Als machtpolitischen Poker zwischen Regierung und Opposition stellten sich die Ratifizierungsdebatten zum Warschauer Vertrag 1971/72 und zu den sogenannten Polen-Vereinbarungen von Helsinki 1975/76 dar. Die damalige CDU/CSU-Opposition nutzte die Ostvertragspolitik der sozialliberalen Koalition als Vehikel, um Kanzler Brandt und seine Regierung zu stürzen. Niemals ist die rein innenpolitische Motivierung einer polenpolitischen Entscheidung deutlicher zum Ausdruck gekommen als in dem Bekenntnis von Franz-Josef Strauß in seinen Erinnerungen: Es ging ihm um den Sturz von Helmut Schmidt<sup>6</sup>. Das Zögern von Bundeskanzler Kohl, sich in der Grenzfrage politisch eindeutig zu erklären (bis zur Bundestagsrede vom 6. Februar 1985), und sein Zögern, sich rechtlich zu binden (bis zum „Zwei-plus-Vier“-Vertrag vom 12. September 1990), waren vor allem innen- und parteipolitisch bedingt.

Da der Hinweis auf die innenpolitische Instrumentalisierung der Beziehungen zu Polen zumeist als Vorwurf formuliert wird, sei hier eine Überlegung hinzugefügt: Mit keinem anderen Land war die Regelung eines bilateralen Verhältnisses mit einem so hohen Maß an Selbstkritik, an Überwindung überkommener Stereotypen und Haltungen und an konkreten Verzichtsleistungen verbunden wie mit Polen. Es erscheint im Rückblick geradezu als eine List der Geschichte, daß die Zögerer und Verursacher innenpolitischer Fehden in polnischen Angelegenheiten dazu beigetragen haben, daß das Verhältnis zu Polen über 40 Jahre so „abgearbeitet“ werden konnte, daß in der deutschen politischen Elite wie in der deutschen Bevölkerung, soweit sie sich für die polnische Thematik einnehmen läßt, die neuen Grundlagen des Verhältnisses zu Polen so unstrittig sind wie nie zuvor in der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

### **Zum Verhältnis zwischen Politik und Moral**

Erst der europäische Paradigmenwechsel von 1989/90 hat die bundesdeutschen Beziehungen zu Polen grundsätzlich von Dilemmata erlöst, vor die

100 Schlüsselbegriffe, München – Zürich 1991, S. 522–528, hier S. 523.

6 Vgl. Franz-Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 461 ff.

sie sich von der Kanzlerschaft Adenauers über Erhard, Kiesinger, Brandt und Schmidt bis in die ersten Jahre der Kanzlerschaft Kohls gestellt sahen:

1. Die latente Spannung zwischen politischem Realismus und moralischem Anspruch in der Ost-europa- und insbesondere in der Polenpolitik war in der Ära des Kalten Kriegs und des Systemantagonismus nicht aufzulösen. In manchen Augenblicken trat sie nicht so offen zutage, in anderen Situationen war sie schmerzlich. Wie konnte Versöhnung mit dem Volk gefunden werden, wenn man mit Machthabern verhandeln mußte, die nicht vom Volk legitimiert waren? Für Adenauer bildete die Herrschaft der Kommunisten in Warschau *einen* Vorwand fürs Nichtstun. Brandt hatte das Glück, daß es zu Zeiten seiner Ostpolitik noch keine demokratische Opposition gab und er mit dem Grenzrespektierungs- bzw. Normalisierungsvertrag sowohl den Regierenden wie den Regierten in Polen entgegenkam. Schmidt entkam dem Dilemma am wenigsten und machte sich über die Maßen zu seinem Gefangenen. Kohl hatte am Ende Fortüne.

2. Die außergewöhnliche moralische und historische Komponente im Verhältnis zu Polen wurde zudem dadurch überschattet, daß die Bundesrepublik Deutschland den Schlüssel zur Wiedervereinigung – dem prioritären langfristigen Hauptziel der Bonner Republik – zu Recht in Moskau sah. Besondere Rücksichtnahme auf die Vormachtrolle der Sowjetunion schien somit vom Anfang der Republik an geboten.

### **Zum Faktor Macht in den deutsch-polnischen Beziehungen**

Die Asymmetrie der Potentiale und der Bindungen bildet eine Konstante in den Beziehungen zwischen Bonn und Warschau, die bis zum Zeitpunkt der Erreichung der äußeren Souveränität im Jahre 1989 durch die Blockzugehörigkeit Polens überlagert wurde.

Durch die Aufgabe des sowjetischen Interventionsanspruchs und die Erringung der außenpolitischen Handlungsfreiheit war Polen 1989 frei und auf sich allein gestellt. Ein langes und zähes Unabhängigkeitsstreben wurde von Erfolg gekrönt, gleichzeitig war die neue Lage aber ungewohnt und unkomfortabel. Warschau nahm ohne neue feste Verbündete und Allianzen an dem Machtpoker im deutschen Einigungsprozeß teil. Und tatsächlich ist das Machtgefälle zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen kaum je so deutlich sichtbar geworden wie im ersten Halbjahr

1990. Die Bundesregierung setzte die Reihenfolge im Einigungsprozeß gegen den entschiedenen polnischen Willen durch. Bonn hatte Washington von Anfang an auf seiner Seite und Warschau mit Paris und London die schwächeren Verbündeten. Dem Poker wurde freilich ganz entscheidend dadurch die Dramatik genommen, daß die Zielperspektiven der Bundesregierung und der polnischen Regierung hinsichtlich der Auflösung der „deutschen Frage“ identisch waren (ein vereinigtes Deutschland in den Grenzen von 1945 im NATO-Bündnis) und der Streit „nur“ über das Prozedere geführt wurde. Die Bundesregierung mit dem Bundeskanzler an der Spitze war, wenn man so formulieren will, letztendlich entschieden propolnisch eingestellt.

### **Zur Relativierung von Machtgefälle durch Integrationspolitik**

Seit 1990 stellen die Beziehungen zu Polen keine Funktion der Politik mit der Sowjetunion/Rußland mehr dar. Für die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland gibt es kein Entweder – Oder: entweder „Moskau zuerst“ und „Abschreibung“ Polens als *Glacis* russischer Neo-Hegemonialpolitik oder „Warschau zuerst“ und Mißachtung der sogenannten „legitimen“ Sicherheitsinteressen Rußlands. Im nationalen deutschen Interesse liegt seit der großen Wende eine Ergänzung der ursprünglich auf Westeuropa beschränkten Integrationspolitik um Ostmitteleuropa, insbesondere um den strategisch wichtigsten ostmitteleuropäischen Staat, nämlich Polen, und die institutionalisierte Kooperation und Partnerschaft mit Rußland.

Wenn der Begriff der Instrumentalisierung im deutsch-polnischen Verhältnis nach 1990 noch einen Sinn hat, dann in der positiven Wendung des Begriffs, die heißt, daß es ein gesteigertes deutsches Interesse an der weiteren Stabilisierung des demokratischen Rechtsstaats und der Entwicklung einer offenen Gesellschaft sowie an dem Erfolg der marktwirtschaftlichen Reformen in Polen gibt. Schließlich sucht Deutschland in seinem polnischen Nachbarn einen Anker der Stabilität an seiner Ostgrenze, der mit Deutschland die Mitgliedschaft in denselben Bündnissen teilen soll und verhindert, daß die Grenze an Oder und Neiße die östliche Grenze des durch Integration gefestigten Stabilitätsraums bleibt. Dabei stellt es sich als historisches Glück für Deutschland heraus, daß Polens Westdrift Deutschlands Verankerung und Position im Westen zusätzlich stärkt.

Deutsche Polenpolitik nach der großen Wende stellt sich auch insofern als interessengeleitet dar, als sie einen Grundstein der Politik der Stabilisierung und Integration Ostmitteleuropas als Mittel zur Erhaltung des deutschen und europäischen Handlungsspielraums in der internationalen Politik und Wirtschaft legt. Zugegebenermaßen bleibt die spezifische deutsch-polnische Asymmetrie der Potentiale, Rollen und Einflüsse im bilateralen Verhältnis sowie in den europäischen Beziehungen und in der Weltpolitik vorläufig erhalten. Von deutschen und polnischen Zweiflern werden das wirtschaftliche Ungleichgewicht, die ungleiche gegenseitige Wahrnehmung und Aufmerksamkeit oder die Fürsprecherrolle Deutschlands im europäischen Integrationsprozeß ständig als Argumente gegen einen Vergleich mit dem deutsch-französischen Versöhnungsprozeß herangezogen. Selbstverständlich lassen sich objektive Zahlen und Daten und unterschiedliche politische Gewichte nicht hinwegdiskutieren.

Jedoch stellt das deutsche Interesse an Polen trotz des deutsch-polnischen Machtgefälles eine ebenso objektive Tatsache dar. Dieses Bemühen der Bundesrepublik Deutschland sollte als Beleg für eine Politik gelten, die sich nicht durch exklusiven Bilateralismus erklären läßt, sondern sich in die Multilateralität europäischer Friedenspolitik eingewoben sieht, die allein es den verantwortlichen Politikern in Deutschland zukünftig erlauben wird, äußeren und inneren Frieden, Stabilität und den Erhalt der in fünfzig Jahren erreichten Wohlfahrt mit dem Anspruch auf Glaubwürdigkeit zu versprechen. Dem „Primat der verflochtenen Interessen“<sup>7</sup> des im Inneren und nach außen saturierten

7 Christian Hacke, Die neue Bedeutung des nationalen Interesses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutsch-

land ließe sich demnach nur in einem freundschaftlich-partnerschaftlichen Verhältnis mit Polen – wie mit allen anderen Nachbarn Deutschlands – gerecht werden. Bisher trägt der Versuch der Vertrauensbildung des vereinigten Deutschland in Polen Früchte<sup>8</sup>.

Die Gemeinsame Erklärung der Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen anlässlich ihres Treffens in Weimar am 28. und 29. August 1991 formulierte die Grundidee der deutschen Nachbarschaftspolitik nach dem Ende der Teilung Europas, die in der Zeit des Kalten Krieges im westdeutsch-französischen Verhältnis erprobt worden war und sich nunmehr nach Osten ausweitet<sup>9</sup>. Die deutsch-französische Aussöhnung wurde seit den fünfziger Jahren von kühlen Kalkulationen gefördert, die nichts von der historisch-moralischen Dimension entwerteten. Die prodeutsche Orientierung in Polen erhält ihren Schub ebenso durch nationale Interessenabwägung. Aus nationalem Interesse in Polen einen strategischen Partner gewonnen zu haben und die Partnerschaft und politische Freundschaft zu pflegen – das ist das Vermächtnis der „alten“ Bundesrepublik an die „neue“ Bundesrepublik.

land, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1–2/97, S. 3–14, hier S. 9.

8 Nach einer repräsentativen Umfrage des CBOS-Instituts in Warschau vom September 1996 wurde Deutschland von den Befragten auf Rang eins unter den Staaten gesetzt, mit denen Polen die engsten Beziehungen in Wirtschaft, Politik und Sicherheitspolitik (Militär) knüpfen sollte. In der Umfrage rangierte Deutschland vor den USA, Rußland, Frankreich, Großbritannien usw.; Public Opinion Research Center. CBOS, *Polish Public Opinion*, September '96, S. 2.

9 Vgl. Deklaration von Weimar vom 29. August 1991 (Auszug), in: *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994*. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Köln 1995, S. 816 f.

## Polen und Deutschland seit 1945

### I. Das lange Ende des Zweiten Weltkriegs

Das Jahr 1945 bedeutete für die deutsch-polnischen Beziehungen einen ähnlich einschneidenden Wendepunkt wie 1918. Infolge der Abmachungen der alliierten Kriegskonferenzen schrumpfte das Staatsgebiet Polens von 388 000 auf 312 000 Quadratkilometer. Als Entschädigung für die an die Sowjetunion verlorenen Ostgebiete erhielt Polen preußische bzw. ostdeutsche Provinzen, die nun ein Drittel des neuen Territoriums ausmachten. Der Staat, der im Osten fast die Hälfte des Territoriums von 1939 und einen großen Teil der ukrainischen und bjelorussischen Minderheiten verloren hatte, wurde damit um Hunderte von Kilometern Richtung Westen verschoben.

Der Konflikt mit Deutschland war vorprogrammiert: Die Weimarer Republik hatte sich ja Zeit ihrer Existenz geweigert, wesentlich geringere Gebietsverluste anzuerkennen; ein „IV. Reich“, das man in der polnischen Publizistik nach 1945 oft prophezeite, mußte zwangsläufig die Rückgabe von Schlesien, Ostpreußen und Pommern fordern. Daraus folgte das nach der Logik von 1945 zwingende Argument der Kommunisten, daß nur ein Bündnis mit der Sowjetunion Polen vor einem neuen deutschen Überfall bewahren würde. Klarer drückte diesen Zusammenhang im Dezember 1944 der weitsichtige amerikanische Botschaftsrat in Moskau, George F. Kennan, aus: Die Russen wußten genau, daß die Abhängigkeit Polens zunehme, „je weiter die Grenze im Westen nach Deutschland hinein verschoben wird. Sie wissen, daß eine Fixierung der Grenze entlang der Oder diese Abhängigkeit bis zu dem Punkt steigern muß, an dem kein polnisches Regime östlich der Oder mehr als eine reine Lokalverwaltung aufrechterhalten kann, wodurch es logischerweise militärisch, ökonomisch und politisch in die Verantwortlichkeit der Sowjetunion fallen muß.“<sup>1</sup> Kennan übertrieb nur wenig: Die „polnische Frage“, 1939

bis 1945 ein erstrangiges Problem der großen Politik, verkam in dem Nachkriegsjahrzehnt aus Moskauer Sicht zur Verwaltung einer gleichgeschalteten Provinz im westlichen Vorfeld des Imperiums; mehr als eine „reine Lokalverwaltung“ sollte sie erst wieder nach 1956 werden.

Die Grenze war jedoch nur eines von mehreren Elementen, die die Einbettung Polens in die sowjetische Einflußsphäre förderten. Zusätzlich gesteigert wurde die Abhängigkeit Warschaws von Moskau durch die enormen Kriegsverluste. Die Bevölkerung war dezimiert (von den ca. 35 Millionen Staatsbürgern 1939 waren 1946 noch 22 Millionen übriggeblieben; die Zahl der direkten Kriegsoffer, vor allem der Besatzungsoffer, wird auf ca. sechs Millionen Menschen geschätzt), krank und verarmt, sie wies auch eine neue Sozialstruktur auf: Ein Großteil der bisherigen Eliten war ermordet worden, gefallen oder im Exil geblieben. Tot waren nach sechs Jahren Krieg und Besatzung 30 Prozent der Wissenschaftler, 57 Prozent der Rechtsanwälte, fast 22 Prozent der Richter und Staatsanwälte, 39 Prozent der Ärzte – insgesamt mehr als ein Drittel der polnischen Akademiker der Vorkriegszeit. Die Ermordung der polnischen Juden hatte an diesen Zahlen wie an den besonders hohen Verlusten der städtischen Bevölkerung einen bedeutenden Anteil.

Der neue Staat – bald sollte er „Volkspolen“ genannt werden – unterschied sich von der Republik der Zwischenkriegszeit nicht nur hinsichtlich der Grenzen, der ethnischen und sozialen Struktur, sondern ebenso stark im Hinblick auf die politische Verfassung: Die autoritäre Obristendiktatur der dreißiger Jahre wurde durch ein tendenziell totalitäres Regime ersetzt, in dem die Kommunistische Partei die – nach 1948 nur noch von der Abhängigkeit von Moskau eingeschränkte – Macht ausübte. Als Teil der sowjetischen Einflußsphäre schottete sich die Volksrepublik Polen (VRP) von allen westlichen Einflüssen ab. Daß die Bundesrepublik, die die Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze zur Grundlage ihrer Ostpolitik machte<sup>2</sup>, bald im westlichen Bündnis eine

1 Zit. nach George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, München 1983<sup>4</sup>, S. 221 f.

2 Vgl. dazu Josef Foschepoth (Hrsg.), *Adenauer und die deutsche Frage*, Göttingen 1988.

wesentliche Rolle zu spielen begann, kam den Warschauer Machthabern durchaus gelegen. Damit konnte die Gleichung Westen = Bundesrepublik = Deutschland = Bedrohung aufgestellt und die paranoide Furcht vor „dem Westen“ mit alten Feindmustern und frischem Kriegstrauma begründet werden. Die antideutsche, genauer: antibundesrepublikanische Propaganda sollte bis in die sechziger Jahre für die Volksrepublik ihre identitätsstiftende Funktion bewahren<sup>3</sup>.

Das Angstsyndrom „Deutsche Bundesrepublik“ hatte auch für das Verhältnis zwischen der Volksrepublik und der DDR eine Schlüsselbedeutung. Ursprünglich, 1945 bis 1947, waren die Beziehungen zwischen den Warschauer und den Ostberliner Kommunisten durchaus gespannt: Die Ostdeutschen versuchten, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zumindest hinauszuzögern<sup>4</sup>. Als 1949 mit der Gründung der DDR die Frage der Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen aufkam, konnten sie der Wirklichkeit nicht länger ausweichen. Im Juli 1950 erkannte die DDR im Görlitzer Vertrag die Oder-Neiße-Grenze an. Trotz dieser und anderer offizieller Freundschaftsbekundungen blieben die Beziehungen zwischen den Kommunisten in Warschau und Ostberlin frostig und von gegenseitigem Mißtrauen geprägt. Stets verdächtigten beide Seiten einander, das Internationale bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zugunsten des jeweils Nationalen – des Polnischen bzw. des Deutschen – zu verraten. Dennoch: Das Gefühl der gemeinsamen Bedrohung durch „Bonner Revanchisten“ wirkte sich auch hier konsolidierend aus und sollte bis in die siebziger Jahre halten<sup>5</sup>.

Der „Eiserne Vorhang“, in dessen Schatten die polnisch-deutschen Beziehungen mindestens bis 1956 standen, prägte nicht nur die Beziehungen zwischen Ost und West. Er verhinderte auch alle nichtoffiziellen Kontakte zwischen Polen und Bürgern des „ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-

staates“, so daß trotz einer oft intensiven Freundschaftspropaganda die Gesellschaften auf beiden Seiten der Oder einander kaum kennenlernen konnten. 1953 wurden selbst die unverdächtige Deutsch-Polnische Gesellschaft und die Zeitschrift „Blick nach Polen“ von der Regierung in Ostberlin aufgelöst. Die systeminterne Regel, der zufolge zwischenmenschliche Kontakte verdächtig und verboten waren, blieb auch nach der polnischen Wende von 1956 erhalten, da die DDR keine Destalinisierung erlebte, während die Volksrepublik einen blockinternen Sonderweg betrat.

In keinem Mitgliedstaat des Warschauer Paktes wurde die Entstalinisierungskampagne Nikita Chruschtschows so schnell und breit rezipiert wie in Polen. Das berühmte Referat Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KPdSU, dessen Existenz die DDR verleugnete, wurde in mehr als 20 000 Exemplaren verbreitet und in Parteiversammlungen offen diskutiert. Der Druck „von unten“, der als Reaktion auf die Lockerung von oben entstand, überraschte die Warschauer Machthaber: In Posen ließ die Partei im Juni 1956 auf revoltierende Arbeiter schießen. Im Unterschied zur DDR 1953 und Ungarn 1956 schreckte sie jedoch schließlich vor Strafmaßnahmen gegen die „Konterrevolutionäre“ zurück. Im Oktober 1956 kehrte der seinerzeit von polnischen Stalinisten abgesetzte KP-Führer Wladyslaw Gomulka an die Spitze der Partei zurück, die Allmacht des Sicherheitsapparats wurde eingegrenzt, man sprach abermals – wie in den vierziger Jahren – von nationalen Wegen zum Sozialismus.

Diese Entwicklung versetzte die Nachbarn der Volksrepublik in hellen Schrecken. Moskau drohte mit einer militärischen Intervention, Ostberlin wollte sich erst um 1958 mit der neuen, des Nationalismus und Revisionismus verdächtigen Warschauer Führung abfinden<sup>6</sup>. Seit 1956 unterschied sich Polen von den übrigen Blockländern durch eine starke, allerdings staatlicherseits immer wieder befehdete Position der römisch-katholischen Kirche und durch die private Landwirtschaft. Zusammen mit einer relativen Freizügigkeit im kulturellen Bereich – die freilich starken Schwankungen unterlag – wurde Polen damit blockintern zu einem Bezugspunkt revisionistischen Denkens. Andererseits war der KP-Sekretär Wladyslaw Gomulka alles andere als ein Revisionist – nach-

3 Vgl. dazu Anna Wolff-Poweska (Hrsg.), *Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945–1989* (Polen und die Deutschen. Aus der Geschichte der politischen Kultur Polens 1945–1989), Poznań 1993.

4 Vgl. dazu ausführlich Włodzimierz Borodziej, *Od Poczdamu do Szklarskiej Poreby. Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1947* (Von Potsdam nach Schreiberhau. Polen in den internationalen Beziehungen 1945–1947), London 1990, S. 296–314.

5 Die volkspolnisch-ostdeutschen Beziehungen besonders in den sechziger Jahren werden mit ausführlichen Quellenzitierten dokumentiert von Mieczysław Tomala, *Patrzac na Niemcy. Od wrogości do porozumienia 1945–1991* (Auf Deutschland blickend. Von der Feindschaft zur Verständigung 1945–1991), Warszawa 1997.

6 Vgl. Hans Henning Hahn/Heinrich Olschowsky (Hrsg.), *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa*, Berlin 1996, wo die grundlegende Bedeutung der Zäsur von 1956 für die ostmitteleuropäischen Länder und deren gegenseitige Beziehungen thematisiert wird.

dem er die schlimmsten Auswüchse des klassischen Stalinismus beseitigt hatte, etablierte er ein autoritäres Regime, das keinen Vergleich mit dem Ulbrichts zu scheuen brauchte<sup>7</sup>. Dies galt auch für die Außenpolitik: Ulbricht und Gomulka, die einander nicht ausstehen konnten, arbeiteten 1968 Hand in Hand gegen den tschechoslowakischen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und wetteiferten gegen den „US-amerikanischen und westdeutschen Imperialismus“. Hier, im Verhältnis zu Bonn und zur deutschen Frage, wurden aber Ende der sechziger Jahre subtile Unterschiede sichtbar: Theoretisch hatte man sich geeinigt, nur gemeinsam aufzutreten; praktisch beobachtete man jede Bewegung des „Bruderstaates“ in Richtung Normalisierung mit Mißtrauen, klagte über unzureichende Informationen und machte Moskau gegenüber seine Bedenken über „nationale Eigenwege“ des Nachbarn deutlich. Die VRP setzte sich schließlich durch und unterzeichnete mit der Bundesrepublik am 7. Dezember 1970 einen Vertrag über die „Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“<sup>8</sup>. Sehr zum Ärger Warschaws geschah dies vier Monate nach dem Moskauer Vertrag, in dem die Kernaussage des deutsch-polnischen Abkommens – die Anerkennung der „Oder-Neiße-Linie“ durch Bonn – bereits vorweggenommen worden war; andererseits kam die VRP weit vor der DDR und der ČSSR zum Zuge.

Der Grenzvertrag mit Bonn hat bei weitem nicht alle Kriegsfolgen bereinigt; spitzfindige juristische Auseinandersetzungen über die Verbindlichkeit der Regelung vom Dezember 1970 sollten das Verhältnis zwischen Warschau und Bonn im Grunde bis 1990 belasten, auch Fragen der Entschädigung für polnische Zwangsarbeiter während der NS-Zeit, die deutsche Minderheit in Polen sowie der Kultur- und Jugendaustausch blieben unendliche Geschichten. Dennoch bedeutete der Besuch Willy Brandts im Dezember 1970 einen Meilenstein im deutsch-polnischen Verhältnis: Die Grenzfrage, der emotional höchst aufgeladene Bezugspunkt gegenseitiger Wahrnehmung, war auf das Ausmaß eines interessanten Kasus für Fach-

leute geschrumpft. Nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volks- und der Bundesrepublik (die nun in der polnischen Presse endlich richtig geschrieben wurde) im September 1972 wurden diese zwar noch immer durch – schon damals absurd anmutende – Streitigkeiten gestört, ob Breslau, das seit 1945 Wrocław heißt, für Bonn In- oder Ausland sei. Gemessen an dem Stand der Beziehungslosigkeit 1949 bis 1970 waren die Beziehungen jedoch beinahe schon normal: Das kommunikationslose Gegeneinander war einem konfliktreichen Nebeneinander gewichen. Dieses Nebeneinander schuf im folgenden Jahrzehnt die Grundlagen für den langsamen Übergang zur Normalität in verschiedenen Bereichen: private und dienstliche Besuche, Städte- und Universitätspartnerschaften, eine Gemeinsame Schulbuchkommission, Heimweh-Tourismus der Vertriebenen, Emigration und Arbeitsmigrationen in die umgekehrte Richtung. Die Abwicklung der Kriegsfolgen rückte nach und nach in den Hintergrund der zwischenstaatlichen und zwischengesellschaftlichen Beziehungen, die in immer größerem Maß von der Gegenwart und nicht mehr von der Vergangenheit bestimmt wurden.

---

## II. Exkurs: Die Wegbereiter

---

Neben dem politischen *mainstream*, der in dem ersten Vierteljahrhundert nach dem Krieg kaum Lichtblicke bot, gab es auf beiden Seiten immer auch einige Ausnahmen – allerdings eher Einzeltäter denn Institutionen –, die die unsichtbare Mauer zwischen Polen und Deutschen bereits nach 1956 zu durchlöchern versuchten. Generell galt für alle Bereiche von der Politik über Kultur und Wissenschaft bis zur Wirtschaft, daß die Bundesrepublik für Polen wichtiger war als Polen für die Bundesrepublik. Zeitweilig wurde diese konstante Asymmetrie jedoch aufgelockert durch Ereignisse und Emotionen, die gerade aus dem Kapitel der inoffiziellen Begegnungen nicht wegzudenken sind.

Da gab es auf westdeutscher Seite nach 1945 Schuldgefühle und Gewissensbisse, die im deutsch-polnischen Verhältnis sicherlich eine geringere Rolle spielten als im deutsch-israelischen, die aber dennoch für die Annäherung etwa zwischen Christen beider Länder – und auch für die aus anderen Gründen ebenso schwierigen Annäherungen zwischen polnischen und ostdeutschen Laien – eine Schlüsselrolle gespielt haben

7 Die bislang beste Darstellung der Zeit Gomulkas stammt von Andrzej Paczkowski, *Pół wieku dziejów Polski 1939–1989* (Ein halbes Jahrhundert der Geschichte Polens 1939–1989), Warszawa 1995.

8 Der aktuelle Forschungsstand zu diesem Thema und anderen in diesem Beitrag angeschnittenen Fragen wird zusammengefaßt von Dieter Bingen, *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski* (Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991; deutsche Ausgabe im Druck), Kraków 1997. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe zu diesem Thema auch den Beitrag von Dieter Bingen in diesem Heft.

dürften. In diesem Zusammenhang gehören seinerzeit aufsehenerregende Ereignisse wie die Ostdenkschrift der EKD oder das Polenmemorandum des Bensberger Kreises<sup>9</sup>, sicherlich auch die Haltung eines Carlo Schmid, der als erster bekannter deutscher Politiker – sehr zur Entrüstung seiner politischen Gegner – 1958 „privat“ nach Polen fuhr. Es waren aber nicht nur Einzelgänger aus der Kriegsgeneration, die schon relativ früh von der offiziellen Linie der Bundesregierung abwichen. Die jüngere Generation, besser gesagt: ein Teil der Elite der jüngeren Generation in der Bundesrepublik, entdeckte nach 1956 östlich von Oder und Neiße eine originelle Kulturlandschaft: Jazz, Filme, Plakate, bald auch die Literatur machten aus dem „Nachbarn Polen“ (Hansjakob Stehle) einen zumindest interessanten Unbekannten. Und schließlich kam etwas Glück hinzu: Aus der langen Reihe der „Polenfreunde“ in der Bundesrepublik seien stellvertretend Karl Dedecius und Berthold Beitz genannt; aber diese „Galerie“ reichte von höchster Prominenz über bald namhafte Journalisten bis zu weitgehend unbekanntem Menschen guten Willens, die aus ganz unterschiedlichen Motiven an dem Stereotyp der „polnischen Wirtschaft“<sup>10</sup> rüttelten, das gerade im Realsozialismus so wunderbar gedeihen konnte.

Hier, in der Verbindung alter Feindbilder mit der aktuellen Rhetorik des Kalten Krieges, lag seinerzeit die vielleicht wichtigste innerdeutsche Beglaubigung der Bonner Polenpolitik unter Adenauer, die in der Grenzfrage ihre offizielle Begründung fand. Und gerade hier setzte in den sechziger Jahren die Revision an: Die Zustimmung für die Oder-Neiße-Grenze stieg in Westdeutschland (von 26 Prozent 1962 auf 58 Prozent 1970) nicht nur, weil die bisherigen Außenseiter die schweigende Mehrheit vom Sinn der Anerkennung zu überzeugen vermochten, sondern weil die Öffentlichkeit die Tauglichkeit alter Denkmuster – bekanntlich nicht nur in der Ostpolitik – in Frage stellte, die offizielle Gleichung Polen = Kommunismus und die daraus abgeleitete Rechtfertigungsstrategie nicht länger nachzuvollziehen vermochte. Brandt fand bis 1972 genug Zustimmung für die Normalisierung der Beziehungen mit Warschau, weil diese als einer der Prüfsteine für ein neues, besseres Deutschland gelten konnte.

9 Diesem Aspekt sind mehrere Beiträge gewidmet in dem Sammelband von Friedbert Pflüger/Winfried Lipscher (Hrsg.), *Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft*, Bonn 1993.

10 Zur Geschichte dieses Begriffes vgl. Hubert Orłowski, *„Polnische Wirtschaft“*. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996.

Die Frage nach diesem neuen Deutschland stand von Anfang an im Mittelpunkt der polnischen Diskussionen. Offiziell war sie zwar mit der Gründung der DDR beantwortet, aber dieser Täuschung scheinen sich, wie bereits angedeutet, nicht einmal Parteigrößen hingegeben zu haben. Schon 1946 prophezeite der Journalist Edmund Osmańczyk, ein demokratisches Deutschland würde „in einigen, höchstens zehn bis zwanzig Jahren“ in der UNO sitzen. Polen könne es sich nicht leisten, längere Zeit antideutsche Politik zu betreiben – in seiner jetzigen Gestalt, ohne deutsche Minderheit, mit einer „guten“ Grenze, könne und müsse es sich auf eine „friedliche Zusammenarbeit“ mit dem großen westlichen Nachbarn einlassen<sup>11</sup>. Die Rezensenten seines Buches rückten Osmańczyk in die Nähe von Landesverrat, und bis 1956 war eine Neuauflage seiner Thesen unmöglich. Bereits 1957 aber attackierten junge Journalisten in der Kultzeitschrift des „polnischen Oktober“, „Po Prostu“, das gängige Bild Westdeutschlands; es stimme einfach nicht, daß die Bundesrepublik aus Ruinen, Revanchisten mit Hakenkreuzarmbinden, Kruppschen Rüstungswerken und Wehrmachttruppen bestünde. Der Querdenker Leopold Tyrmand ging im katholischen „Tygodnik Powszechny“ wenige Monate später noch weiter: Die Wohlstandsgesellschaft der Bundesrepublik sei zwar einerseits vergeblich, andererseits schuldbewußt, pazifistisch und liberal; die polnische Politik habe die Chance, mit diesem neuen Deutschland ins Gespräch zu kommen<sup>12</sup>. Auch Tyrmand bezog publizistische Prügel; der Zweifel aber, ob Bonn wirklich nur eine Neuauflage Weimars sei, breitete sich mit den Jahren aus.

Für eine vorsichtige Kursänderung plädierten schon vor 1970 klügere Kommunisten, wie etwa der damalige Chefredakteur der „Polityka“, Mieczysław Rakowski. Nach 1989 zeigte sich jedoch, daß das moralische Kapital hauptsächlich von der anderen, katholischen Seite der Öffentlichkeit eingesammelt worden war; der berühmte Brief der polnischen Bischöfe von 1965 („Wir vergeben und bitten um Vergebung“) gehört ebenso in diesen Zusammenhang wie die unermüdlichen Vermittlungsversuche der heutigen Nestoren der polni-

11 Edmund Osmańczyk, *Sprawy Polaków* (Sachen der Polen), Katowice 1946; zum Kontext dieser Diskussion vgl. u. a. Andreas Lawaty, *Das Ende Preußens in polnischer Sicht*, Berlin – New York 1986; Edmund Dmitrów, *Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglady i opinie z lat 1945–1948* (Deutschland und die nationalsozialistische Besatzung in der Sicht von Polen. Meinungen und Anschauungen aus den Jahren 1945–1948), Warszawa 1987.

12 Die Berichte Tyrmands erschienen im „Tygodnik Powszechny“ im Januar und Februar 1958.

schen Politik, Stanislaw Stomma und Wladyslaw Bartoszewski<sup>13</sup>. In Volkspolen war der Kontext katholischer Versöhnungsanstrengungen besonders prekär: Jegliche außenpolitische Selbständigkeit kollidierte mit dem Alleinvertretungsanspruch der Partei, darüber hinaus konnten die christlich-demokratischen Politiker, ähnlich wie das westdeutsche Episkopat, ihren polnischen Gesprächspartnern jahrzehntelang keine guten Nachrichten bieten. Die Integration der Vertriebenen in die CDU hatte eben ihren Preis.

Auch für Außenseiter brach indes Anfang der siebziger Jahre eine neue Zeitrechnung an. Je mehr die Erinnerung an das dramatische Frühjahr 1972 verblaßte, als die Ratifizierung des Warschauer Vertrages durch den Bundestag auf des Messers Schneide stand, desto gewisser wurde trotz aller juristischer und politischer Querelen, daß die Oder-Neiße-Grenze Bestand haben würde – auch als Grundlage zwischenstaatlicher Beziehungen.

---

### III. Im Zeichen der Entspannung: Grenzen der Normalisierung

---

Die polnisch-deutschen Beziehungen wurden Anfang der siebziger Jahre durch zwei Umstände geprägt: die neue Krise Volkspolens und die – durch den Vertrag vom 7. Dezember 1970 mitermöglichte – europäische Entspannung. Gomulka betrachtete den Warschauer Vertrag als Höhepunkt seiner politischen Karriere. Drei Jahre zuvor hatte der orthodoxe Parteichef noch Charles de Gaulle, der Warschau mit seinen Europa-Visionen zu umwerben versuchte, abgewiesen („une catastrophe“, soll der General nach seinem Gespräch mit dem Parteisekretär gesagt haben) – nun sicherte er Polen, ohne in Moskau in den Verdacht „nationaler Eigenwege“ geraten zu sein, die Anerkennung der Westgrenze. Mit diesem Erfolg im Rücken versuchte er eine Woche nach dem Warschauer Vertrag den zweiten großen Wurf: eine radikale Preis„reform“, d. h. Preiserhöhungen im Konsumgüterbereich, von der sich einige Fachleute eine allgemeine Erhöhung der Produktivität der seit Jahren stagnierenden Volkswirtschaft erhofften. Die Antwort war eine Revolte der Arbeiterschaft in den Küstenstädten. In Danzig, Gdingen und Stettin kämpften Polizei und Militär gegen die Werftarbeiter, bereits zum zweiten Mal

nach Posen 1956 ließ die „Volksmacht“ auf ihren „Hegemon“, das Volk, schießen. Dieses Vorgehen kostete Gomulka das Amt. Sein Nachfolger wurde der sympathische Edward Gierek – in seiner Jugend Bergmann in Belgien, weltoffen und in vielerlei Hinsicht das Gegenteil seines Vorgängers. Im Schatten der europaweiten Entspannung begann Gierek eine Politik der vorsichtigen Öffnung: Die polnische Wirtschaft sollte mit westlichen Krediten modernisiert werden, die marxistische Ideologie verkam zu bloßen Lippenbekenntnissen auf Parteitag, nach und nach durften Zehn-, später Hunderttausende Polen in das westliche Ausland reisen. Die Bundesrepublik, in die ja die meisten Reisen führten, taugte aufgrund der eigenen Erfahrungen immer weniger als Schreckgespenst, zumal sie auch als Kreditgeber und Wirtschaftspartner unersetzlich wurde.

Seinen großen Wurf wagte Gierek jedoch nicht im Hinblick auf die Bundesrepublik – die relative Offenheit gegenüber dem Westen war ohnehin ein Dorn im Auge der Nachbarn –, sondern in den Beziehungen zur DDR. Die Politik der Entspannung stellte Warschau und Ostberlin vor ähnliche Schwierigkeiten: Aus den Unterlagen der DDR-Staatssicherheit über Gespräche mit polnischen „Kollegen“ geht hervor, daß beide Sicherheitsdienste auf die partielle Öffnung beunruhigt reagierten. Einerseits multiplizierte die neue Situation Aufgaben, damit auch Kompetenzen und Stellen der politischen Polizei; andererseits war abzusehen, daß jede Erweiterung der Reisefreiheit zahllose neue Probleme mit sich brachte, die das alte Überwachungsmodell an die Grenzen seiner Belastbarkeit führten<sup>14</sup>. Dies mußten auch die beiden Politbüros geahnt haben. Nach der Absetzung Ulbrichts einigten sich die neuen Mannschaften in Warschau und Ostberlin auf den gemeinsamen Sprung nach vorn: Ab 1. Januar 1972 durfte die Grenze VRP-DDR mit Hilfe eines Personalausweises passiert werden. Die DDR ging eine ähnliche Lösung mit der nach 1968 „normalisierten“ ČSSR ein. Für die Polen war die Reisemöglichkeit in die DDR keineswegs die einzige, dennoch war das Interesse an der offenen Grenze enorm: 1972 machten 12,4 Millionen DDR-Bürger (Reisen nach Polen und in die ČSSR) und 11,2 Millionen Polen, Tschechen und Slowaken (Reisen in die DDR) von der neuen Freiheit Gebrauch: „... kein anderes Land, an dessen Grenze der DDR-Bürger weltmännisch den Personalausweis aus dem Fenster hält und sonst gar nichts“, schrieb einige Jahre

13 Zu Stomma vgl. Wolfgang Pailer, Stanislaw Stomma. Nestor der polnisch-deutschen Aussöhnung, Bonn 1995. Die Rolle Bartoszewskis wartet noch auf eine Darstellung.

14 Vgl. Włodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski, PRL w oczach STASI (VRP in den Augen der STASI), Bd. I, Warszawa 1995.

nach der Grenzöffnung Erich Loest über diese begrenzte Reisefreiheit<sup>15</sup>. Diese ungewohnte Normalität hatte viele Facetten: Während der siebziger Jahre arbeiteten Zehntausende polnischer Gastarbeiter in der DDR, Hunderttausende von DDR-Bürgern verbrachten jährlich ihren Urlaub in Masuren, die „Poleneinkäufe“ in ostdeutschen Kaufhäusern wurden bald zum Gegenstand von – teils witzigen, teils nur boshaften – Witzen.

Die Öffnung der Grenze war eine Antwort auf die offenen Grenzen in Westeuropa; sie sollte den Untertanen des Realsozialismus eine Kompensation für die unerreichbare Freiheit im Verkehr mit eben diesem Westen bieten – und sie tat es bis zu einem gewissen Grad. Bald zeigten sich aber die Schwierigkeiten dieses Experiments: DDR-Bürger in Masuren wurden zwar nach eigenem Empfinden schlechter behandelt als echte „Devisenausländer“, d. h. vor allem Westdeutsche, besetzten aber die ohnehin raren Plätze in Ferienheimen und Kneipen, die für polnische Touristen damit ausfielen. In den Mangelwirtschaften östlich und westlich der Oder konnte ebenfalls nicht verhindert werden, daß Hamstereinkäufe subventionierter Waren (in unterschiedlicher Höhe subventioniert wurden ja alle) die Regale leerfegten; da es nun einmal mehr als doppelt so viele Polen wie Ostdeutsche gab, trat die hiermit verbundene Frustration entsprechend öfter in den grenznahen DDR-Städten als in Polen auf. Einen anderen Grund für die Frustration gab die schnell steigende Zahl polnischer Westreisen; Polen im Transit Richtung Bundesrepublik wurden in den siebziger Jahren zu etwas Alltäglichem auf ostdeutschen Bahnhöfen und Autobahnen.

Das widersprüchliche Bild dieser siebziger Jahre wartet noch auf die historische Aufarbeitung. Neben Neid und Frustration gab es sicherlich auch unzählige Bekanntschaften und Freundschaften, in denen die alten Feindbilder Schritt für Schritt abgebaut werden konnten. Die deutsch-polnische Asymmetrie nahm stellenweise eine andere Gestalt an: Während ostdeutsche Jugendliche in Massen zu den Warschauer Kunst- und Jazzfestivals fuhren, Rolf Schneider 1977 „eine geheime Süchtigkeit nach allem Polnischen“<sup>16</sup> entdeckte und bald darauf ostdeutsche Intellektuelle die polnische Bürgerbewegung kennenlernten, war auf polnischer Seite kaum ein tieferes Interesse für den deutschen Nachbarn zu erkennen: Mit

15 In: Rendezvous mit Syrena (1978), zit. nach: Brücke zum Nachbarn: Polen-Bilder in der deutschen Literatur, Manuskript, Zwickau 1992, S. 33 f.

16 Zit. nach ebd., S. 33.

„Deutschland“ war auch umgangssprachlich stets nur die Bundesrepublik gemeint, die DDR („enerdowo“) bot kaum Interessantes.

Beschleunigt wurde die Entwicklung durch die dritte volkspolnische Krise ab Mitte der siebziger Jahre. Das Giereksche Wirtschaftswunder entpuppte sich immer offener als Potemkinsches Dorf. 1976 revoltierten abermals die Arbeiter gegen eine Preiserhöhung. Zur Verteidigung der „Rädelsführer“ wurde von Warschauer Intellektuellen ein Komitee („KOR“) gegründet, das zwar vom Staat als illegale Organisation bekämpft wurde, dennoch in wenigen Jahren Keimzellen einer organisierten Opposition in den Industriezentren schuf. Als im Sommer 1980 Streiks ausbrachen, war das Regime Gierek am Ende: Verschuldet, durch Unfähigkeit und Korruption delegitimiert, hatte es auch in Moskau den notwendigen Rückhalt verloren. Ein Versprechen aus seiner Frühzeit hielt der KP-Chef: Nach dem Danziger Abkommen vom 31. August 1980, dessen Kernpunkt die Zulassung freier Gewerkschaften darstellte, trat er ab, ohne auf Arbeiter schießen zu lassen.

Die Volksrepublik Polen wurde in den folgenden 16 Monaten der Existenz der „Solidarność“ zu einem Prüfstein der Entspannungspolitik. Wir werden nie erfahren, ob es eine „Solidarność“ ohne Helsinki, ohne relative Reisefreiheit und ohne die Verschuldung der siebziger Jahre gegeben hätte. Vieles deutet darauf hin, daß die internationale Anerkennung der polnischen Westgrenze in Zusammenarbeit mit dem „3. Korb“ und der Abhängigkeit von westlichen Krediten der Mannschaft Gierek jene Liberalität aufgezwungen haben, unter deren Schutz ein junger Danziger Elektriker in langen Gesprächen gelernt hat, daß es besser ist, eigene Komitees zu gründen, als die der Partei zu zerstören. Nachdem aber die Gründungskomitees der „Solidarność“ entstanden waren, wurde die Lage nicht nur für die polnische Partei brenzlig. Ganz Europa schaute dem Experiment zu, ohne zu wissen, wie man den real existierenden Sozialismus mit einer von der Partei unabhängigen Massenbewegung versöhnen kann.

Die Antwort Ostberlins war klar: Am 30. Oktober 1980 – sechs Tage nach Registrierung der „Solidarność“ – stellte die DDR einseitig den paß- und visafreien Reiseverkehr mit der VRP ein. In den folgenden Monaten drängte Honecker auf einen Einmarsch<sup>17</sup>, nach Ausrufung des Kriegsrechts in

17 Die Haltung der DDR zur „Solidarność“ dokumentierten ausführlich Michael Kubina/Manfred Wilke (Hrsg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra

Polen stabilisierten sich die zwischenstaatlichen Beziehungen wieder. Den freien Reiseverkehr mochte Ostberlin freilich bis 1989 nicht wiedereinführen, und der Einkaufstourismus der Polen scheint bis zuletzt als Mittel zur Mobilisierung der eigenen Bevölkerung gegen den Reformkurs des östlichen Nachbarn instrumentalisiert worden zu sein. Immerhin, in diesen letzten Monaten der Existenz der DDR gab es auch Lichtblicke: Der ostdeutsche Botschafter trat im Dezember 1989 mit einer Entschuldigung für die Polenfeindlichkeit eines Teils seiner Landsleute vor die Kameras des polnischen Fernsehens; die frei gewählte Volkskammer und überhaupt die neuen Eliten der DDR ließen keinen Zweifel an ihrer positiven Einstellung zu Polen.

Der entscheidende Punkt für eine Neuordnung des polnisch-deutschen Verhältnisses lag jedoch eindeutig nicht in den Beziehungen zwischen Ostberlin und Warschau. In Polen bestand seit 1976, wie bereits erwähnt, eine organisierte Opposition. In den internen Debatten dieser Gegenöffentlichkeit, die anfangs von Intellektuellen dominiert war, spielte das Thema Deutschland verständlicherweise keine herausragende Rolle. Je radikaler jedoch die Kritik am real existierenden Sozialismus wurde, desto mehr rückte auch seine geopolitische Fundierung in den Mittelpunkt. Bereits 1978 wurde in den Warschauer Salons diskutiert, ob angesichts der Entwicklung in der Bundesrepublik die traditionelle Betrachtungsweise Deutschlands als einer Bedrohung für die territoriale Integrität Polens nicht obsolet geworden sei. War es nicht vielmehr so, daß die realsozialistische Diktatur in Polen nur unter dem Schutz der sowjetischen Einflußsphäre – d. h. nicht zuletzt der DDR – existieren konnte, daß also umgekehrt ein demokratisches Polen nur im Zuge der Auflösung der sowjetischen Einflußsphäre – und damit der DDR – denkbar war? Nach Lösung der Oder-Neiße-Frage gab es keine primären Interessengegensätze zwischen Polen und Deutschen, im Gegenteil: Souveränität und Demokratie Polens waren ausschließlich im Zusammenhang mit der Vereinigung eines demokratischen Deutschland erreichbar. „Deutschland wird vereinigt und die Polen bleiben, wo sie sind“, hieß es bereits in einer aufsehenerregenden Denkschrift eines Untergrundzirkels vom Februar 1980. „Wir wollen, daß die Grenzen, auch die polnisch-deutsche, ähnlich transparent und durchlässig werden wie die heutige Grenze Deutschlands mit Frankreich, Belgien

und den Niederlanden, die einst – wie unsere – geblutet und gebrannt haben.“<sup>18</sup>

Es sollte überraschenderweise weniger als ein Jahrzehnt dauern, bis dieser Gedankengang den Weg von der Originalität zur Banalität absolviert hatte. 1980 bis 1982, in der Zeit der „Solidarność“ und ihrer gewaltsamen Unterdrückung, leisteten die Westdeutschen mehr Hilfe für die Polen, als alle anderen Westeuropäer zusammen. Die Auswirkungen dieser „Paketaktion“ waren ähnlich wie die Folgen der relativen Reisefreiheit der Polen in den Westen, die von der Mitte der siebziger Jahre bis 1981 bestand und nach der Unterbrechung durch das Kriegsrecht den widerspenstigen Untertanen abermals zugestanden werden mußte. Nun konnten sich Millionen von Polen persönlich davon überzeugen, daß die Bundesrepublik mit dem geschichtlich geprägten Stereotyp von Pickelhaube und Nationalismus tatsächlich nichts gemeinsam hatte, mehr noch, daß dieser neue deutsche Staat in vielerlei Hinsicht als Vorbild für eine Erneuerung der Verhältnisse in ihrer Heimat taugte. Die Neuordnung des polnisch-deutschen Verhältnisses zwischen 1989 und 1991 verlief dann, trotz gelegentlicher Irritationen in der Grenzfrage, in einer für das Ausland überraschend zügigen und konstruktiven Art. Der Grenzverlauf wurde in dem Vertrag von 1990 definitiv bestätigt, wodurch das letzte formaljuristische Überbleibsel des alten polnisch-deutschen Gegensatzes in die Geschichte abwanderte. Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991 schuf einen weiten völkerrechtlichen Rahmen für die von beiden Seiten beschworene polnisch-deutsche Interessengemeinschaft, die von der Wirtschaft über die Sicherheitspolitik bis zur Ökologie reicht.

---

#### IV. Die polnisch-deutschen Beziehungen heute

---

Welche Rolle spielt die Geschichte in den aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen? Etwas ironisch formuliert, wird sie genauso mißbraucht wie in der Vergangenheit – nur daß damals die Historie als Beweis für eine angeblich „ewige Feindschaft“ strapaziert wurde, während heute der heilige Adalbert und Otto III., die Wettiner und die

Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995.

18 O stosunkach z Niemcami raz jeszcze (Nochmals über die Beziehungen mit Deutschland), zit. nach Polskie Porozumienie Niepodległościowe. Wybór tekstów, London 1989, S. 277–282, hier: S. 278.

„Polenbegeisterung“ der 1830er Jahre als Fundament der aktuellen und künftigen Interessengemeinschaft fungieren. Daran ist wenig auszusetzen, denn was würden schon Redenschreiber und sonstige Sinnstifter ohne geschichtliche Bezüge liefern können? Weniger ironisch: Die Geschichte unserer Beziehungen gibt eben Beispiele für beide Lesarten; die These, es hätte nur Feindschaft gegeben, war und ist schlicht falsch.

Insgesamt scheint jedoch die Rolle der Geschichte immer mehr in den Hintergrund zu treten. Nur so sind die Ergebnisse der neuesten Umfrage zum Thema „potentielle Verbündete Polens“ zu verstehen. Politisch wünschen sich die meisten Polen (70 Prozent) eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik; die USA folgen an zweiter Stelle mit 66 Prozent. Als militärischer Verbündeter rangieren die USA (66 Prozent) knapp vor Deutschland (63 Prozent), als beliebtester ökonomischer Partner liegt die Bundesrepublik mit 74 Prozent klar vorne (USA 62 Prozent)<sup>19</sup>. Wäre daher der Schluß gerechtfertigt, daß alle negativen, historisch fundierten Bezüge unseres Denkens über den jeweiligen Nachbarn sich in nichts aufgelöst haben und die Zukunft ausschließlich durch das Prisma einer streng rationalen Kooperationsbereitschaft gesehen wird?

Die heutige Schönwetterperiode für einen Dauerzustand zu halten, wäre zumindest riskant. Erstens sprechen die Ergebnisse der deutschen Meinungsumfragen eine ganz andere Sprache; es muß noch viel Zeit vergehen, bis „polnische Wirtschaft“ zu einem Synonym für harte Arbeit und den Erfolg der Transformation östlich der Oder wird. Zweitens stoßen Deutsche und Polen, die ausnahmsweise nicht über Lieferungen und Gewinnspannen debattieren, relativ schnell auf Kommunikationsbarrieren, die mit Sprachschwierigkeiten wenig zu tun haben. Es geht dabei möglicherweise weniger um unterschiedliche Interessen als vielmehr um verschiedene Wahrnehmungsmuster und Empfindlichkeiten, deren einige hier genannt werden sollten.

Zuerst sei an eine grundlegende Übereinstimmung erinnert: Themen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zeigen keine emotionale Wirkung mehr; der Abwehrkampf der Polen gegen die Germanisierung im Preußen des 19. Jahrhunderts ist für die breitere Öffentlichkeit ebenso uninteressant wie umgekehrt die polnische Minderheitenpolitik zwischen den Weltkriegen. Der dramatische Tiefpunkt unserer Beziehungen, der Zweite Weltkrieg,

verliert langsam seinen Platz im kommunikativen Gedächtnis beider Gesellschaften; die Erinnerung an das Grauen erstarrt jedoch nicht, vielmehr zeichnet sich eine – nur auf den ersten Blick paradoxe – Konvergenz der Betrachtungsweisen ab. Nach 1989 erweiterte sich nämlich sowohl die deutsche als auch die polnische Erinnerung an die Jahre 1939 bis 1945 um die durch die Sowjets verursachten Opfer; als Stichworte, die nun aus Randbereichen in eine bewußtere Erinnerung vorgeückt sind, seien Nemmersdorf und Katyn genannt. Bisher – so das vorläufige Fazit – ist es gelungen, die naheliegende Peinlichkeit zu vermeiden, daß die erst heute auch als Opfer Genannten die Erinnerung an die Millionen nationalsozialistischer Opfer verdrängt hätten. Nicht ganz konnte hingegen im jeweiligen Nachbarland der Verdacht vermieden werden, daß die neuen Töne in der offiziellen Gedächtniskultur eine verschleierte Rückkehr zum Nationalismus offenbaren. Die Deutschen hätten sich doch ihr Unglück selbst verdient, hört man manchmal in Polen, und in Deutschland wird des öfteren der Verdacht geäußert, ob nicht die Erinnerung an das Schicksal Ostpolens nach 1939 hauptsächlich der vermeintlichen polnischen Russophobie zuzuschreiben sei – ein Denkmuster, das selbst in der NATO-Erweiterungsdebatte der letzten Jahre eine Rolle gespielt hat.

Eine ähnliche Konvergenz mit kritischen Untertönen ist für die Aufarbeitung der unmittelbaren Nachkriegsjahre charakteristisch. Auf deutscher Seite ist die Pflege der Erinnerung an Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich ein Anliegen der Vertriebenenverbände gewesen<sup>20</sup>. Aus volkspolnischer Sicht handelte es sich um ein „Unthema“, das von unverbesserlichen Kalten Kriegern hochgespielt wurde. Nach 1989, seitdem in der polnischen Öffentlichkeit die Vertreibung der Polen aus dem Osten ein Thema geworden ist, beschäftigt man sich intensiv auch mit der Vertreibung der Deutschen – einem Vorgang, der nicht nur als Konsequenz der Zerstörung Europas durch den Nationalsozialismus, sondern immer öfter auch in moralischen Kategorien als eine Ungerechtigkeit begriffen wird, die unzählige Leiden Unschuldiger nach sich gezogen hat. Die seriöse zeitgeschichtliche Forschung in Breslau, Posen oder Warschau befaßt sich jedoch mit der Vertreibung nicht nur aus diesem Grund und auch

<sup>19</sup> Zit. nach Gazeta Wyborcza vom 1. September 1997, S. 2.

<sup>20</sup> Als bedeutendste Ausnahme der achtziger und neunziger Jahre sei der von Wolfgang Benz herausgegebene Band genannt: Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/M. 1985.

nicht nur deswegen, weil nach 1989 der Zugang zu den Akten wesentlich leichter geworden ist; das Schicksal der Deutschen auf polnischem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg ist für polnische Historiker nicht zuletzt deshalb wichtig, weil das entstehende Volkspolen hier eine Rücksichtslosigkeit vorexerziert hat, die wenige Jahre später – im Stalinismus – auf die polnische Gesellschaft zurückschlagen sollte<sup>21</sup>.

Um einiges weniger konsensfähig sind die Meinungen über das nächste große Kapitel der „Vergangenheitsbewältigung“ – manchmal scheint es, als ob dieser Begriff im Ausland eine um so größere Karriere machen würde, je mehr er in Deutschland aus der Mode kommt –, in dem Polen und Deutsche etwas miteinander zu tun haben, nämlich die Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus. Beide Länder gingen ihre Sonderwege, wobei der eine von Joachim Gauck und der andere von Andrzej Milczanowski (dem aus der „Solidarność“ stammenden Innenminister, der die Öffnung der Akten standhaft verweigerte) symbolisiert wird<sup>22</sup>. In beiden Ländern gab es ursprünglich Intellektuelle, die den jeweils entgegengesetzten Weg des Nachbarn für den richtigen hielten: Westdeutsche lobten die polnische Zurückhaltung und Zurückstellung der „Abrechnung“ als Garantie des sozialen und politischen Friedens während der Transformation, polnische Rechte predigten die kompromißlose Aufdeckung der Geheimdienstakten als Voraussetzung für einen Neubeginn der polnischen Staatlichkeit. Inzwischen ist vieles noch komplizierter geworden, als es 1990 scheinen mochte: Weder hat sich die vornehme Enthaltensamkeit (nach Adam Michnik: „keine Granate in die Kloake werfen“) bewährt, noch ist das Trauma realsozialistischer Vergangenheit durch die Sintflut der Veröffentlichungen und Talkshows erkennbar besser domestiziert.

In einem Punkt aber hat sich das deutsche Modell klar durchgesetzt: In Polen gibt es 1997 eine deutliche Mehrheit für die Öffnung der Akten der volks-

polnischen Sicherheitsdienste. Der Staatspräsident hat dies schon vor den Wahlen vorgeschlagen; die neue parlamentarische Mehrheit verspricht eine baldige Novellierung des – erst in diesem Jahr beschlossenen – Lustrationsgesetzes, d. h. die Aufklärung der Vergangenheit aktueller Funktionsträger in Politik, politischem Beamtentum, Medien und Justiz<sup>23</sup>. Wie eine solche Gesetzesänderung umgesetzt werden soll, erfahren wir erst in der Zukunft. Für unser Thema mag es sich um eine wichtige Entwicklung handeln, denn erst die Öffnung der Archive wird einen ordentlichen, quellenbezogenen Vergleich zwischen der Repressivität der DDR und der VRP ermöglichen. Andererseits scheint die Prognose nicht allzu gewagt, daß die Öffnung allein das Gespräch zwischen den beiden Öffentlichkeiten nicht unbedingt grundlegend verändern wird: Keine Gesetzesnovellierung kann ja den fundamentalen Unterschied beheben zwischen einer katholisch geprägten Kultur, die tagtäglich Beichten und Vergessen – oder auch Vergessen ohne Beichten – praktiziert, und der Besessenheit des ebenso alltäglichen Austragens der Gegensätze, der Streitkultur und des permanenten Hinterfragens.

---

## V. Die polnisch-deutschen Beziehungen morgen

---

Historiker sind bekanntlich mäßige Propheten. Dennoch dürfen auch sie gelegentlich über die Zukunft nachdenken, besonders wenn das vorliegende Material einige Entwicklungslinien zu zeichnen erlaubt. Genau acht Jahre sind vergangen seit jenem 9. November 1989, als eine deutsche Delegation mit Helmut Kohl an der Spitze in Warschau erfolglos versuchte, irgendeine Nachrichtensendung von ARD oder ZDF zu sehen. Weder im Hotel noch in der Botschaft war deutsches Fernsehen zu empfangen. Die Polen, von Lech Wałęsa bis zum damaligen Staatspräsidenten Wojciech Jaruzelski, zeigten einerseits Verständnis für den Wunsch des Kanzlers, angesichts des Falls der Berliner Mauer den Besuch in Polen zu unterbrechen; andererseits machten sie keinen Hehl aus ihrer Befürchtung, daß Polen wieder einmal den Preis für die Freiheit anderer zahlen müssen. In allen Erinnerungen an diesen Tag ist die Spannung mit den Händen zu greifen, und die – keineswegs nur protokollarischen – Wunden und Narben soll-

21 Einen Überblick über den Forschungsstand Mitte der neunziger Jahre verschaffen u. a. die Deutschen Studien, 32 (1995), 126/127, („Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen und ihre Integration“); die Polnische Robert-Schuman-Stiftung hat durch ihr Projekt „Komplex der Vertreibung“ die Arbeiten an diesem Thema gefördert. Gegenwärtig wird ein Projekt der Universitäten Marburg und Warschau zu diesem Thema von der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit und der Robert-Bosch-Stiftung unterstützt.

22 \* Als interessantesten Beitrag in der letzten Zeit dazu vgl. die Ausgabe der Zeitschrift „Transodra“ vom September 1997, in der eine Tagung vom Juni 1996 über den „Umgang mit der Vergangenheit in Deutschland und Polen – Aufdecken oder Zudecken“ dokumentiert ist.

23 Die deutsche Übersetzung des Gesetzes ist abgedruckt ebd., S. 93–99.

ten in den kommenden Monaten der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen nicht weniger werden. Die relative Folgenlosigkeit dieser oft dramatischen Ereignisse<sup>24</sup> für die wechselseitigen psychopolitischen Befindlichkeiten liefert ein beredtes Zeugnis für die Reife beider politischer Klassen. Erstmals in der jüngeren Geschichte unserer Beziehungen haben beide Akteure die Gegensätze nicht auf die Spitze getrieben, die öffentliche Meinung nicht gegen den Nachbarn mobilisiert, sich selbst zurückgenommen und dem Partner ein Minimum an Vertrauen entgegengebracht – entgegenbringen müssen, denn die europäische Neuordnung wäre anders nicht gelungen.

Vertrauen in Persönlichkeiten ist natürlich besser als gar kein Vertrauen – für die Zukunft wünscht sich jedoch der Normalbürger, daß die Politik mit derartigen Bürden gar nicht erst belastet wird. Und hier kommen wir zu einem weiteren Grund für den gemäßigten Optimismus, mit dem man als Historiker 1997 über die Perspektiven unserer Beziehungen sprechen kann. Die Vernetzung von Polen und Deutschland hat seit 1989 etwa denselben Fortschritt gemacht wie die Verbreitung des deutschen Fernsehens in Warschau, das heute mit mehreren Programmen in jedem Kabelnetz zu finden ist. Kennengelernt haben einander in diesen acht Jahren Dutzende von Ministern und Parlamentariern, Hunderte von Beamten und Kommunalpolitikern entlang der Grenze, Tausende von Studenten, Hunderttausende von Schülern, Touri-

24 Dazu aus polnischer Sicht vor allem Artur Hajnicz, *Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989–1992*, Paderborn u. a. 1995.

sten, Händlern und Käufern. Ob damit bereits durchsetzungsfähige Lobbies für den weiteren Ausbau der Beziehungen bestehen, ist umstritten. Sicher bleibt, daß die gegenseitige Abhängigkeit – Nationalisten beider Länder zum Trotz – unaufhörlich wächst, ob es sich nun um die gemeinsame Stadtplanung von Görlitz und Zgorzelec handelt oder um EU- und NATO-Erweiterung. Dieses Geflecht von Kenntnis und Interdependenz schafft einen gravierenden Unterschied gegenüber 1989, von weiter entfernten Bezugspunkten gar nicht zu reden.

Zugleich sollten auch Optimisten nicht vergessen, daß das deutsch-polnische Verhältnis wie eh und je von der anfangs erwähnten Asymmetrie mitgeformt wird. Diese Asymmetrie ist Folge des zivilisatorischen Ost-West-Gefälles und der unterschiedlichen Wirtschaftspotentiale, sie prägt aber ebenso stark das gegenseitige Interesse, die Wahrnehmung und Kenntnis des Nachbarn. Nun ist der Abbau der wirtschaftlichen Asymmetrie ein ur-eigenes Ziel der Polen; er liegt gleichfalls im deutschen Interesse, nimmt aber hier naturgemäß einen völlig anderen Rang ein. Dasselbe gilt für die Adaptation moderner deutscher Staatskunst und Verfassung, vom Rechtsstaat über den Föderalismus bis zur Sozialpartnerschaft. Der Abbau der Asymmetrie in der gegenseitigen Wahrnehmung ist hingegen für beide Seiten gleich wichtig: Nur wenn beide Gesellschaften den von beiden Staaten konstruierten Rahmen mit ihren Inhalten, Aktivitäten und Interessen auffüllen, werden wir vor einer Wiederholung der Vergangenheit sicher sein.

## Die polnische „Preußenkrankheit“ und ihre politische Instrumentalisierung

In den letzten Jahrhunderten war das deutsch-polnische Verhältnis immer wieder belastet, fast immer schwierig und in der jüngeren Vergangenheit von Grausamkeiten, Leiden und Schrecken geprägt, was jedoch allein den Deutschen angelastet wird, ohne den polnischen Beitrag dabei wahrnehmen zu wollen. Dieser wurde und wird von den schrecklichen Verbrechen der deutschen Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkrieges überdeckt. Abgesehen davon, daß dadurch wiederum problematische politische Folgewirkungen entstehen, wird durch erfahrene Unrecht verursachtes neues Unrecht weder zu Recht, noch kann es damit entschuldigt werden. Als Ausdruck des Zeitgeistes führt dies nur in Deutschland zu einer Selbstverleugnung, die – noch so gut gemeint – weder der historischen Wahrheit noch einer einsichts- und verständigungsbereiten Kenntnis voneinander dient. Aber noch mehr trifft dies zu auf die negativen Mythenbildungen der polnischen Publizistik zum deutsch-polnischen Verhältnis, das ein Jahrtausend lang nur eine gewalttätige Feindbeziehung gewesen sein soll. Daher sollte das Verhältnis Polens zu Deutschland und den Deutschen kritischer reflektiert werden – bei aller Aufgeschlossenheit und Zuneigung zu Polen sowie dem Wunsch nach Zusammenarbeit auf möglichst vielen Gebieten.

### I. Herausbildung und Besonderheiten der polnischen „Preußenkrankheit“ bis 1918

Das gegenseitige Verhältnis wurde einerseits von der deutschen Geringschätzung und Minderachtung Polens und der Polen, andererseits von einem tiefverwurzelten polnischen Deutschensyndrom belastet, das Władysław Studnicki 1907 zutreffend als eine für Polen verderbliche, von eigenen „politischen Scharlatanen“ aufgebrachte „Preußenkrankheit“ definierte<sup>1</sup>. Jerzy Giedroyc, wegen sei-

ner antikommunistischen Verlegertätigkeit im Pariser Exil eine nationale Institution, bemängelte 1993 in ähnlicher Weise, daß die dafür verantwortliche Tradition „in großem Maße aus Mythomanie und patriotischer Verlogenheit besteht“<sup>2</sup>. Beides ist zu analysieren. Wenn die deutsche Geringschätzung vor allem in Vorstellungen von einer desolaten „polnischen Wirtschaft“ Ausdruck fand, dann ging das zu einem guten Teil auf das allgemeine materiell-kulturelle West-Ost-Gefälle in Europa zurück. Sie war daher keineswegs eine Unart allein der Deutschen, denn sie äußerte sich gleichermaßen bei Polen gegenüber Russen, Ukrainern und Weißrussen.

Nach einhelliger Meinung soll das Deutschensyndrom der Polen durch die Rolle Preußens bei den Teilungen Polens ausgelöst und durch die „ernationalisierende Germanisierungspolitik“ Bismarcks ausgeformt und gefestigt worden sein. Doch der das Syndrom kennzeichnende populäre Spruch, wonach „solange die Welt besteht, der Deutsche dem Polen nie Bruder sein wird“, wurde von Waclaw Potocki in seinen „Moralia“ bereits 1688 wiedergegeben. Da er eine schon vorhandene Ansicht wiederholte, ist er noch älter, jedenfalls älter als die deutsche Vorstellung von der „polnischen Wirtschaft“, die um 1785 aufkam<sup>3</sup>. Notabene wurde Potockis populärer Spruch im Frühjahr 1990 bei einer Repräsentativumfrage von 70 Prozent der befragten Polen als immer noch gültig bezeichnet.

Trotzdem wäre das Aufkommen des auch mentalitätshistorisch interessanten Deutschensyndroms durch die Polenpolitik Preußens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nachvollziehbar. Noch vor den Teilungen Polens trug Preußen zur Schwächung des in Anarchie versinkenden Staates durch die mit den in Sachsen erbeuteten Prägestöcken durchgeführte Münzverschlechterung des Złoty („Der Goldene“) bei, wodurch es einen Großteil seiner Kriegskosten zum Schaden Polens deckte,

2 Polska zbrojna, 25./27. 6. 1993.

3 Vgl. Hubert Ortowski, „Polnische Wirtschaft“, in: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, hrsg. von Ewa Kobylińska, Andreas Lawaty und Rüdiger Stephan, München – Zürich 1992, S. 515.

1 Der 1907 erschienene Artikel ist abgedruckt im Sammelband: Władysław Studnicki, *Z przeżyć i walk (Aus Erlebtem und Kämpfen)*, Warszawa 1928, S. 182.

ihm aber eine Inflation bescherte. Die hundertjährige Auslöschung Polens von der Landkarte Europas erfolgte jedoch nicht durch die vornehmliche Schuld Preußens, des „Beelzebub Europas“ in polnischer Sicht, und schon gar nicht durch Mithilfe von Juden bereits 1795, wie es polnischerseits gesehen wird, sondern erst auf dem Wiener Kongreß 1815. Von Napoleons Gnaden war 1807 das Großherzogtum Warschau entstanden, das als Keimzelle eines durch Reformen gesunden und zu altem Glanz zurückkehrenden Polen verstanden wurde. Mit Zustimmung der *gesamten* europäischen Staatengemeinschaft wurde das Großherzogtum jedoch auf dem Wiener Kongreß ausgelöscht und aufgeteilt. Bei dieser vierten Teilung Polens wurde Preußens Gebietserwerb aus den vorhergehenden Teilungen so kräftig reduziert, daß es 1815 den ohnehin weitaus geringsten Gebietsanteil aus dem Untergang Polens behielt, wengleich die ökonomisch wertvollsten Landesteile. Rußland rückte hingegen weit nach Mitteleuropa bis an die Prosna vor, einen westlichen Zufluß der Warthe am Rande Schlesiens.

### Preußische Polenpolitik im Widerstreit

Im Streben nach einer Wiedererlangung der 1815 verlorenen Unabhängigkeit stellten Polens Eliten – weniger die niederen Schichten – über Generationen Preußen, dem sie nach geltendem Rechtsverständnis als dessen Bürger zur Verfassungs- und Gesetzestreue verpflichtet gewesen wären, in Frage, schürten national verstandene konfessionelle Gegensätze („Mischehenstreit“ 1837), planten oder führten gegen Preußen gerichtete Aufstände durch (1846, 1848) oder unterstützten sie in Kongreßpolen (1830, 1863)<sup>4</sup>. Damit versuchten sie, Preußens Territorialbestand zu beeinträchtigen, was nach damaliger Auffassung – nicht nur Preußens – Staatsverrat war. Aus nationalen Gründen waren sie nie bereit, sich in den preußischen Staat einzuordnen. Preußen hatte politisch wie staatsrechtlich jedoch eigene Interessen wahrzunehmen. Da die opponierenden polnischen Bürger Preußens gerade das in Frage stellten, empfanden sie diese Interessenwahrnehmung Preußens als eine gezielt gegen sie gerichtete Unterdrückung. Dieser Gegensatz unterschiedlicher Interessen bestimmte das Deutschensyndrom.

Trotz der Verschärfung der preußischen Haltung nach den Aufständen von 1830 in Kongreßpolen und 1848 in Preußen konnten Polen im Rahmen

der „inneren Kolonisation“ Preußens unter Bismarck ein politisch effizientes Eigenleben aufbauen, was die Urteile über Preußen differenzierter ausfallen lassen sollte. Es reichte von einer Banken- und Sparkassenorganisation über ein aufgefächertes Genossenschaftswesen, die beide nach 1918 zu Vorbildern in Polen wurden, nationalistisch orientierten politischen Parteien, wissenschaftlichen und Volksbildungsvereinen bis zum selbst nach polnischer Einschätzung aktivistisch-nationalistischen Verband „Sokół“ („Der Falke“) 1884 sowie der extrem nationalistischen „Straż“ („Die Wacht“) der Nationaldemokratischen Partei 1905. Das nationale Eigenleben war so organisiert, daß es dem Staat wiederholt Paroli bot. Das Deutschensyndrom betonte besonders, daß 1876 das Deutsche als Amts- und Geschäftssprache und 1873 als Schulsprache eingeführt wurde, obwohl beides modernisierend für viele Menschen galt, die teilweise seit mehr als einem Jahrhundert in Preußen lebten. Dabei durften die Fächer Religion und Polnisch weiter in polnischer Sprache erteilt werden. Nach derem politischen Mißbrauch wurde das 1901 geändert. Daraufhin kam es zu publizistisch ausgeschlachteten Schulstreiks. Zusammen mit dem preußischen Kulturkampf gegen die Katholische Kirche wurde alles undifferenziert nur als polenfeindlich verstanden. Gerade während dieser „Germanisierungsperiode“ unter Bismarck entstanden jedoch bezeichnenderweise die meisten der polnischen Zeitungen in Preußen; gegen Ende seiner Kanzlerschaft gab es über 30 in allen Teilen des Landes, sogar in Bochum und Berlin.

Im Zuge der „inneren Kolonisation“ Preußens entstand in den polnischen Landesteilen eine moderne, hochproduktive Industrie- und Agrarwirtschaft mit einer beispielhaft gesunden Betriebsstruktur. Der Anteil des polnischen Grundbesitzes stieg bis 1914 erheblich. Trotz seiner peripheren und dadurch ökonomisch benachteiligten Lage gedieh der polnische Landesteil Preußens gerade während seiner „Germanisierungsperiode“ zur bestentwickelten, modernsten Wirtschaftsregion des ehemaligen und künftigen Polen, die nach 1918 mit ihrer Wirtschaftskraft und der in Preußen sozialisierten, sich von der sarmatisch-polnischen der anderen Teilungsgebiete positiv abhebenden Leistungsbereitschaft und -fähigkeit Polen nach 1918 über verschiedene Krisen hinweghalf. Die Geschichte ist eben vielschichtiger, und auch widersprüchlicher, als vorgefaßte Meinungen.

### Polnische Territorialvisionen

Die syndrombeladene Atmosphäre wurde im 19. Jahrhundert durch eine Reihe von Prädispositionen bestimmt, so auch durch die Nationallitera-

4 Als Kongreßpolen wird das Gebiet bezeichnet, das nach dem Wiener Kongreß 1815 als Königreich Polen in Personalunion mit Rußland verbunden war.

tur, die mit vorwiegend historischen Romanen, Gedichten, Epen und Novellen ein eigenes anti-deutsches Genre schuf, das auch das Geschichtsbild verzerrte. Mit großem Erfolg präsentierte sie polenfeindliche, brutale Deutsche aller Zeiten voller Durchtriebenheit und Heimtücke, zusammen mit antideutschen Mythen. Daran beteiligten sich neben vielen namhaften Schriftstellern auch die polnischen Nobelpreisträger dieser Zeit, Sienkiewicz und Reymont. Nach 1918 ebenso wie seit 1945 wurden diese historisierenden Romane zur begleitenden schulischen Pflichtlektüre, wobei sich nach 1945 mit offizieller Förderung sogar eine eigene Literatur- und Reportagengattung entwickelte, die die Bundesrepublik Deutschland und ihre Politiker in die Nähe des NS-Regimes rückte.

In der Nationalliteratur wie in der Publizistik spielten besonders Vorstellungen zur historischen Ausbreitung Polens, die ein unabhängig gewordenes Polen einzulösen habe, eine Rolle. Sie gingen mythengestützt davon aus, daß die westslawischen Stämme bis zum westelbischen Wendland und der Kieler Förde Polen gewesen seien, womit deren Siedlungsgebiet einem großen und mächtigen Polen zugehören müsse. Anvisiert wurde ein „Groß-Polen“, das zu einem beliebten Sujet in der Nationalliteratur wurde. Juliusz Tomaszewicz wünschte ein mächtiges Polen „vom Dnjepr bis zur Elbemündung“, Konstanty Gaszyński begnügte sich mit polnischen „eisernen Grenzpfählen in Dnjepr und Saale“, Wincenty Pol erträumte ein Polen, das von dem für Slawen heiligen Rügen entlang der Oder und Neiße im Westen und bis zur Düna und Dnjepr im Osten reichen solle<sup>5</sup>. Bezeichnend für die angebliche Repressivität Preußens ist, daß die ersten drei Auflagen des den Territorialbestand Preußens in Frage stellenden Poems *Pols „Das Lied von unserem Lande“* seit 1843 im preußischen Posen erschienen. In der Zeit der nationalen Not verband sich das Deutschensyndrom, die „Preußenkrankheit“ Studnickis, mit den herzstärkenden, stolzen Territorialvisionen. Sie wurden dann von nationalistischen Wissenschaftlern legitimiert, auch im bürgerlichen Polen nach 1918. Dies antizipierte so die Potsdamer Territoriallösung von 1945, was von polnischen wie deutschen Publizisten und Historikern entweder nicht wahrgenommen oder gar gelehnet wird<sup>6</sup>.

5 Vgl. dazu detaillierter und mit Quellen versehen Georg W. Strobel, *Denken und Handeln in den polnischen Teilungsgebieten und in Polen nach 1918. Ein politisch-ethischer Vergleich*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, (1995) 2, S. 223 ff.

6 Vgl. zu diesem Komplex Maria Podlasek, *Ein Rückblick nach 50 Jahren: In Polen war die Vertreibung lange ein Tabu-Thema*, in: *Das Parlament* vom 28. 7./4. 8. 1995. Zur Literatur

---

## II. Das wiedererstandene Polen und das Deutschensyndrom

---

### 1918 bis 1939

Mit der polnischen staatlichen Unabhängigkeit 1918 gewann das mentale Deutschensyndrom praktische politische Bedeutung. In seinem Zeichen wurde nun gegenüber den Deutschen das früher verurteilte „antipolnische“ preußische Verhalten ethisch bedenkenlos nachgeahmt. In den früher preußischen Gebieten wurden Deutsche zum Verlassen des Landes gedrängt. Wegen der krisenhaften Wirtschaftslage und der Notwendigkeit, die aus Elsaß, Lothringen und dem besetzten Rheinland ausgewiesenen Menschen aufzunehmen, wurde dem mit deutschen Aufrufen begegnet, selbst auf die Gefahr einer staatsbürgerlichen Option für Polen in der Heimat zu bleiben. Das wurde wiederum mit der polnischen Beschuldigung beantwortet, Deutschland beabsichtige in Polen eine den Staat in Frage stellende deutsche Irredenta aufzubauen. Überganglos wurde Polnisch als Amts- und Unterrichtssprache eingeführt. Anfang der dreißiger Jahre wurde dann das Minderheitenschulwesen Polens in einer Form reformiert, die den Sprachen- und Schulgesetzen in Preußen weitgehend glich. Schließlich wurden noch die Aneignung des Reichseigentums sowie eine von Polen festzusetzende Entschädigung für zurückzulassendes Eigentum verdrängter Deutscher verfügt. Sie lag in der Regel weit unter dem Marktwert. Zu den Bodenreformen von 1919 und 1925 wurde deutscher Bodenbesitz weit überproportional herangezogen. Alle diese Maßnahmen wurden vom polnischen Außenministerium als „Entgermanisierung“ bezeichnet<sup>7</sup>.

Die in der polnischen politischen Kultur tradierten Territorialvorstellungen kulminierten im Wunsch nach einem mächtigen, glanzvollen Groß-Polen „zwischen den Meeren“ („Intermarium“, zwischen Ostsee und Schwarzem Meer), das in der Region eine Vormachtstellung einnehmen und als Gegengewicht zum übrigen ein „Drittes Europa“ errichten sollte. Da nach Meinung des Staatsgründers Józef Piłsudski „seriöse Politik“ nur gewaltsam zu

vgl. Magdalena Podwysocka, *Einer, der es abgibt, einer, der es braucht. Das (Feind-)Bild „des“ Deutschen in der polnischen Literatur*, in: *Polen, Verlagsbeilage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. 11. 1997.

7 Vgl. Czesław Łuczak, *Od Bismarcka do Hitlera. Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze (Von Bismarck zu Hitler. Die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen)*, Poznań 1988, S. 244.

realisieren sei, ging er daran, die Grenzen „mit dem Säbel herauszuhauen“<sup>8</sup>. Die Provinz Posen wurde mit militärischer Regierungsunterstützung in einem „Aufstand“ von Ende Dezember 1918 Polen Anfang 1919 einverleibt. Die gewünschte weitere Ausdehnung des Staates zeigte die Festlegung der Wahlkreise für die erste Parlamentswahl von Ende Januar 1919. Zu ihnen wurden die Reichsgebiete Masuren, Danzig, Teile Niederschlesiens sowie Oberschlesien gezählt. Diese Gebietsansprüche wurden dann auf der Versailler Friedenskonferenz Ende Februar 1919 geltend gemacht, wengleich weitgehend erfolglos. In Oberschlesien kam es unter Bruch internationaler Abmachungen bis 1922 zu drei weiteren „Aufständen“, die unter Teilnahme deutscher Freikorps niedergerungen werden konnten. Die endgültigen, international bestimmten Grenzen in Oberschlesien brachten Polen allerdings die wichtigsten Bodenschätze der Region, darunter 85 Prozent aller Kohlevorräte. Wirtschaftliche Schwierigkeiten Polens aus seiner willkürlichen Grenzziehung führten angesichts der früheren Verflechtung des nunmehr von der Grenze zerteilten Gebietes zu De-Industrialisierungerscheinungen, die jenseits aller politischen und ökonomischen Logik einseitig Deutschland angelastet wurden. Vor diesem Hintergrund und infolge der im Versailler Vertrag festgelegten Wirtschaftsverpflichtungen Deutschlands gegenüber Polen, aber auch wegen der einseitig gegen Deutschland gerichteten polnischen Zolltarifpolitik kam es gegen Mitte der zwanziger Jahre zu wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, die als „Zollkrieg“ bekannt wurden und ein Jahrzehnt dauerten; Deutschland, das seine Wirtschaftsmacht gegenüber Polen nötigend auszuspielen hoffte, zog dabei letztlich den kürzeren.

Das zugespitzte Verhältnis wurde durch Deutschland noch weiter verschärft. Kanzler Joseph Wirth forderte Mitte 1922, daß der „Versailler Bastard Polen“ erledigt werden müsse, wobei er betonte, daß „auf dieses Ziel meine Politik eingestellt ist“. General von Seeckt, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, stimmte ihm wenig später mit der Feststellung zu, daß „Polens Existenz unerträglich ist. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene Schwäche oder durch Rußland – mit unserer Hilfe“<sup>9</sup>. Solche Vorstellungen in Deutsch-

land, die von fast allen Parteien geteilt wurden, zementierten nicht nur die tradierte polnische Haltung gegenüber Deutschland und den Deutschen, sondern bestätigten zudem alle polnischen Befürchtungen. Gleichzeitig verhinderten sie Entgegenkommen für die deutsche Minderheit. Wegen ihrer wirtschaftlichen Stärke wurde diese ohnehin verdächtigt, zum Schaden Polens nur den Interessen Berlins zu gehorchen. Bei aller Verbundenheit mit dem „Reich“ stimmte das vor 1933 nur bedingt. Infolge des gestiegenen internationalen Ansehens Deutschlands nach Hitlers Machtübernahme wurde es dann mit Hilfe der NS-nahen „Jungdeutschen Partei“ sehr viel eindeutiger, wobei die Minderheit illoyaler wurde.

Die in Versailles großenteils befriedigten, aber noch nicht vollends erfüllten Territorialwünsche Polens wurden im offiziösen, von den Führungsorganisationen und -persönlichkeiten der Posener und oberschlesischen Aufstände von Ende 1918 gegründeten und Mitte der dreißiger Jahre zum „Polnischen Westverband“ mutierten nationalistischen „Verband zur Verteidigung der westlichen Grenzgebiete“ weiter gepflegt. In dessen Einwirkungsbereich befand sich eine Reihe von Organisationen, wissenschaftlichen Spezialinstituten und Wissenschaftlern. Seit seiner Gründung 1921 verlangte er nach einer weiteren Ausdehnung Polens auf Kosten Deutschlands. Auf einer Kundgebung Ende Juli 1930 forderte der Verband eine nördliche Ausdehnung Polens vor allem in Richtung Ostpreußen, wobei die Süderweiterung in Richtung Schlesien das Vorbild abgab, mit den Worten: „Wir werden so lange danach rufen und es verlangen, bis die polnische Fahne wieder in Danzig, über Ermland und Masuren sowie fern an der Elbe, mindestens aber in Stolp wehen wird.“<sup>10</sup>

Solche Vorstellungen wiederholten sich von nun ab immer regelmäßiger und erhielten eine breite publizistische Resonanz. Besonders laut wurden sie im Zusammenhang mit den polnischen Präventivkriegsdrohungen von 1932/33, die von einer vertragsbrüchigen Erhöhung der polnischen Garnison auf der Westerplatte Danzigs – eines souveränen Völkerrechtssubjekts unter Völkerbundmandat –

in Augsburg, Red. Wolfgang Jacobmeyer, Braunschweig 1985, S. 111.

10 Zit. in: Marian Mroczo, *Polska myśl zachodnia wobec rewizjonizmu niemieckiego (1918–1939)* (Der polnische West-Gedanke und der deutsche Revisionismus), in: *Niemcy wobec konfliktu narodowościowego na Górnym Śląsku po I wojnie światowej* (Deutschland angesichts des Minderheitenkonflikts in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg), Poznań 1988, S. 111.

8 Józef Piłsudski an Leon Wasilewski, 8. 4. 1919, in: Leon Wasilewski, *Józef Piłsudski jakim Go znałem* (J. P. wie ich ihn kannte), Warszawa 1935, S. 175 f.

9 Zit. in: Georg W. Strobel, *Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens 1919–1932*, in: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932. XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 11. bis 17. Juni 1984*

und gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber der deutschen Minderheit begleitet waren. Den anti-deutschen Aktivitäten, die von der Kündigung des Minderheitenschutzvertrages durch Polen Mitte September 1934 begleitet waren, schloß sich sogar die Polnische Akademie der Wissenschaften (PAU) mit Bildpostkarten an, auf denen als Grenzanspruch Polens die „Eisernen Grenzpfähle“ des Königs Boleslaw Chrobry in kriegerischer Form von in die Odermündung eingerammten Schwertern mit piastischen Adlern am Knauf visualisiert wurden. Historische Motivbriefmarken waren so übertrieben, daß sie nach deutschem Protest aus dem Verkehr gezogen wurden. All dies war von zunehmenden Einschränkungen für Deutsche begleitet. Hitlers anmaßende Forderungen und Drohungen gegenüber Polen seit dem Herbst 1938 verschärften die Situation. Die aufgeheizte, von Territorialforderungen und Selbstsicherheit getragene Stimmung, die von zunehmender Illoyalität der deutschen Minderheit begleitet war und sogar einen bewaffneten, auf Gütern stationierten „Selbstschutz“ mit Hilfe Berlins organisiert hatte, spiegelte in Polen ein populärer Vers: „Dem, der sagt, daß Germanen unsere, der Sarmaten Brüder sind, dem werde ich vor der Kirche der Reformierten alle Knochen brechen.“<sup>11</sup>

Ein Bericht des Leiters der Ostabteilung des britischen Foreign Office und seines Begleiters nach einer ausgedehnten Reise durch Polen im Juni 1939 verdeutlicht die herrschende Stimmung, ohne der Parteilichkeit bezichtigt werden zu können. Die hochgestellten polnischen Gesprächspartner aus Politik und Militär gingen von einer unabwendbaren kriegerischen Auseinandersetzung mit Deutschland aus, die sie jedoch nicht vom Zaune brechen wollten, die dann aber trotz der eigenen – polnischen – militärischen Überlegenheit zu einem europäischen Krieg eskalieren müsse. Bei dem erwarteten schnellen Sieg werde Polen erhebliche weitere Gebietsgewinne verzeichnen, die mindestens Ostpreußen und Breslau, aber wahrscheinlich noch einiges mehr einbringen und ein Groß-Polen etablieren würden. Bei Kriegsausbruch wurde ein „furchtbares Massaker unter den Volksdeutschen“ erwartet. Die Menschen in Polen verlange es nämlich nach einem „Gang gegen die Deutschen“, was ein Abteilungsleiter des Außenministeriums dahingehend ergänzte, daß es „Kriegsgeist in der Bevöl-

kerung“, eine „antideutsche Einstellung“ sowie „Appetit auf deutsches Bauernland“ gebe<sup>12</sup>.

### 1939 bis 1945

Angesichts der brutalen, menschenverachtenden deutschen Besatzungspolitik in den Jahren 1939 bis 1945 mit ihrem unermeßlichen Leid und Millionen von Todesopfern wurde für die neue Gegnerschaft nicht erst das tradierte Deutschensyndrom benötigt. Durch die schreckliche Realität dieser Jahre wurde es auf eine früher für unmöglich gehaltene Weise noch weit überholt. Tradierte Gebietsforderungen wurden erstmals in einem Memorandum der Exilregierung vom November 1939 formuliert. Sie beanspruchte Ostpreußen und die Freie Stadt Danzig, darüber hinaus aber noch Gebiete bis mindestens Kolberg und Breslau, um die Grenze zu begradigen. Ansprüche auf Oberschlesien ergaben sich aus den Aufständen von 1919 bis 1921<sup>13</sup>. Anfang Dezember 1939 wurde der sich in der Heimat formierende Offizierswiderstand von der Exilregierung angewiesen, sich im Falle einer von Dänemark ausgehenden Landung der Alliierten Ostpreußens und der Weichselmündung zu bemächtigen sowie Aufstände unter Oberschlesiern, Masuren und Kaschuben anzuzetteln, weil sie „ethnische Polen“ seien<sup>14</sup>.

Seit 1940 wurden Vorstellungen von einer Westausdehnung im besetzten Land, wo der Glaube an den Sieg nie unterging, sehr populär. Ende 1940 veröffentlichten nationalkonservative Untergrundorganisationen in ihrem Organ „Szaniec“ („Die Schanze“) ein Programm für Nachkriegspolen, das eine Grenze an Oder und Lausitzer Neiße bei Vertreibung der Deutschen postulierte. Mitte 1941 schlossen sich den „Szaniec“-Vorstellungen Sozialisten und Bauernpartei in ihrem „Programm Volkspolens“ und 1944 die einflußreiche „Arbeitspartei“ des politischen Katholizismus in ihrem neuen, von Kirchenkreisen um den Krakauer Erzbischof gestützten Programm an, so daß sich die nichtkommunistische Untergrundöffent-

12 Deutsche Übersetzung in: Deutsche Ostkunde, (1983) 1, S. 8f.

13 Vgl. Michał Kwiatkowski, Rząd i Rada Narodowa RP w świetle faktów i dokumentów od września 1939 do lutego 1942 (Die Regierung und der Volksrat der Republik Polen im Lichte von Fakten und Dokumenten zwischen September 1939 und Februar 1942), London 1942, S. 48 f.

14 Vgl. Instrukcja dla Obywatela Rakonia (Anweisung für den Bürger Rakon), 3. 12. 1939, in: Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945, London 1970, Band 1, S. 12. Oberst, später General Stefan Rowecki, militärischer Oberbefehlshaber der sich der Exilregierung unterordnenden Untergrundverbände, bediente sich zweier Pseudonyme: anfänglich „Rakon“, später „Grot“.

11 Zit. in: Michał Śliwa, Polska myśl polityczna w I połowie XX wieku (Der polnische politische Gedanke in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts), Wrocław – Warszawa – Kraków 1993, S. 168.

lichkeit und die Kirche in ihrer Haltung gegenüber Vertreibung und Annektion grundsätzlich einig waren. In der Untergrundadministration entstand daraufhin ein eigenes koordinierendes „Westbüro“, das 1944 ein „West-Institut“ zur Begründung seiner Deutschlandpolitik schuf. Obwohl politisch rechts orientiert, blieb es im kommunistischen Polen bestehen, um konservative Kreise als Legitimations- und Identifikationsmittel an sich zu binden.

Angesichts der heimatlichen Haltung schlug die Exilregierung nach langen Diskussionen den Westalliierten im Dezember 1942 eine Grenze bis an die Oder und Lausitzer Neiße vor, wobei die dort lebenden Deutschen zu vertreiben seien. Tradierte Vorstellungen bezüglich der frühgeschichtlichen Polaben wurden insofern berücksichtigt, als im besiegten Rest-Deutschland polnische Militärstützpunkte auf Rügen, Fehmarn, entlang des Nord-Ostseekanals zwischen Kiel und Brunsbüttel, an der Elbemündung sowie unter Mißachtung der Souveränität Dänemarks auf Bornholm gefordert wurden<sup>15</sup>. Im aufständischen Warschau wurde am 2. August 1944 von der heimatlichen Untergrundführung angeordnet, daß „alle Deutschen das Staatsgebiet Polens zu verlassen haben“, was auch für die neu hinzuzugewinnenden Gebiete galt<sup>16</sup>.

Die Sowjetunion war sich bis zur Teheraner Konferenz Anfang Dezember 1943 offenbar bis auf die Wiedereingliederung derjenigen Gebiete, die sie im Rigaer Vertrag von 1921 an Polen abgetreten hatte, bezüglich der polnischen Grenzen nicht endgültig klar. Erst Anfang Januar 1944 wurde Vertretern der sich in der Sowjetunion formierenden polnisch-kommunistischen Gegenregierung von Stalin die sowjetische Konzeption einer Grenze zu Deutschland eröffnet, die entlang der Oder und Lausitzer Neiße einschließlich Ostpreußens und des ganzen Samlands verlaufen sollte. Die Grenze, die die Vorstellungen des nationalen Untergrundes und der Londoner Exilregierung aufgriff, sicherte Stalin Ende Juli 1944 seinen polnischen Statthaltern in einem Geheimabkommen zu, allerdings mit Änderungen in Ostpreußen zugunsten der Sowjetunion. In diesem endgültigen Verlauf wurde sie im Beschluß des Staatskomitees für Verteidigung der UdSSR vom Ende Februar 1945 lange vor Potsdam bestätigt, was zu ersten Überstellungen deutscher Gebiete an Polen ab Ende Februar 1945 führte.

15 Vgl. Sarah Meiklejohn Terry, Sikorski and Poland's western borders, in: Sikorski, Soldier and Statesman. A collection of Essays, ed. by Keith Sword, London 1990, S. 138 f.

16 Vgl. Dziennik Ustaw RP, Część III, Nr. 2, 2. 8. 1944.

### III. Das Deutschensyndrom als kommunistische Herrschaftslegitimation

Stalins Absicht war es, durch Nutzbarmachung des tradierten Deutschensyndroms und die Grenzziehung nicht nur Polen für den Verlust seiner Ostgebiete zu entschädigen, sondern über die Erfüllung tradierter nationalistischer Forderungen die Bevölkerung für sich zu gewinnen und so eine nationale Legitimation für die polnischen Kommunisten zu erreichen. Die mit einem antisemitischen Nebenklang als „Żydokomuna“ („Judenkommune“) beschimpften polnischen Kommunisten befanden sich nämlich in einem Dilemma: 1918 hatten sie die Entstehung eines unabhängigen Polen verworfen und in ihrem Programmwurf vom Juli 1930 – der von der Kommunistischen Internationale sowie allen ihren Parteien ausdrücklich unterstützt wurde – proklamiert, daß erhebliche, früher preußische Teile Westpolens ethnisch deutsch und nicht polnisch und daher Deutschland wieder anzugliedern seien<sup>17</sup>. Dieses seinerzeitige Verhalten stempelte die Kommunisten zu Volks- und Staatsverrätern Polens, die im Untergrund der Kriegszeit bekämpft worden waren, nunmehr aber Polen regieren sollten. Über eine besonders mitleidlose Nutzung des tradierten Gegensatzes zu Deutschland und den Deutschen wollten sie sich nun als (über-) nationalistische Polen erweisen. Schon 1944 legten sie als erste jene Werke der populären Nationalliteratur wieder auf, die besonders nationalistisch und antideutsch waren. Auch suchten sie Zugang zu konservativen, extrem nationalistischen Kreisen Polens, so daß es auf antideutscher Grundlage zu einer politischen Rechts-links-Allianz kam.

Stalins geschicktes Taktieren führte auf der Potsdamer Konferenz Mitte 1945 zur Bestätigung seiner schon Anfang 1944 bestimmten und Mitte 1944 den kommunistischen Polen geheimvertraglich zugesicherten Grenze an Oder und Lausitzer Neiße. Dabei kamen die Konferenzteilnehmer überein – obwohl die ostdeutschen Gebiete Polen nur zur Verwaltung überstellt wurden –, die deutsche Bevölkerung zu vertreiben und damit irrever-

17 Zur Gesamtproblematik vgl. Georg W. Strobel, Nationalitätenprobleme in Ostmitteleuropa. Räte-Großdeutschland und Grenzfragen als Mittel kommunistischer Revolutionsstrategie, in: Hans Hecker/Silke Spieler (Hrsg.), Nationales Selbstverständnis und politische Ordnung. Abgrenzungen und Zusammenleben in Ostmitteleuropa bis zum Zweiten Weltkrieg, Bonn 1991, S. 113 ff.

sible Verhältnisse zu schaffen<sup>18</sup>. Auch das Gebiet der Freien Stadt Danzig wurde Polen einverleibt. Damit wurde Polen erstmals in seiner neueren Geschichte ein national und konfessionell geschlossener Staat, wie er lange erträumt worden war – allerdings fatalerweise durch das aufgezwungene kommunistische Regime –, zudem auch noch wunschgemäß nach Westen ausgedehnt. Das alles besaß auch eine enorme psychopolitische Bedeutung. Allerdings hätte „unter Berufung auf die Geschichte Polens“ schließlich auch die „Revindezierung slawischer Siedlungsgebiete an der Elbe verlangt werden“ können<sup>19</sup>, worauf man aber verzichtete. Statt dessen war die kommunistische Regierung bemüht, die Westgrenze mit einem kilometerbreiten Uferstreifen über die Oder westwärts zu verlagern und damit weiter zu gehen als die nationale Exilregierung, zu der man in politischer Einflußkonkurrenz stand, oder wahlweise das in der sowjetischen Besatzungszone gelegene Gebiet der Sorben entweder als autonomes Gebilde zu errichten oder sich das Sorbengebiet einzuverleiben. Diese polnischen Bemühungen, die Deutschland noch weiter schwächen sollten, zerschlugen sich erst Ende 1946 nach Verhandlungen mit sowjetischen Kontrollratsvertretern<sup>20</sup>.

Den somit vielfältig aktivierten, auf Traditionen zurückgehenden Vorgehensweisen gegen Deutschland entlehnten die polnischen kommunistischen Statthalter Stalins die ihnen noch fehlende nationale Identifikation und Legitimation. Zugleich erwarteten sie, daß die Grenzfrage das zerstrittene Volk „instinktiv zur nationalen Einigung“ führen werde<sup>21</sup>. Damit wurde die deutsche Frage zum wichtigsten machterhaltenden und politisch konsolidierenden Instrument kommunistischer Politik in

Polen sowie zu einem Pfeiler seiner Sowjetisierung. Das es stützende Deutschensyndrom wurde aus psychopolitischen Gründen in allen Bereichen gepflegt, wobei große Teile der Geschichtsschreibung es zu untermauern suchten, andere verweigerten sich ihm. Die Instrumentalisierung fand in allen kritischen Situationen statt, besonders bei den Arbeiterrebellionen 1952 in Będzin, 1956 in Posen sowie 1970 und 1980/1981 in den Ostseeküstenstädten, die sämtlich „revanchistischen Kräften“, also Westdeutschen, zugeschrieben wurden.

Die katholische „polnische Kirche“, wie sie sich selbst versteht, stellte sich ebenfalls hinter die Grenzregelung und die Vertreibung. Als gesellschaftlich meinungsbildende Kraft rechtfertigte sie damit die kommunistische Politik. Folgerichtig gehörte sie von Anfang an zu jenen Kräften, die die ehemals deutschen Gebiete als polnisch zu identifizieren und zu konsolidieren suchten, lange bevor eine vergleichsweise effiziente Verwaltung von Staat und Partei vorhanden war. Anfangs wandten sich sogar sowjetische Funktionäre mit ihren Anliegen an Kirchenvertreter. So ging die „polnische Kirche“ aus ihrer nationalen Verpflichtung heraus der Sowjetisierung Polens zur Hand. Kirchliche Würdenträger und Priester trugen nicht nur zur Ablösung der deutschen Kirchenhierarchie unter Verwendung wahrheitswidriger Behauptungen bei – wie Fürstprimas Kardinal Hlond –, sondern auch zur Vertreibung deutscher Geistlicher und der Bevölkerung – was sie teilweise sogar selber veranlaßten –, ohne jemals ein Unrechtsbewußtsein erkennen zu lassen. In ihrer Vorstellung nahmen sie die „einmalige“ missionarische Aufgabe wahr, die „germanische Häresie“ zu beseitigen und die Gebiete dem Katholizismus „zurückzugewinnen“, wie sich Kardinal Hlond vor dem Papst angesichts seiner Handlungsweise rechtfertigte<sup>22</sup>. Ein Mitte Dezember 1951 in Breslau von 1 500 Geistlichen abgehaltener Kongreß betonte die Richtigkeit des Vorgehens bei der Polonisierung und Katholisierung der früheren deutschen Gebiete. Sogar der vergebende und um Vergebung bittende Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe von Mitte November 1965, der eine Beziehungswende einleiten sollte, wurde nach Protesten auch von Gläubigen durch den – in Deutschland kaum bekannten oder erwähnten – Fastenhirten-

18 Vgl. Hans-Adolf Jacobsen/Mieczysław Tomala (Hrsg.), Bonn – Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, Köln 1992, S. 65 ff.

19 Polska Zachodnia vom 26. 8. 1945.

20 Vgl. Mieczysław Tomala, Patrząc na Niemcy. Od wrogości do porozumienia 1945–1991 (Mit Blick auf Polen. Von Feindschaft bis zur Verständigung), Warszawa 1997, S. 44 ff. Diese Arbeit verdient wegen ihrer Wahrhaftigkeit und Ausgewogenheit, des Abdrucks unbekannter Dokumente, Gesprächsnotizen sowie der Einbringung eigener Erlebnisse und Erfahrungen aus der deutschlandpolitischen Beratertätigkeit des Verf. größte Aufmerksamkeit und eine Übersetzung.

21 Gomulka's Rede vom 25. 2. 1945, in: Kształtowanie się podstaw programowych Polskiej Partii Robotniczej w latach 1942–1945 (Gestaltung der programmatischen Grundlagen der Polnischen Arbeiterpartei in den Jahren 1942–1945), Warszawa 1958, S. 330. Auszugsweise Übersetzung dieses und anderer Dokumente aus der Frühzeit des kommunistischen Polen in: Georg W. Strobel, Deutschland – Polen. Wunsch und Wirklichkeit. Eine Dokumentation zum Problem der Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 und zur Frage der polnischen Vorbedingungen, Bonn – Brüssel – New York 1971<sup>2</sup>, S. 40.

22 Vgl. Jan Pietrzak, Działalność Kard. Augusta Hłonda jako wysłannika Papieskiego na Ziemiach Odzyskanych w 1945 r. (Die Tätigkeit des Kardinals August Hlond als päpstlicher Abgesandter in den wiedererlangten Gebieten im Jahre 1945), in: Nasza Przeszłość, Kraków 1974, Bd. 42, S. 198 ff.; R. Marek, Kościół rzymskokatolicki wobec Ziem Zachodnich i Północnych (Die römisch-katholische Kirche und die West- und Nordgebiete), Warszawa 1976, S. 27 ff.

brief vom Anfang Februar 1966 revidiert. Die 1965 geleistete Abbitte sei keineswegs historisch und für die Nation gemeint gewesen, sondern nur symbolisch im Sinne des verzeihenden Christus, denn die polnische Nation habe Deutschen in der Geschichte nie irgendein Unrecht zugefügt, für das sie sich entschuldigen müßte<sup>23</sup>.

Gomułka erklärte die „deutsche Frage“ zur „Vorbedingung für dauerhaften Frieden in Europa“<sup>24</sup>, denn „die Deutschen werden noch lange ein gefährlicher Feind Polens bleiben“<sup>25</sup>. Zusammen mit der Gleichung Kommunismus = Patriotismus = Deutschfeindlichkeit wurde sie als Herrschaftsinstrument und Erziehungsmittel zur Feindschaft gegen Deutschland und die Deutschen für Generationen benutzt<sup>26</sup>, was angesichts des tradierten, durch die Besatzungsjahre noch potenzierten Deutschensyndroms leicht fiel. Alles verdichtete sich zu der instrumentativ verwendeten Herrschaftsformel, daß der kommunistische Staat die höchste Ausprägung des polnischen Patriotismus und die reinste Verwirklichung nationaler polnischer Staatlichkeit in der gesamten Geschichte der Nation sei. Mit diesem Instrumentarium wurde auch die Opposition ausgeschaltet. Jegliche Kritik gegenüber dem kommunistischen Regime wurde zugleich als „Deutschfreundlichkeit“ stigmatisiert. Die auf Druck der Sowjetunion erfolgte Ablehnung des bereits in den Drei-Jahres-Wirtschaftsplan eingebauten Marshallplans erfolgte nach außen hin wegen seiner „Deutschfreundlichkeit“, weil durch ihn die Westzonen Deutschlands gegen-

über Polen bevorzugt würden. Das ließ auch die Westmächte insgesamt als „polenfeindlich“ bezeichnen, denn „wer den Deutschen hilft, ist ein Gegner Polens“, wie eine der Losungen zum 1. Mai 1946 verkündete. Im Umkehrschluß konnte die Sowjetunion als der überhaupt einzige ehrliche und verlässliche Freund Polens und Garant seiner Westgrenzen dargestellt werden, an den man sich existentiell binden müsse. Auf diese Weise gewann die „deutsche Frage“ eine weitere Dimension: die Rechtfertigung des Ost-West-Gegensatzes und des Kalten Krieges<sup>27</sup>.

Dies alles war mit Hilfe der „Preußenkrankheit“ eine außerordentlich geschickte, politisch effiziente, von Teilen der Historiker sowie von Publizisten vor allem in populären Darstellungen zweckvoll verfälschende Manipulation von Generationen, deren Wirkung verständlicherweise noch heute anhält. Mit regelmäßigen deutschkritischen Film- und Fernsehproduktionen sowie mit Berichten über Greuelthaten der Deutschen und über eigene Heldentaten nährte sie das tradierte Deutschensyndrom, pflegte alte Feindbilder und errichtete neue; sie belastete das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte, woran sich auch die katholische Publizistik lange beteiligte. So bildete sich eine „zoologische Sicht und Haltung gegenüber Deutschen“ heraus, wie es der Dramatiker Leon Kruczkowski definierte<sup>28</sup>. Die Aufhebung des Kriegszustandes mit Deutschland Mitte Februar 1955, die eine kurzzeitige Gleichungsmöglichkeit zu eröffnen schien, änderte daran nichts, möglicherweise wegen der die Regierung diskriminierenden Reaktion Konrad Adenauers, nur mit einem „freien Polen“ verhandeln zu wollen. Deutsche Politiker unterschiedslos aller Parteien wurden als „Erben Hitlers und Ribbentrops“, „Epigonen des Faschismus“ und „Kriegstreiber“ diffamiert, die einen „völkermordenden Weltkrieg“ vom Zaune zu brechen suchten, bei dem ihnen die von „Hitlers Generälen“ geführte „eroberungssüchtige Bundeswehr“ helfen solle<sup>29</sup>. Die „kriegerische“ Bundesrepublik werde von „revanchistischen und revisionistischen Politikern“

23 Im Fastenhirtenbrief vom 10. 2. 1966 ist u. a. zu lesen: „Wir richten unsere verzeihenden Worte an diejenigen, die ihre Schuld einsehen und den guten Willen zu einem friedlichen Zusammenleben mit uns besitzen; die verstehen, daß die Gebiete, die wir besitzen und unter Schwierigkeiten in Bewirtschaftung genommen haben, nicht nur die alten piastischen Gebiete unserer Väter sind, sondern auch eine Notwendigkeit für unsere Existenz darstellen. Wir vergeben denen, die uns hören, wie Christus am Kreuze durch das Geheimnis des Kreuzestodes allen Menschen vergeben hat ... Hat aber die polnische Nation einen Grund, die Nachbarn um Vergebung zu bitten? Mit Sicherheit nein! Wir sind überzeugt, daß wir als Volk durch die Jahrhunderte dem deutschen Volk keinerlei politisches, wirtschaftliches oder kulturelles Unrecht angetan haben ... Wenn sich nur ein einziger Pole als unwürdig erwiesen hätte, erst dann hätten wir Anlaß zu sagen: ‚Wir entschuldigen uns‘.“ Vgl. Listy pasterskie Episkopatu Polski 1945 do 1974 (Pastoralbriefe des Episkopats Polens von 1945 bis 1974), Paris 1975, S. 437.

24 Vgl. Gomułkas Rede vom 31. 12. 1945, in: Władysław Gomułka, Artykuły i przemówienia (Artikel und Reden), Warszawa 1962, Bd. 1, S. 50 ff.

25 Vgl. Gomułkas Rede vom 1. 5. 1946, in: Głos Ludu vom 2. 5. 1946.

26 Vgl. Anna Wolff-Powęska, Polen – 50 Jahre danach. Zwischen traumatischer Erbschaft und pragmatischer Gegenwart, in: Osteuropa, (1995) 5, S. 431 ff.

27 Vgl. dazu in außen- und innenpolitischer Sicht Georg W. Strobel, Polen und die deutsche Frage, in: Günter Wagenlehner (Hrsg.), Die deutsche Frage und die internationale Sicherheit, Koblenz 1988, S. 174 ff.; ders., Die Potsdamer Konferenz als Mittel der Sowjetisierung Polens, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Potsdam 1945. Konzept, Taktik, Irrtum?, Berlin 1997, S. 103 ff.

28 Eine Vielzahl von Beispielen aus Politik, Literatur, Publizistik sowie Film und Fernsehen findet sich, chronologisch geordnet, bei M. Tomala (Anm. 20).

29 Zu den Zitaten von Gomułka, Cyrankiewicz u. a. vgl. G. W. Strobel (Anm. 21), S. 17 ff.

regiert, wie es Gomułka bereits Ende Februar 1945 sprachregelnd formuliert hatte, obwohl in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ schon 1950 ein Verzicht auf Gewalt erklärt worden war und trotz mancher unkluger und schädlicher Politikerreden davon nie abgegangen wurde. Das Aufkommen des „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) im Jahre 1950 und dessen Einzug in das zweite Adenauer-Kabinett war da für Polen schon bedenklicher. Die Haltung Polens gegenüber der DDR und ihren Bürgern war während der meisten Zeit ebenfalls von Mißtrauen, partieller Ablehnung und wirtschaftlichem Neid geprägt, obwohl nach außen hin Eintracht, Freundschaft und gegenseitige Unterstützung betont wurden<sup>30</sup>. Man sah in ihnen mit Widerwillen Nachfolger Preußens, die alle preußischen Untugenden verkörperten.

Für die in Polen trotz der Vertreibung zurückgebliebenen Deutschen – was vornehmlich in Oberschlesien und Masuren der Fall war, wo sie als „Autochthone“ bzw. als „germanisierte Polen“ ausgegeben wurden, die zahlenmäßig den historischen Anspruch Polens auf diese Gebiete untermauern sollten – gab es üble Auswirkungen der antideutschen Haltung. Die meisten „Autochthonen“ lebten in Oberschlesien. Hier wurde Anfang 1947 verfügt, daß sie bei den geringsten Anzeichen von Deutschsein, wozu schon deutsch beschriftete Küchengerätschaften gehörten, den Sicherheitsbehörden anzuzeigen seien, was Pflicht eines jeden guten Polen sei. Der Gebrauch der deutschen Sprache war strafbar, ihr Unterricht wurde in Oberschlesien für Jahrzehnte eingestellt, so daß ihr Gebrauch in der jüngeren Generation verkümmerte. Bei Stellenbesetzungen und Weiterbildung wurden „Autochthone“ zurückgesetzt, wodurch sozialer Aufstieg nahezu ausgeschlossen war. Vor lauter Mißachtung wurden anfangs die Bezeichnungen „Deutsche“ und „Deutschland“ entgegen den Rechtschreibregeln klein geschrieben. Noch Anfang der sechziger Jahre wurden in der Wojewodschaft Oppeln Personen verhaftet und verurteilt, weil sie gegen die Auflagen verstoßen hatten<sup>31</sup>.

Seit Beginn der sechziger Jahre wurden jedoch immer häufiger Stimmen laut, die diese deutschfeindliche Haltung zu kritisieren begannen, wobei sich Stanisław Stomma besonders exponierte. Auch die Kirche schaltete sich ein, wobei sie allerdings, um nicht mißverstanden zu werden, während der Feiern zum 20. Jahrestag der Übernahme der ostdeutschen Gebiete ihren von Gomułka aus-

drücklich gelobten Patriotismus durch die Erklärung des Kardinals Stefan Wyszyński unterstrich, daß „die Steine (Breslaus) polnischen Geist atmeten“ und „lange warten mußten, bis sie in den Schoß Polens zurückkehren konnten“ – was zum 50. Jahrestag 1995 in Stettin ähnlich wiederholt wurde<sup>32</sup>. Auch Papst Johannes Paul II. äußerte sich dazu wie seinerzeit Kardinal Wyszyński.

Angesichts der von Gomułka erkannten Gefahr, daß durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland Ende Januar 1967 Polen im eigenen Lager bei Fortdauer seiner sich verweigernden, antideutschen Politik isoliert werden könnte, begann in Polen eine vorsichtige Umorientierung, die innenpolitisch vorerst noch kaschiert wurde, aber im Angebot Gomułkas vom 17. Mai 1969 an die Bundesrepublik zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, bei Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, gipfelte. Dieser Nebensatz wurde in der Bundesrepublik allerdings nicht thematisiert angesichts der offiziellen Überzeugung, letztlich werde ein bloßes Gewaltverzichtsabkommen reichen<sup>33</sup>. Das mit keinem der Warschauer-Pakt-Staaten abgestimmte, von der DDR ablehnend und von der Sowjetunion abwartend aufgenommene polnische Angebot war noch in der Angebotsrede mit Diffamierungen unterlegt, die wenig früher in einer Rede Gomułkas in der Unterstellung kulminierten, es gebe deutliche Anzeichen für „die Gefahr eines bewaffneten Überfalls des Feindes auf Polen, um unsere Staatsgrenzen zu verändern“. Damit war eindeutig die Bundesrepublik gemeint<sup>34</sup>. Nach einjährigen Verhandlungen wurde ein den polnischen und nicht den deutschen Erwartungen nach nur einem Gewaltverzichtsabkommen entsprechender Vertrag „über die Grundlagen der Normalisierung ihrer Beziehungen“ am 7. Dezember 1970 in Warschau abgeschlossen<sup>35</sup>.

32 Erzbischof Marian Przykucki predigte in der Stettiner Kathedrale am 18. 6. 1995 zum Jahrestag des Kriegsendes, daß „die Ausdehnung der Westgrenze Polens bis zur Oder-Neiße-Linie eine Erfüllung der historischen Gerechtigkeit ist und mit der Rückkehr Polens in diese Gebiete auch die Kirche zu ihren Ursprüngen zurückgekehrt ist“. Pressemitteilung des Episkopats vom 23. 6. 1995.

33 Zum gesamten Komplex vgl. Georg W. Strobel, Der Normalisierungsprozeß zwischen Polen und Deutschland seit 1989, in: Eichholz-Brief. Zeitschrift für politische Bildung, (1996) 2, S. 10 ff.

34 Vgl. Władysław Gomułka, O problemie niemieckim (Über das deutsche Problem), Warszawa 1984, S. 363.

35 Bei der Erörterung der Polenpolitik im Auswärtigen Amt Ende 1969 durch Experten habe ich in meinem Einführungsreferat der Gewaltverzichts-konzeption begründet widersprochen und als einziges Verhandlungsergebnis die Grenzanerkennung genannt, die eine polnische *Conditio sine qua non* seit 1945 sei. Die Amtsspitze war anderer Meinung.

30 Vgl. M. Tomala (Anm. 20), S. 157 ff.

31 Vgl. ebd., S. 200.

Die Vorstellungen über die Normalisierung gingen weit auseinander. Während man in der Bundesrepublik glaubte, daß mit dem in der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verbundenen Territorialverzicht ein so hoher Preis gezahlt worden sei, daß damit die „Normalisierung“ verbunden sei, sah Polen darin nur eine Voraussetzung für die Absicht, „Grundlagen“ der Normalisierung zu schaffen. Eine Normalisierung könne nur durch die Erfüllung wirtschaftlicher Wünsche erreicht werden. Die polnischen Vorstellungen gingen trotz des Wertes der 1945 annektierten Oder-Neiße-Gebiete von Ansprüchen in Höhe von zehn Milliarden DM aus<sup>36</sup>. Obwohl die deutschen Leistungen finanziell hinter den polnischen Erwartungen zurückblieben, schrieb „Die Zeit“ von einem deutschen „Marshall-Plan im Kleinformat“ für Polen<sup>37</sup>. Die gewährten Kredite wurden entgegen den Vereinbarungen jedoch zum großen Teil konsumtiv verwendet, was zu einer Wirtschafts- und nachfolgend zu einer allgemeinen Staatskrise führte. Deutsche Mahnungen wurden zurückgewiesen. Trotzdem wurde später von direkter Schuld der Bundesrepublik an der Wirtschaftskrise gesprochen, weil Polen in politischer Absicht Kredite aufgedrängt worden seien, um es in Abhängigkeit zu bringen und sich damit Vorteile zu erkaufen. Öffentlich wurde auch von einem versuchten Rückkauf der Oder-Neiße-Gebiete gesprochen.

36 Vgl. Georg W. Strobel, Die Bundesrepublik Deutschland und Polen, in: Die Internationale Politik 1975–1976. Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München – Wien 1981, S. 174 ff. In den polnischen Vorstellungen waren auch Entschädigungen für NS-Zwangsmaßnahmen enthalten. Zur Vorbereitung der offiziellen Verhandlungen fand Anfang Januar 1970 eine informelle Sitzung von Delegationen beider Seiten statt, während der nach Wunsch des Auswärtigen Amtes deutscherseits das Problem von Entschädigungen ausgeklammert werden sollte. Als deutscher Vortragender der beiderseits behandelten bilateralen Problematik brachte ich sie aus moralischen Beweggründen als persönliche Meinung trotzdem zur Sprache. Das bereitete mir Ungelegenheiten. Ähnliche Erfahrungen machte ich anlässlich einer Tagung des Steinbacher Kreises Anfang Januar 1957. Als Mitglied des Kieler Instituts für Weltwirtschaft regte ich angesichts der wirtschaftlich schwierigen Situation Polens an, für seinen und den Aufbau der heruntergekommenen Oder-Neiße-Gebiete langfristige Kredite zu Vorzugszinsen an Polen unter Einrichtung einer diplomatischen Vertretung in Warschau zur Koordinierung des Krediteinsatzes zu gewähren, was damals unter Ausklammerung der Grenzfragen für kurze Zeit möglich schien. Die Mißbilligung des aus hohen Ministerialbeamten und Führungspersonen der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften bestehenden Auditoriums mündete in einem Tumult.

37 Vgl. Die Zeit vom 18. 6. 1976. Die deutschen Leistungen an Polen, worunter neben stark zinsbegünstigten Krediten 1,3 Milliarden DM nicht rückzahlbarer Ausgleichszahlungen enthalten waren, beliefen sich 1975–1977 insgesamt auf mehr als 7 Milliarden DM.

Die Grundeinstellungen der polnischen Deutschlandpolitik änderten sich nach 1970 nur sehr zögerlich. Noch Anfang der achtziger Jahre wurden zwei antideutsche Organisationen gegründet, die die Konzeptionen des „Polnischen Westverbandes“ aufgriffen: innerhalb der staatstragenden Partei die „Grunwald“-Gruppe, die mit ihrem Namen an den Sieg über den Deutschen Orden 1410 angeschlossen, der tradiert für die Überlegenheit Polens steht, und eine von dem gleichen Personenkreis geführte, allgemeingesellschaftliche „Oder-Weichsel-Vereinigung“, die beide sehr aktiv wurden. Über die Verweigerung der Einreise für mit Polen befaßte deutsche Wissenschaftler wurde über Jahre versucht, die westdeutsche Wissenschaft im polnischen Sinne zu disziplinieren<sup>38</sup>. Mitte Mai 1987 sprach der Parteivorsitzende und Ministerpräsident General Jaruzelski von „zunehmenden pangermanischen Aspirationen“ in der Bundesrepublik, wo ein „immer stärker werdender herrischer Ton“ sowie „Forderungen und Ansprüche gegenüber Polen“ aufkämen<sup>39</sup>. Die „hauptsächliche Aufgabe“ der kommunistischen polnischen Politik war nämlich auch nach 1970 geblieben: seine Bevölkerung vor Deutschland zu ängstigen sowie „der Bundesrepublik möglichst große DM-Beträge aus der Tasche zu ziehen“<sup>40</sup>. Dazu trug auch das vom ehemaligen polnischen Botschafter in Bonn Piątkowski eingestandene Junktim zwischen Ausreisebewilligungen für Angehörige der deutschen Minderheit und den fortwährenden finanziellen Forderungen – ein ethisch fragwürdiger Menschenhandel – bei.

Obwohl die Bundesrepublik von Polen wiederholt ermahnt wurde, den Geist des Vertrages vom Dezember 1970 zu erfüllen, wurde polnischerseits bereits zwei Wochen nach Vertragsunterzeichnung zum ersten Mal dagegen verstoßen, indem die Bundesrepublik in Rundfunksendungen indirekt bezichtigt wurde, hinter den Arbeiterunruhen vom Dezember 1970 in der Küstenregion zu stehen. Ein gleicher Versuch im August 1980 wurde von den streikenden Danziger Arbeitern empört zurückgewiesen.

Entgegen öffentlichen Bekundungen wurde die „Erziehung zur Feindschaft“ in Polen auch nach 1970 fortgeführt<sup>41</sup>. Die Lehrbücher und Lehrpro-

38 Vgl. M. Tomala (Anm. 20), S. 297 f.

39 Vgl. Rada Narodowa. Wydział Specjalny, Nr. 3 vom 3. 7. 1987.

40 Vgl. Mierczyszła Tomala, Wspomnienia świadka wydarzeń (Erinnerungen eines Zeitzeugen), in: Dialog, (1995) 2–3, S. 30.

41 Vgl. die umfangreiche Übersetzung aus einer polnischen Analyse: Maria Wagińska-Marzec, in: Informationen und

gramme zeigten sich trotz der Arbeit der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkonferenz „außerordentlich immun gegen jegliche Korrekturversuche“, wobei sich bis 1990 im Verzeichnis der deutschkritischen Pflichtlektüre „trotz mehrerer Tauwetterperioden“ nichts änderte<sup>42</sup>. Von der Parteiführung wurde sogar ein zeitlich unbestimmtes Verbot für die Einführung der Ergebnisse der Schulbuchkonferenz erlassen. Ebenso gab es über Jahre nahezu prohibitive Beschränkungen für die wegen gesellschaftlicher Kontakte ideologisch „gefährlichen“ Städtepartnerschaften, die auf einige wenige Vorzeigepartnerschaften beschränkt bleiben sollten, sowie für den deutscherseits angemahnten, aber gleichermaßen beurteilten Jugendaustausch. Alles widersprach gröblich dem bei der Bundesrepublik bemängelten, selber aber mißachteten Geist der Normalisierung<sup>43</sup>. Trotzdem wurden sowohl in Polen wie auch in der Bundesrepublik in ihren Beziehungen nach außen weitgehende Normalität und zunehmende Harmonie betont, was in der Wissenschaft und in der Publizistik in Deutschland zusammen mit dem polnischen Disziplinierungsdruck zu Urteilen führte, die in Schönmalerei mündeten. Davon abweichende, weniger zeitgeistverpflichtete Urteile und Darstellungen wurden in der Bundesrepublik „wohlmeinend“ nicht zur Kenntnis genommen, deren Vertreter einer der Verständigung abgünstigen Manipulation verdächtig<sup>44</sup>.

Die auf das tradierte Deutschensyndrom gestützte antideutsche kommunistische Politik hatte Menschen vergiftet. Bezeichnend ist, daß ihr sogar erwiesene Antikommunisten folgten. Lech Wałęsa, früher „Solidarność“-Vorsitzender und Staatspräsident, hielt Anfang der neunziger Jahre in einem für Belgien bestimmten Interview, dessen Inhalt er später in Abrede stellte, einen Rückfall Deutschlands in Verhaltensweisen vergangener Zeiten für möglich. Auch Fürstprimas Kardinal Glemp machte wiederholt wenig deutschfreundliche Ausführungen. Besonders beeinflusste er die katholische Bevölkerung Mitte August 1989 mit der vor Tschenschauer Wallfahrern geäußerten

Behauptung, die Bundesrepublik sei an der aktuellen Misere Polens schuld<sup>45</sup>. Daher überrascht es kaum, daß in den Heimatgebieten der deutschen Minderheit, insbesondere in Oberschlesien, die nationalen Gegensätze zugespitzt blieben, wobei auch die materiellen bundesdeutschen Hilfen an die Minderheit eine Rolle spielten. Bei der notwendig gewordenen Nachwahl zum Senat Anfang der neunziger Jahre war an den Wänden in Oppeln und Umgebung zu lesen, daß es „Ehre eines jeden Polen sei, einen Schlesier zu töten“ („Honor każdego Ślązaka zabić jednego Polaka“), was gleichermaßen menschenverachtend, aber ebenso gereimt beantwortet wurde: „Für jeden Schlesier den Kopf eines Polen“ („Za każdego Ślązaka głowę Polaka“). Daran mag allerdings zu einem guten Teil auch die Bestrebung deutscher und polnischer „Autochthonen“ nach einer Autonomie für Oberschlesien schuld sein.

#### IV. Das Deutschensyndrom und das postkommunistische Polen

Seit Anfang der neunziger Jahre trat eine deutliche Entspannung ein. Die verbliebenen Deutschen, denen eigene Minderheitenorganisationen, deutschsprachige Zeitungen und Rundfunksendungen zugebilligt wurden, erhielten durch eine schrittweise entgegenkommende Gesetzgebung weitgehende Rechte bis hin zum muttersprachlichen Unterricht eingeräumt. Bei den Kommunalwahlen, bei denen sie erstmals mit eigenen Kandidaten 1991 zugelassen wurden, errangen sie rund 40 Bürgermeisterposten. Zudem erhielten sie in beiden Parlamentskammern, im Sejm und Senat, mehrere Sitze. Bei den jüngsten Sejmwahlen 1997 halbierte sich deren Anzahl allerdings auf zwei, wobei bezeichnend ist, daß im Spätherbst 1996 eine Initiative von rund zwei Dutzend Abgeordneten die Vertretungsrechte der deutschen Minderheit einzuschränken suchte. Nach Meinung des deutschen Vertreters im Senat, Gerhard Bartodziej, vom Herbst 1997 werde die deutsche Minderheit mittlerweile „toleriert, aber noch nicht akzeptiert“<sup>46</sup>. Das macht ein beklagenswertes Auseinanderfallen der offiziellen Deutschlandpolitik der postkommunistischen Regierungen und der Haltung großer Bevölkerungskreise in den letzten Jahren deutlich.

Es waren die Verträge über „die Bestätigung der zwischen beiden Staaten bestehenden Grenze“

Berichte. Digest des Ostens, Nr. 6, Königstein 1996, S. 11 ff., unter dem Titel: „Zum Bild der Deutschen in polnischen Schulbüchern“.

42 A. Wolff-Powęska (Anm. 26), S. 431.

43 Vgl. M. Tomala (Anm. 20), S. 347 ff.

44 Kennzeichnend dafür war die Diskussion im Zusammenhang mit meinem Vortrag über „Probleme und Irrwege der bundesdeutsch-polnischen Normalisierung sowie deren künftige Gestaltung“ Ende April 1988 in der Evangelischen Akademie Loccum. Vgl. Zur Zukunft des deutsch-polnischen Verhältnisses. Loccumer Journalistentagung Volksrepublik Polen – Bundesrepublik Deutschland, Loccumer Protokolle 13/1988, Rehberg-Loccum 1989, S. 16 ff.

45 Vgl. M. Tomala (Anm. 20), S. 405.

46 Kulturpolitische Korrespondenz vom 15. 10. 1997, S. 9.

vom 14. November 1990 und über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991, die am Beginn der Wende in der Deutschlandpolitik Polens standen. Mit ihnen beschränkt man das erste Mal in der Nachkriegsgeschichte beider Länder einen partnerschaftlichen Weg. Die in den postkommunistischen Verhältnissen entstandenen politischen Parteien wandten sich anfangs allerdings eher den tradierten, von den kommunistischen Sozialisationsbemühungen geförderten Vorstellungen über Deutschland zu. Erst im Laufe der Zeit setzte schrittweise eine differenziertere Sicht ein, die sich der gemeinsamen Zukunft beider Nationen und der Bedeutung Deutschlands für den gewünschten Beitritt zu EU und NATO zuwandte. Die erste der Parteien, die das einsah, war die Konföderation des Unabhängigen Polen (KPN). Sie war bereits 1990 in ihrem Programm davon abgegangen, die deutsch-polnischen Beziehungen allein als Funktion von Grenzfragen zu sehen<sup>47</sup>.

Die seitherigen Beziehungen müssen auf unterschiedlichen Ebenen gesehen werden: der gouvernementalen, der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen. Mittlerweile ergäbe sich bei einer Benotung die Note „sehr gut“ für die gouvernementale, „gut“ für die wirtschaftliche, für die gesellschaftliche jedoch – gemessen an den anderen Beziehungsebenen – bestenfalls die Note „ausreichend“. Die Wiedervereinigung Deutschlands spielte dabei auf allen Ebenen eine Schlüsselrolle, wird sie doch als ein so großer Bedeutungszuwachs gesehen, daß er Deutschland eine dominante Führungsposition in Europa einbringt. Obwohl die Wiedervereinigung ein mittelbarer Erfolg der polnischen oppositionellen Entwicklung mindestens seit dem Aufkommen der „Solidarność“-Bewegung 1980 war, stand die polnische Gesellschaft der deutschen Wiedervereinigung sehr zurückhaltend gegenüber. Das war letztlich die Spätwirkung der jahrzehntelangen antideutschen kommunistischen Herrschaftsstrategie und Erziehung auf der Grundlage des Deutschensyndroms in der Gesellschaft. Im März 1990 fürchteten 70 Prozent der repräsentativ Befragten ein wiedervereinigtes Deutschland, wobei es in der jüngeren Generation sogar 72 Prozent gegenüber 68 Prozent bei der älteren waren. Folgerichtig wurden örtliche sowjetische Militärbefehlshaber selbst in Städten, wo Bürgermilizen gegründet worden waren, um sich sowjetischer Übergriffe zu erwehren, von Kommunalpolitikern gebeten, nicht abzu-

ziehen. Denn nach repräsentativer polnischer Meinung bedeutete die Wiedervereinigung Deutschlands im März 1990 für 83 Prozent der Befragten eine gestiegene Bedrohung Polens. Einen Monat früher meinten nur 12 Prozent der Befragten, Deutsche zu mögen, was mit Umfragen korrespondiert, die bezüglich der Polen in Deutschland durchgeführt wurden. Folgerichtig waren auch 70 Prozent der Meinung, die DDR solle bestehenbleiben<sup>48</sup>. Im Februar 1995 warnte der scheidende Ministerpräsident Pawlak in seiner Abschiedsrede vor dem Sejm vor einer „Überschwemmung“ Polens durch deutsches Kapital und seiner Ausbeutung durch Deutschland. So verwundert es nicht weiter, daß im Mai 1995 Deutsche fast am Ende der Sympathieskala standen. Hinter den Deutschen rangierten nur noch Israelis, Russen, Serben und Rumänen. Andererseits wurde in neueren Umfragen durchaus betont, daß Deutschland der wichtigste Partner für Polen sei.

Daß die tradierten Bedrohungsvorstellungen in der Gesellschaft auch Einfluß auf die postkommunistische Regierung genommen hatten, zeigte der Umstand, daß die von der Sowjetunion Polen angebotenen Verhandlungen über einen Truppenabzug unter Hinweis auf Gefahren der deutschen Wiedervereinigung polnischerseits ausgesetzt wurden. Zwar wurde später beklagt, sowjetische Truppen stünden immer noch in Polen, während sie aus der Tschechoslowakei längst abgezogen seien. Doch die Schuld daran wurde undifferenziert nur Deutschland zugeschrieben. Im Vorfeld der Wiedervereinigung bemühte sich Polen intensiv, an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen teilzunehmen. Doch es blieb ausgeschlossen, was die offiziellen Befürchtungen so sehr verstärkte, daß eine sicherheitsorientierte Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei und Ungarn angestrebt wurde. Das führte zur Gründung der Visegrád-Staatengruppe, die sich nach der Trennung Tschechiens und der Slowakei sowie nach dem Schwinden der sicherheitspolitischen Bedenken nunmehr wirtschaftlichen Fragen zuwandte. Aus den Visegrád-Staaten entstand die ostmitteleuropäische Freihandelszone CEFTA.

Mittlerweile ist die Regierungszusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland so eng geworden,

47 Vgl. Mieczysław Tomala, *Polacy – Niemcy. Wzajemne postrzeganie (Polen – Deutsche. Gegenseitige Wahrnehmung)*, Warszawa 1994, S. 128 ff.

48 Vgl. *Opinie o zjednoczeniu Niemiec (Meinungen zur Wiedervereinigung Deutschlands)*, Warszawa 1990; Stanisław Lisiecki, *Polen und Deutsche. Öffentliche Meinungen und Urteile unter besonderer Berücksichtigung der Bewohner grenznaher Gebiete*, in: *Deutsche und Polen. Zwischen Nationalismus und Toleranz (= Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 19)*, Bonn.

wie es früher kaum vorstellbar gewesen war. Zu nennen wären hier die anfangs umstrittenen, jetzt erfolgversprechenden Euro-Regionen, von denen es mit „Pomerania“, „Viadrina“, „Spree-Neiße-Bober“ und „Neiße“, die auch Tschechien einschließt, vier gibt. Sodann eine überaus enge militärpolitische und -partnerschaftliche Zusammenarbeit, die als Vorstufe des polnischen NATO-Beitritts gewertet wird und die jetzt schon besser ist als mit manchen langjährigen NATO-Partnern. Ferner ist eine enge und sehr vielfältige kulturelle Zusammenarbeit begonnen worden, die auch zur Gründung eines Deutschen Historischen Instituts in Warschau führte – des fünften nach Rom, Paris, London und Washington, was seine kulturpolitische Bedeutung für beide Seiten unterstreicht<sup>49</sup>. Auch die Einrichtung eines polnischen Kulturinstituts in Düsseldorf, bei Fortbestand des im Ostteil Berlins befindlichen, sollte hier erwähnt werden.

Das neue partnerschaftliche Miteinander, das eine erfolgreiche deutsche Wahrnehmung polnischer Interessen insbesondere im kredit- und finanzpolitischen Bereich mit sich brachte<sup>50</sup>, bewährte sich in einer für die Menschen besonders eindrucksvollen Weise im Sommer 1997 beim Oder-Hochwasser. Es ist zu hoffen, daß diese Erfahrungen zu einem schrittweisen Verschwinden sowohl des gesell-

schaftlichen Deutschensyndroms wie der antideutschen Sozialisation während der kommunistischen Herrschaftszeit führen werden<sup>51</sup>.

Trotz vieler Vorbehalte in der Bevölkerung gab es, wie zu allen Zeiten, auch andere Meinungen. Bereits seit Jahren waren Stimmen laut geworden, die die seinerzeitige offizielle antideutsche Politik und Erziehung kritisierten und für ihre Änderung wirkten. Meist kamen sie aus Kreisen der Intellektuellen. Dabei exponierten sich immer mehr Persönlichkeiten, wie Władysław Bartoszewski, Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels und späterer Außenminister Polens, oder seinerzeit schon Stanisław Stomma, die Wissenschaftlerin und Publizistin Anna Wolff-Powęska, heute Direktorin des früher antideutschen Posener „West-Instituts“, der Dichter Andrzej Szczępiński oder Jan Józef Lipski, der aus innerer Notwendigkeit Polen aufzurütteln suchte, ferner Andrzej Krzemiński und Adam Michnik, die in ihren Publikationen für eine deutschfreundlichere Haltung warben. Kennzeichnend für diesen immer zahlreicher und mittlerweile meinungsbildend gewordenen Kreis, der zu einem langsamen Meinungsumschwung beiträgt, sind die Worte Stommas vom März 1994: „Während ich diese Zeilen niederschreibe, schmunzele ich im Geiste, denn ein Pole, der sich Stabilisierung aus einer engen Zusammenarbeit mit Deutschen verspricht und sie anstrebt, ist eine recht ungewöhnliche Erscheinung. Es ist diesmal aber keine der sonst üblichen Posen des Schicksals, sondern – im Gegenteil – eine der glückhaften.“<sup>52</sup> Auch entstand ein spontaner Kreis deutsch-polnischer Gesellschaften, die von der Regierung nicht wie früher gegängelt und instrumentalisiert werden, sondern eine fruchtbare Arbeit für die Aussöhnung leisten. Aber auch die zahlreichen Institutionen der Erwachsenenbildung in Deutschland sollten sich, zumal mit Hilfe polnisch sprechender Referenten, stärker an diesem politisch-historischen Dialog beteiligen. Ihr gemeinsames Engagement könnte dazu beitragen, das immer noch konfliktbeladene Bild von Deutschland und den Deutschen im besten Sinne einer Friedens- und Freundesarbeit weiter zu klären.

49 Als einer der Initiatoren war ich seit den ersten Verhandlungen Ende November 1991 in Warschau an der Gründung dieses Instituts und an der Auswahl seiner Mitarbeiter ebenso beteiligt wie zusammen mit Gotthold Rhode an der Initiierung, Gründung und Durchführung des von der VW-Stiftung finanzierten Stipendienprogramms für den polnischen wissenschaftlichen Nachwuchs, obwohl ich Anfang der siebziger Jahre Objekt polnischer Disziplinierungsmaßnahmen aufgrund von Arbeiten geworden war, die seit 1949 „zuweilen kritisch, aber immer zutreffend waren“. So M. Tomala (Anm. 20), S. 101.

50 Nach vorherigen, Polen entlastenden Umschuldungsaktionen auf Betreiben der Bundesrepublik Deutschland wurden Polen bei einem Schuldenstand von 30,9 Milliarden US-Dollar gegenüber dem Pariser Klub der kreditgebenden Staaten durch die Verwendung Deutschlands, des größten Gläubigers Polens, im April 1991 50 Prozent der Schulden erlassen. Beim Londoner Klub privater Banken war Polen mit 10,6 Milliarden US-Dollar verschuldet. Deutsche Banken unter der Federführung der Dresdner Bank drängten zu einem Erlaß von 70 Prozent der Schulden. Nach langwierigen Verhandlungen, ausgelöst durch die Forderung englischer Banken, höchstens 20 Prozent der Schulden zu erlassen, kam es zu einem Erlaß von 40 Prozent. Beide Schuldenerlasse von zusammen 19,7 Milliarden US-Dollar verbesserten die wirtschaftlichen Startbedingungen des postkommunistischen Polens entscheidend, ohne daß dies allerdings infolge einer eigenwilligen Berichterstattung angemessen ins Bewußtsein der Gesellschaft gedrungen wäre, wie Umfragen zeigen.

51 Daß sie immer noch wirksam sind, zeigte ein Interview des „Solidarność“-Vorsitzenden Marian Krzaklewski, in: *Ilustrowany Kurier Polski* vom 6. 3. 1997, dem populärsten Boulevardblatt Polens. Er sprach hier von „Verrätern und Diverstanten mit polnisch klingendem Namen im Dienste sowjetischer, deutscher und jüdischer Interessen zum Schaden Polens“.

52 *Tygodnik Powszechny*, Kraków, 14. 3. 1994.

# Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute

## I. Gedenktage und Verträge

Es sind zumeist Gedenktage, an denen das „kollektive Gedächtnis“ eines Landes oder Volkes seine Wiederbelebung erfährt. Dies gilt sicher auch für den 40. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hielt vor dem Deutschen Bundestag eine im In- und Ausland vielbeachtete Rede<sup>1</sup>, in der er auch derjenigen Deutschen gedachte, denen mit dem Verlust ihrer Heimat „das Schwerste ... abverlangt“ worden war. Ihnen sei „noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren“; und er fügte selbstkritisch hinzu: „Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.“

Das Staatsoberhaupt hätte dergleichen Ausführungen sicher unterlassen, wenn er nicht Grund gehabt hätte, an diejenigen Mitbürger zu erinnern, die den höchsten Preis für die verfehlte und verbrecherische Politik des Dritten Reiches zu zahlen gehabt hatten, nämlich die Heimatvertriebenen. Noch vierzig Jahre nach Kriegsende sah sich der Bundespräsident veranlaßt, sie gegen den ebenso törichten wie ungerechten Vorwurf des „Revanchismus“ in Schutz zu nehmen, und richtete an die Völker Europas die berechtigte Frage, ob man einem Volk trauen könne, „das imstande wäre, seine Heimat zu vergessen?“ Die „Heimatliebe eines Vertriebenen“ sei „kein Revanchismus“. Allerdings hatte er mit ebensolchem Recht kurz zuvor gemahnt: „Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für die Zukunft zu geben. Dies

1 Ulrich Gill/Wilfried Steffani (Hrsg.), Eine Rede und ihre Wirkung. Die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985. Betroffene nehmen Stellung, Berlin 1986, S. 184.

heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen.“<sup>2</sup>

Mit diesem entscheidenden Satz hatte Richard von Weizsäcker jedem Gedanken an eine Revision der deutschen Ostgrenze eine eindeutige Absage erteilt, aber erst fünf Jahre später konnte mit dem am 14. November 1990 von den Außenministern Genscher und Skubiszewski unterzeichneten „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze“ ein Konflikttherd beseitigt werden, der die deutsch-polnischen Beziehungen 45 Jahre lang unheilvoll belastet hatte<sup>3</sup>. Ihm folgte am symbolträchtigen 17. Juni 1991 der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“, der u. a. die Rechte der noch im polnischen Staatsgebiet lebenden Deutschen fest schrieb, deren Existenz man in Warschau bis zur „Wende“ beharrlich geleugnet hatte<sup>4</sup>. „Mit der Unterzeichnung dieses Vertragswerks zogen Deutschland und Polen den Schlußstrich unter eines der schwierigsten Kapitel ihrer Nachkriegsgeschichte.“<sup>5</sup>

Die seit Jahrzehnten anhaltende Diskussion über die Oder-Neiße-Linie, die schließlich doch erfolgreiche Integration der Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in die bundesdeutsche Gesellschaft sowie die Lage der noch in Polen bzw. in der damals noch existierenden Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen erwiesen sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs als derart untrennbar miteinander verwoben, daß sich alle drei nur als ein Gesamtkomplex zureichend behandeln lassen, wenn man die Wahrnehmung von Flucht und Ver-

2 Ebd., S. 185.

3 Dazu grundlegend nach wie vor Hans-Georg Lehmann, Die Oder-Neiße-Grenze, München 1979.

4 Vgl. Hans-Werner Rautenberg, Deutsche und Deutschstämmige in Polen – eine nicht anerkannte Volksgruppe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/88, S. 14–27.

5 Axel Frohn, Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 44 (1996), S. 485–525, hier S. 485.

treibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute zutreffend beschreiben will. Dies wird u. a. auch daran deutlich, daß die Bundesregierung noch während der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen im Sommer 1990 glaubte, mit Rücksicht auf die Vertriebenenverbände äußerst vorsichtig taktieren zu sollen, bis ihr der amerikanische Präsident George Bush, einer der entschiedensten Förderer des deutschen Wiedervereinigungsprozesses, unmißverständlich erklären ließ, „daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze der Preis für die Wiedervereinigung sein würde“<sup>6</sup>.

Schon dem ersten deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer war bewußt gewesen, daß er eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht würde ablehnen können, hätten die Siegermächte die Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße zur Bedingung gemacht. Noch deutlicher hatte sein außenpolitischer Berater Wilhelm Grewe bereits im Jahre 1960 formuliert: „Ich glaube, daß es überhaupt nur eine Aussicht gibt, das deutsche Volk mit einer Lösung zu versöhnen, die größere Gebietsoffer verlangen würde. Das wäre eine Verbindung der Grenzfrage mit einer positiven Regelung der Wiedervereinigungsfrage.“<sup>7</sup> Genau dies ist dreißig Jahre später in einer gänzlich veränderten außenpolitischen Situation Wirklichkeit geworden. Und diesmal war nicht, wie bei der Entstehung der Grenze an Oder und Neiße, über die Köpfe der Betroffenen – der Deutschen und Polen – hinweg, sondern mit ihrer Beteiligung gehandelt worden<sup>8</sup>.

Seit den Verträgen vom 14. November 1990 und vom 17. Juni 1991 ist das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen völkerrechtlich geklärt, die Oder-Neiße-Grenze ohne weiteren Rechtsvorbehalt von deutscher Seite als die Westgrenze Polens anerkannt. Damit wurde nun endlich auf beiden Seiten auch der Weg frei für eine emotionslosere Betrachtung der Vorgänge zu Kriegsende und in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die nach dem Völkermord

der Nationalsozialisten an den Juden im besetzten Polen und an zahlreichen Polen zu Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen mit ihren grauenvollen Begleitumständen geführt haben. Bis dorthin mußten viele, von manchen Rückschlägen begleitete Anstrengungen unternommen werden, um den „Schutt wegzuräumen, den eine politisierende und ideologisierende Geschichtsschreibung aufgetürmt hat“<sup>9</sup>. Im Verhältnis zur Tschechischen Republik scheinen die beiderseitigen Verletzungen und Ressentiments einstweilen noch schwerer zu wiegen. Aber auch hier ist man sich bewußt, daß – wie es in der „Deutsch-Tschechischen Erklärung“ vom 21. Januar 1997 heißt – „der gemeinsame Weg in die Zukunft ein klares Wort zur Vergangenheit erfordert“<sup>10</sup>.

---

## II. Die Ausgangslage: Flucht, Vertreibung und Integration

---

Stellt man sich vor diesem Hintergrund über fünfzig Jahre nach Kriegsende die Frage nach der Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte, so wird erkennbar, welch weiter „Weg nach Osten“ inzwischen zurückgelegt worden ist<sup>11</sup>. Als Millionen enteigneter und vertriebener Menschen im durch Bombenkrieg und Kriegsschäden zerstörten Rest-Deutschland eintrafen und zunächst notdürftig in Lagern und Behelfsunterkünften untergebracht und versorgt werden mußten, ging es für einen großen Teil der deutschen Bevölkerung nicht selten um das nackte Überleben<sup>12</sup>. Der Osteuropahistoriker Dieter Bingen, der kürzlich – ob berechtigt oder nicht, wäre noch zu erörtern – von deutschen „Verdrängungsleistungen nach 1945“ gesprochen hat, konnte immerhin nachvollziehen, „daß die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR vollauf mit dem Wiederaufbau, der Schaffung von beruflichen und familiären Existenzen beschäftigt

6 Ebd., S. 485; vgl. ferner William E. Griffith, Die Vereinigten Staaten und Ostmitteleuropa, in: Wolfgang-Uwe Friedrichs (Hrsg.), Die USA und die Deutsche Frage 1945–1990, Frankfurt a. M. – New York 1991, S. 323–341.

7 Zitiert nach A. Frohn (Anm. 5), S. 524; vgl. ferner Hans-Erich Volkmann, Das Reich in den Konzeptionen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und im politisch-rechtlichen Verständnis der Bundesrepublik, in: Bernd Martin (Hrsg.), Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick, München 1992, S. 231–250, bes. S. 241–248.

8 Vgl. Friedbert Pflüger, Grenze und Partnerschaft. Die deutsch-polnischen Verträge von 1990/91, in: ders./Winfried Lipscher, Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Bonn 1993, S. 11–28.

9 Klaus Zernack, Polen – Geschichte einer europäischen Nation, in: Herbert Ludat (Hrsg.), Liegt Polen noch in Europa?, Gießen 1961<sup>2</sup>, S. 9–30, hier S. 12.

10 Vgl. zum kontroversen Zusammenhang Gerhard Schwarz, Flucht und Vertreibung. Eine Vergangenheit, die nicht vergehen will?, in: Kulturpolitische Korrespondenz vom 25. Januar 1997, S. 5–7, hier S. 6.

11 Dazu exemplarisch Marion Gräfin Dönhoff, Weit ist der Weg nach Osten. Berichte und Betrachtungen aus fünf Jahrzehnten, München 1988<sup>2</sup>.

12 Zum größeren Zusammenhang zuletzt resümierend Wolfgang Benz, Fremde in der Heimat, Flucht – Vertreibung – Integration, in: Klaus J. Bade (Hrsg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992, bes. S. 382–385.

waren und in jedem zusätzlichen Nachbarn aus dem Osten instinktiv und fälschlich eine unerwünschte Belastung sahen, obwohl die Zuwanderung eine ökonomische Bereicherung und schließlich ein Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg wurde<sup>13</sup>.

Bevor dies jedoch gelingen konnte, galt es für die Heimatvertriebenen in beiden Teilen des geschlagenen Deutschland eine Phase bitterster Not und Entbehrung zu durchleben, die in vielen von ihnen traumatische Erinnerungen wachhielt<sup>14</sup>. Nicht wenige von ihnen fanden zunächst keinen ihrer beruflichen Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz und mußten vor allem in ländlichen Regionen oft genug und meist widerwillig weniger angesehene Tätigkeiten ausüben<sup>15</sup>. Auch die Währungsreform von 1948, die das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ initiierte, benachteiligte die Flüchtlinge, da diese im Gegensatz zu den Einheimischen über keine Sachwerte verfügten und das von ihnen eventuell gerettete Bargeld über Nacht seinen Wert verlor. Erst mit der 1952 einsetzenden, anfangs heftig umstrittenen Lastenausgleichsgesetzgebung begann die wirtschaftliche und soziale Integration der Heimatvertriebenen, die mit der Auflösung des nicht zuletzt für diese Fragen zuständigen Bundesvertriebenenministeriums nach dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt auch äußerlich als abgeschlossen gelten konnte<sup>16</sup>. Wohl eigentlich das größte Nachkriegswunder, die friedliche Integration der etwa zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, war damit Wirklichkeit geworden.

Schon als Eugen Lemberg und Friedrich Edding im Jahre 1959 ihr im Auftrag der Bundesregierung erarbeitetes voluminöses dreibändiges Standardwerk: „Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre

13 Dieter Bingen, Zur Bedeutung ethnischer und nationaler Minderheiten (Volksgruppen) in Ostmitteleuropa – Abgründe oder Brücken?, in: Christoph Dahm/Hans-Jakob Tebarth (Hrsg.), Ostmitteleuropa im Wandel. Möglichkeiten und Chancen zur Überwindung der Destabilisierung fünfzig Jahre nach Kriegsende, Bonn 1995, S. 53–69, hier S. 65. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe auch den Beitrag von D. Bingen in diesem Heft.

14 Besonders anschaulich dazu Günter Bötdeker, Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Gütersloh 1995<sup>5</sup>, S. 354–369.

15 Vgl. u. a. Joachim Schöps, „Die Bauern werden euch mit Heugabeln verjagen ...“ Die Eingliederung der Vertriebenen, in: Siegfried Kogelfranz (Hrsg.), Die Vertriebenen, Reinbek 1985, S. 31–73.

16 Vgl. Reinhold Schillinger, Der Lastenausgleich, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a. M. 1985, S. 183–192.

Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben“ vorlegten, wurde von vielen Beobachtern im In- und Ausland die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in die junge Bundesrepublik als nunmehr vollzogen angesehen. Zwanzig Jahre später schrieb der damalige Staatssekretär im Innenministerium, Siegfried Fröhlich, in seinem Vorwort zu dem von Hans Joachim von Merkatz herausgegebenen Sammelband mit dem ein glückliches Resultat konstatierenden Titel „Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration“: „Sie leben politisch, beruflich und materiell nicht anders als die Deutschen, die hier schon seit Generationen ansässig sind. Daß dies gelingen konnte, ist das eigentliche Wunder unserer Nachkriegsgeschichte.“ Spätestens Ende der sechziger Jahre galt die Eingliederung von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik mithin – wie übrigens schon zu Beginn der fünfziger Jahre in der DDR – als abgeschlossen, und folglich verschwand dieses Thema auch als Forschungsgegenstand weitgehend aus dem wissenschaftlichen Schrifttum<sup>17</sup>.

Es bedurfte eines weiteren zeitlichen Abstands von mehreren Jahren, um zu erkennen, daß mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen nur *ein*, wenn auch besonders wichtiger Aspekt dieses säkularen Vorgangs beschrieben worden war. Die von Dieter Bingen angesprochenen Probleme haben deshalb ihre Bedeutung bis heute nicht eingebüßt, wenn er u. a. fragt, ob es jemals in den vergangenen Jahrzehnten eine angemessene mentale Bewältigung, d. h. eine historische und kulturelle Wahrnehmung des Verlustes in seiner säkularen Dimension gegeben hat. Sicherlich steht hier die wirkliche Auseinandersetzung noch aus. Daß aber – inzwischen auch in internationaler Kooperation – Schritte in diese Richtung unternommen werden, ist seit kurzem vor allem infolge des politischen Umbruchs der Jahre 1989/90 in Ostmitteleuropa kein Wunschbild mehr. Allerdings gilt nicht minder, daß „die deutsche Geschichtswissenschaft ... dieses dunkle Kapitel der Zeitgeschichte schon sehr früh zu behandeln und darzustellen begonnen (hat), und seit gut dreißig Jahren sind zahlreiche Bücher erschienen, die sich mit dem

17 Vgl. Wolfgang Benz, Flucht und Vertreibung, in: ders. (Hrsg.), Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte, München 1990, S. 79–85, hier S. 84f. Vgl. ferner Albrecht Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990, München 1993<sup>2</sup>.

Vorgang der Vertreibung und dem Schicksal der Vertriebenen befassen und sich bemühen, diese Ereignisse in ihrem größeren weltpolitischen Zusammenhang zu sehen, um zu erforschen, wie es dazu gekommen ist<sup>18</sup>. Es ist daher eben doch die Frage, ob die Vertreibung der Deutschen „ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte“ geblieben ist<sup>19</sup>.

### III. Neubewertung des Vertriebenenproblems

Der auch außerhalb Deutschlands als eindrucksvollste Leistung gewürdigten friedlichen Integration ist gerechterweise auch die unter ungleich ungünstigeren Voraussetzungen in der SBZ/DDR vollzogene an die Seite zu stellen<sup>20</sup>. Im Westen kontrastierte allerdings für manche kritische Beobachter die vielzitierte „Charta der Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 und der darin ausgesprochene Gewaltverzicht mit dem beanspruchten „Recht auf die Heimat“ als einem Menschenrecht, dessen Inanspruchnahme man gelegentlich als Ausdruck von „Revanchismus“ oder zumindest „Revisionismus“ hat mißdeuten wollen und denn auch als eine „Mischung aus Radikalität und Mäßigung“ bezeichnet hat<sup>21</sup>. Es dürfte dennoch feststehen, daß nicht zuletzt deren Initiatoren mit dafür gesorgt haben, daß sich die deutschen Heimatvertriebenen von Anfang an für eine gewaltfreie, demokratische Politik entschieden haben.

Die bundesdeutsche Politik sowie die öffentliche Meinung der ersten Nachkriegsjahre haben den Anspruch der Heimatvertriebenen vor allem mit Rücksicht auf deren Wählerpotential unterstützt<sup>22</sup>.

18 Hellmuth Auerbach, Literatur zum Thema. Ein kritischer Überblick, in: W. Benz (Anm. 16), S. 219–231.

19 Alfred Theisen, Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7–8/95, S. 20–33.

20 Vgl. Alexander von Plato/Wolfgang Meinicke, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991; ferner Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hrsg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993.

21 Josef Foschepoth, Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, in: W. Benz (Anm. 16), S. 238.

22 Vgl. Ansgar Graw, Die Vertriebenen in den Medien – Die Vertriebenen und ihre Medien, in: Kulturpolitische Korrespondenz, Sonderdienst 64/96 vom 5. Dezember 1996, S. 36–46; grundlegend ferner Markus Kiefer, Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit.

indem sie vom Fortbestand des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937 ausgingen und vor allem den Betroffenen auf diese Weise das Gefühl vermittelten, daß die „deutsche Frage“ weiterhin „offen“ sei, was aber aus der Rückschau betrachtet zu keiner Zeit tatsächlich der Fall gewesen zu sein scheint.

Die den Heimatvertriebenen über Jahrzehnte hinweg gewährte, mehr oder weniger rhetorische Unterstützung („Sonntagsreden“) mußte bei ihnen Illusionen wachhalten, die der Wirklichkeit nicht entsprechen konnten. Es war dies auch die Zeit der entsprechend dem Vorbild derartiger Aktivitäten nach den Gebietsverlusten nach dem Ersten Weltkrieg installierten, bis heute bestehenden und im allgemeinen gut funktionierenden Patenschaften für die ostdeutschen Landsmannschaften, Städte und Kreise. „Dazu gehörten ebenso selbstverständlich die Vertriebenen-Kreuze und -Gedenkstätten wie die Benennung von Siedlungen, Straßen und Autobahn-Raststätten nach Landschaften, Städten oder Repräsentanten der Vertreibungsgebiete.“<sup>23</sup>

Golo Mann hat dieses Spannungsverhältnis von realer Integration und dem Bemühen um Erinnerung in seiner weit verbreiteten „Deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert“ schon 1958 im ganzen zutreffend beschrieben, indem er darauf hinwies, daß – anders als die mit Recht bewunderte wirtschaftliche Eingliederung – die moralische und politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen weit weniger gelungen sei, denn: „Schlesien und Preußen, das waren Landschaften von ausgeprägter Kultur und Eigenart gewesen, in ihrem deutschen Charakter um 1 000 Jahre jünger zwar als Rheinland und Schwaben, aber um dessentwillen nicht weniger deutsch. Niemand konnte es den Vertriebenen verdenken, daß sie der formalen Anerkennung oder Billigung des ihnen angetanen Unrechts erbitterten Widerstand entgegengesetzten, daß die Vertreibungen fortwirkten, wie eine schwärende Wunde.“<sup>24</sup> Allerdings war es durchaus auch problematisch, „daß man den deutschen Taten, welche dem Verbrechen vorgegangen waren, ein äußerst geringes Interesse

Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949–1955, Frankfurt a. M. 1992.

23 Wilfried Schlaw, Gesellschaftliche Eingliederung der Vertriebenen, in: Marion Frantzioc/Odo Ratz/Günter Reichert (Hrsg.), 40 Jahre Arbeit für Deutschland – die Vertriebenen und Flüchtlinge, Frankfurt a. M. 1989, S. 177.

24 Golo Mann, Deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1958, S. 1019 f.

entgegenbrachte<sup>25</sup> – eine Argumentation, die die Debatte auch heute noch beherrscht.

#### IV. Annäherungen im Zeichen der sozialliberalen Koalition

Angesichts der weltweiten Entspannungspolitik seit Beginn der siebziger Jahre mußte die Regierung in Bonn darauf bedacht sein, nicht durch ein unbewegliches Beharren auf (formal durchaus korrekten) Rechtsansprüchen in die außenpolitische Isolation zu geraten<sup>26</sup>. Schon etwas früher hatten in der Bundesrepublik unterhalb der Regierungsebene Gruppen aus Kultur und Kirche Initiativen in Richtung auf einen Ausgleich Deutschlands mit Polen und Tschechen entwickelt, von denen die 1965 publizierte Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“<sup>27</sup> am Beginn einer heftigen innenpolitischen Auseinandersetzung stand, der deutschen Öffentlichkeit aber immerhin die Erkenntnis vermittelte, daß „weder von der öffentlichen Meinung noch von den Regierungen der westlichen Länder . . . Unterstützung für eine Revision der im Potsdamer Abkommen gezogenen Grenzen zu erwarten“ war und der ideologische Gegensatz zwischen Ost und West in diesem Fall keine Rolle spielte. Wenige Wochen später folgte der noch weit spektakulärere Briefwechsel der katholischen Bischöfe<sup>28</sup>, der vor allem im regierungsamtlichen Polen heftig kritisiert wurde. Andere Aktionen wie beispielsweise diejenige der im „Bensberger Kreis“ vereinigten katholischen Laien schlossen sich an. In ihrem „Memorandum“ wurde das Heimatrecht im übrigen sehr ernst genommen. Dort hieß es u. a.: „Niemand soll gegen seinen Willen aus dem Land, das er bewohnt, aus dem persönlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebenszusammenhang, in

dem er aufgewachsen ist und sein Leben entfaltet hat, herausgerissen werden.“<sup>29</sup>

Zwar erhielten gleichwohl auch die „Bensberger“ heftige Kritik der Vertriebenenpresse, doch begann sich von nun an ein „durchgreifender Kurswandel der gesellschaftlichen, publizistischen und politischen Eliten der Bundesrepublik Deutschland“<sup>30</sup> abzuzeichnen. Erst heute wissen wir, daß die genannten Dokumente mit den Weg zur sogenannten „neuen Ostpolitik“ geebnet haben, der von der seit 1969 amtierenden sozialliberalen Bundesregierung nunmehr entschlossen eingeschlagen wurde<sup>31</sup>. Diese Politik wurde von der Gesellschaft der Bundesrepublik und ihrer öffentlichen Meinung, wie sie sich in den Massenmedien artikuliert, mehrheitlich unterstützt. Die einflußreiche überregionale Publizistik wie „Spiegel“, „Zeit“ und „Stern“ sprach sich für eine „Normalisierung“ im Verhältnis der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn unter „Anerkennung der Realitäten“, d. h. unter Verzicht auf jeden Versuch einer Grenzrevision, aus, der ohnehin nur gewaltsam zu realisieren gewesen wäre.

Die Sprecher der deutschen Vertriebenen gerieten mehr und mehr in die Isolation. Es sollte sich dennoch verbieten, von „Tabuisierung“ oder gar „Diffamierung“ der Vertriebenen und ihres Schicksals zu sprechen, auch wenn einige Kommentare in den Massenmedien diesen Eindruck vermittelt haben mochten. Worüber sich die Flüchtlinge und Vertriebenen allerdings mit Recht beklagten, war, daß man in der Öffentlichkeit immer weniger von dem von ihnen erlittenen Schicksal Kenntnis zu nehmen bereit war, das sie stellvertretend für das ganze Volk hatten erleiden müssen, und daß die öffentliche Meinung sie vielmehr im Laufe der Jahre immer mehr als „Störenfriede“ und „Ewig-Gestrige“ wahrzunehmen begann.

29 Zit. bei Manfred Siedler, Das Polen-Memorandum des Bensberger Kreises – seine Wirkung in Deutschland und Polen, in: F. Pflüger/W. Lipscher (Anm. 8), S. 107. Zum Gesamtkomplex vgl. Jörg K. Hoensch, Initiativen gesellschaftlicher Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland bei der Ausgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen, in: Wolfgang Jacobmeyer (Bearb.), Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975), Braunschweig 1987, S. 55–71.

30 A. Graw (Anm. 22), S. 39.

31 Vgl. neben dem schon erwähnten Standardwerk von Peter Bender Dieter Bingen, Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Ära der sozialliberalen Koalition, in: F. Pflüger/W. Lipscher (Anm. 8), S. 168–181. Zeitlich weiterführend: Antonia Fenske, Deutsch-polnische Beziehungen. Eine Auswahlbibliographie für den Erscheinungszeitraum 1970–1993, Leipzig 1993.

25 Wolfgang Benz, Flucht – Vertreibung – Zwangsausiedlung, in: Ewa Kobylinska/Andreas Lawaty/Rüdiger Stephan (Hrsg.), Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München 1992, S. 420.

26 Dazu grundlegend Peter Bender, Die „neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung, München 1995<sup>3</sup>.

27 Vgl. Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1/1, Frieden, Versöhnung und Menschenrechte, Gütersloh 1978, S. 77–133; ferner die Dokumentation der Diskussion in der Öffentlichkeit von Reinhard Henkys (Hrsg.), Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift, Stuttgart – Berlin 1968, sowie Helmut Hild, Was hat die Denkschrift der EKD bewirkt?, in: F. Pflüger/W. Lipscher (Anm. 8), S. 90–102.

28 Text bei Henkys, ebd., S. 218–230.

Angesichts der inzwischen vorliegenden umfangreichen Literatur dürfte es sich erübrigen, die einzelnen Schritte, die zum „Normalisierungsvertrag“ mit Polen vom 7. Dezember 1970 und zum „Prager Vertrag“ vom 11. Dezember 1973 geführt haben, nochmals nachzuzeichnen<sup>32</sup>. Es spricht aber alles dafür, daß sich Regierung und Opposition ihre Entscheidung zum Verzicht nicht leichtgemacht und die begreiflichen bitteren Empfindungen der Heimatvertriebenen – die sehr wohl wußten, daß trotz aller Rechtsvorbehalte an der Endgültigkeit der polnischen Westgrenze nicht länger gezweifelt werden konnte – durchaus gewürdigt haben. Man hat jüngst nicht mit Unrecht sogar von einer „Sternstunde der deutschen Parlamentsgeschichte“ gesprochen<sup>33</sup>. Allerdings bedeutete es für die Betroffenen eine herbe Enttäuschung, daß sich auch die oppositionellen Christdemokraten und Christsozialen, bei denen sie ihre Interessen am ehesten aufgehoben glaubten, ihren Vorbehalten entzogen und sich der Stimme enthielten, um nicht das ganze Vertragswerk zu Fall zu bringen, wenn sie auch in einem Entschließungsantrag immerhin feststellten: „Durch die Verträge dürften Vertreibungen weder legitimiert noch legalisiert werden.“ Noch im Jahre 1987 erklärte einer ihrer Sprecher voller Erbitterung: „Das ‚Jein‘, die Stimmenthaltung am denkwürdigen 17. 5. 1972 der CDU/CSU-Fraktion unter Führung des Oppositionsführers Rainer Barzel, des aus Ostpreußen stammenden politischen Enkels Adenauers, hat unsere ostdeutsche Arbeit erschwert und um Jahrzehnte zurückgeworfen.“<sup>34</sup>

## V. Die Krise der Vertriebenenorganisationen

Als diese zorngefüllten Zeilen geschrieben wurden, hatte sich die innenpolitische Landschaft in der Bundesrepublik längst ein weiteres Mal geän-

32 Vgl. u. a. Benno Zündorf, Die Ostverträge. Die Verträge von Moskau, Warschau, Prag, das Berlin-Abkommen und die Verträge mit der DDR, München 1979; Hans-Werner Rautenberg, Bisherige Etappen der deutsch-polnischen Normalisierung, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Deutschland – Frankreich – Polen. Ihre Beziehungen zueinander nach 1945, Saarbrücken 1986, S. 100–114; Hans-Adolf Jacobsen/Mieczyslaw Tomala (Hrsg.), Bonn – Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, Köln 1992.

33 Hagen Schulze, Kleine deutsche Geschichte, München 1996, S. 253.

34 Ernst Lijok, Versöhnung – nicht mit dem Unrecht und mit der Gewalt, in: Der Schlesier, Nr. 11 vom 13. März 1987.

dert, da die sozialliberale Koalition, der man gelegentlich wegen ihrer angeblichen Politik des Verdrängens und Verdeckens besonders schwere Vorwürfe meinte machen zu müssen, schon fünf Jahre zuvor auseinandergebrochen war und einer Neuauflage des christlich-liberalen Bündnisses Platz gemacht hatte. Noch einmal mochten einige Vertreter der Vertriebenenverbände geglaubt haben, der Regierungswechsel werde ihnen eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen eintragen, und in der Tat deuteten einige Schritte der neuen Regierung in diese Richtung: So erschien zwei Jahre nach dem Antritt der Regierung unter Helmut Kohl ein unveränderter Nachdruck der umfassenden „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, der jüngst ein weiterer folgte<sup>35</sup>. 1989 konnte auch die Dokumentation des Bundesarchivs über „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen“ aus dem Jahre 1974 erscheinen, die seinerzeit aus politischen Rücksichten zurückgehalten worden war<sup>36</sup>. Bei den Vertreibungsverbrechen handelt es sich in der Tat noch am ehesten um ein bis heute in der Öffentlichkeit tabuisiertes Thema, das vermutlich gerade deswegen in der den Vertriebenenorganisationen nahestehenden Publizistik pointierte Darstellungen hervorgebracht hat<sup>37</sup>.

Wahrscheinlich hat die trügerische Hoffnung, nach „20jähriger planmäßiger Diffamierung vor allem durch die Massenmedien und allgemeiner Verdrängung“<sup>38</sup> endlich wieder Gehör zu finden, führende Vertriebenenpolitiker dazu veranlaßt, für das Bundestreffen der Schlesischen Landsmannschaft zu Pfingsten 1985 in Hannover das Motto: „Vierzig Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt

35 Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in Verbindung mit Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow, Hans Rothfels (ab Bd. I/3 auch Werner Conze) bearbeitet von Theodor Schieder, herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene, 5 Bde., (Neudruck) München 1984 und 1995.

36 Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, Bonn 1989.

37 Vgl. u. a. Heinz Nawratil, Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung, München 1984<sup>3</sup>. Darin hat der Autor sein Motiv, dieses Buch zu schreiben, einleitend benannt: „Es verstieße gegen die Würde und sein Selbstverständnis, wenn sich das deutsche Volk widerspruchslos auf Generationen hinaus mit der ihm zugeordneten Bülberolle abfinden und zu alledem schweigen würde, was ihm von den Siegern an Furchtbarem angetan worden ist.“ Vgl. ferner Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen. Dokumente der Vertreibung, Rosenheim 1983; Alfred M. de Zayas, Die Wehrmachts-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, 1984<sup>4</sup>; ders., Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Frankfurt a. M. – Berlin 1996<sup>5</sup>.

38 W. Schlau (Anm. 25), S. 181.

unser!“ zu wählen und den Bundeskanzler, der eine Einladung zur Festansprache erhalten und bereits angenommen hatte, damit in erhebliche innenpolitische Schwierigkeiten zu bringen. Diese ließen sich erst nach langen Querelen und nur durch eine Modifizierung der Tagungslosung, die schließlich lautete: „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker“, aus der Welt schaffen.

In der Rückschau wird man sagen müssen, daß diese Aktion der „Landsmannschaft Schlesien“ eher kontraproduktiv gewirkt hat. Paradoxerweise nämlich gerieten die Vertriebenenorganisationen in einem Augenblick in ihre bisher tiefste – nicht eben unverschuldete – Krise, als das Thema: „Flucht – Vertreibung – Integration“ in Publizistik und Forschung seine unvermutete Wiederbelebung erfuhr, die bis heute im Grunde unvermindert andauert. Der erwähnten Neuauflage der für alle späteren Darstellungen grundlegenden „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ war schon seit etwa 1980 in rascher Folge eine Reihe eher populär gehaltener Sammelbände vorausgegangen bzw. gefolgt, die ein breites Publikum zu erreichen suchten und teilweise den schriftlichen Niederschlag von Fernsehsendungen darstellten<sup>39</sup>. Ihr Umfang und ihre reiche dokumentarische Ausstattung sowie ihre offensichtlich weite Verbreitung dürften wesentlich dazu beigetragen haben, den Vorwurf, eine von „linken Kräften“ dominierte deutsche Öffentlichkeit habe sich dieses emotionsgeladenen Themas absichtlich nicht angenommen, einigermaßen zu entkräften.

---

## VI. Der Neubeginn der Vertriebenenforschung

---

Diesen Publikationen, die bewußt auf Breitenwirkung angelegt waren, folgten auf dem Gebiet der Wissenschaft die ersten Ansätze einer Neubewertung der Vertriebenenproblematik im Zeichen

39 Dazu gehörten u. a. Günther Böddeker, *Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, München – Berlin 1995<sup>5</sup>; Frank Grube/Gerhard Richter (Hrsg.), *Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947*, Hamburg 1980; Rudolf Mühlfnzl (Hrsg.), *Geflohen und vertrieben. Augenzeugen berichten*, Königstein/Ts. 1981; Siegfried Kogelfranz (Hrsg.), *Die Vertriebenen*, Reinbek 1985; Ekkehard Kuhn, *Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen*, München – Berlin 1987; Max Gleissl/Barbara Mai, *Die Deutschen im Osten*, Berlin – Bonn 1988.

einer interdisziplinären Kooperation von Forschern aus den Bereichen Zeitgeschichte, Ethnologie, Statistik, Volkskunde, Soziologie und Kulturgeschichte, deren fruchtbares Zusammenwirken seinen überzeugenden Ausdruck in einem 1986 in Göttingen veranstalteten Kolloquium fand<sup>40</sup>. In ihrer Einführung zu dieser Tagung, die bestrebt war, die Ergebnisse der bisherigen Flüchtlingsforschung zu mustern und ihre Defizite zu benennen, hat eine der Herausgeberinnen mit großer Einfühlsamkeit – ganz im Sinne der Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1945 – ihre Kollegen aufgefordert, „zu akzeptieren, daß Flucht und Vertreibung durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft über große Teile Europas verursacht worden sind“, um dann fortzufahren: „Dazu gehört aber auch, begreifen zu lernen, daß wir es u. U. nur auf Teilbereiche bezogen mit einer ‚Erfolgsgeschichte‘ der Integration der Flüchtlinge in die angebliche Normalität der neuen Heimat zu tun haben, darüber hinaus aber auch mit einer andauernden Leidensgeschichte. Die Nichtakzeptanz dieser Leidensgeschichte wäre dann ein weiteres Kapitel der Unfähigkeit der Deutschen, Trauerarbeit zu leisten: wie gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus nun auch gegenüber den Opfern seiner Folgen.“<sup>41</sup>

Der die Ergebnisse des genannten Kolloquiums dokumentierende Sammelband steht gewissermaßen am Neuanfang der wissenschaftlichen Vertriebenenforschung, die sich inzwischen nach einer nicht zu leugnenden Phase der Stagnation wenigstens partiell von der für das bundesrepublikanische Selbstverständnis bis in die sechziger Jahre hinein möglicherweise sogar überlebensnotwendigen „Erfolgsgeschichte“ entfernt hat. Jedenfalls könne sich seriöse Forschung – so ist damals mit Recht gesagt worden – nicht länger auf der „breiten Prozessionsstraße freudiger Selbstbestätigung“ bewegen und müsse sich fragen lassen, ob denn der Weg der Vertriebenen und Flüchtlinge in ihre neue Heimat, d. h. die Integration wirklich so ziel sicher und geradlinig verlaufen sei, wie dies aus der Rückschau oftmals tatsächlich den Anschein gehabt habe<sup>42</sup>. Vielleicht – so hat man wohl nicht

40 Vgl. Rainer Schulze/Doris von der Brélie-Lewien/Helga Grebing (Hrsg.), *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit*, Hildesheim 1987.

41 Helga Grebing, ebd., S. 2. Ähnlich schon Hans Lemberg, *Flucht und Vertreibung in der Zeit des Zweiten Weltkriegs*, in: R. Mühlfnzl (Anm. 39), S. 126–139.

42 Vgl. Friedrich Prinz, *Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen. Sach- und Methodenprobleme im Forschungsfeld, das Beispiel Bayern*, in: R. Schulze/D. von der Brélie-

zu Unrecht vermutet – habe man es bei diesem Vorgang nicht selten eher mit Unterschichtungsprozessen zu tun, die erst an ihr Ende gelangten, als sich Einheimische und Fremde in einem neuen „Wir-Gefühl“ gegen die neuen Zuwanderer in Gestalt der ausländischen Gastarbeiter zusammenfanden. Auch eine der jüngsten Analysen kommt zu dem Ergebnis, daß der Anfang der sechziger Jahre einsetzende ökonomische Aufschwung „zu einer raschen und dauerhaften wirtschaftlichen Eingliederung am Vorabend einer massenhaften Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik“ geführt habe, „die den häufig deklassierten Flüchtlingen Aufstiegschancen mittels einer neuen Unterschichtung boten“<sup>43</sup>.

Diesem Neubeginn der Vertriebenenforschung mit seinen immer differenzierteren Ansätzen folgte eine beeindruckende Fülle von Untersuchungen zur Integrationsproblematik, die im einzelnen aufzulisten an dieser Stelle unmöglich ist; doch dürfte es an Selbstbetrug grenzen, wollte man weiterhin an eine Marginalisierung oder gar Verdrängung der Flüchtlingsthematik glauben<sup>44</sup>. Zu welchen Resultaten die auf diesem Gebiet seither unternommenen Anstrengungen geführt haben, läßt auch eine Tagung deutlich erkennen, die neun Jahre später in Bad Homburg – nun schon unter gänzlich veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen – eine neue Forschergeneration zusammenführte<sup>45</sup>.

Lewien/H. Grebing (Anm. 40), S. 24–45, hier S. 25; vgl. ferner den ausgezeichneten Forschungsbericht von Doris von der Brelie-Lewien, Zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, in: ebd., S. 24–45.

43 Johannes-Dieter Steinert, Die große Flucht und die Jahre danach. Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besatzungszonen, in: Hans-Erich Volkmann, Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München – Zürich 1996, S. 574.

44 Vgl. Gertrud Krallert-Sattler, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und der Schweiz, Wien 1989, die einen Umfang von 927 S. aufweist. Ein erster Versuch einer neueren Übersicht war die Publikation von Marion Frantziöch, Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland. Mit einer kommentierten Bibliographie, Berlin 1987. Die Forschungsliteratur seither resümiert und kommentiert Rolf Messerschmidt, Mythos Schmelztiegel! Einige Neuerscheinungen zur „Flüchtlingforschung“ der letzten Jahre, in: Neue politische Literatur, 37 (1992), S. 34–55.

45 Vgl. Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Hrsg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, darin besonders Thomas Grosser, Die Flüchtlingsfrage in der sozialgeschichtlichen Erweiterung. Anmerkungen zum neueren Forschungsstand, S. 19–30.

## VII. Die Vertriebenenproblematik nach der „Wende“ 1989/90

In gewissem Sinne stellt das Jahr 1985 – das vierzigste Jahr des Kriegsendes – auch in Hinsicht auf die Vertriebenenproblematik und ihre Erforschung eine „Epochenwende“ dar. Noch einmal wurden in diesem Jahr führende Vertriebenenfunktionäre mit umfangreichen Festschriften geehrt<sup>46</sup>, aber in der Weltpolitik zeigten sich bereits die ersten Ansätze von Vorgängen, die fünf Jahre später zum Ende des Ost-West-Konflikts und zum Zusammenbruch des sozialistischen Lagers führen sollten. So zutreffend es sein mag, daß die eingangs erwähnte Rede Richard von Weizsäckers sowie der seit den späten achtziger Jahren anschwellende Zustrom von Spätaussiedlern vor allem aus Polen und der Sowjetunion<sup>47</sup> bei vielen Deutschen die Erinnerung an die unmittelbare Nachkriegszeit wieder wachrief, so wurde doch wieder einmal die weltpolitische Entwicklung ausschlaggebend, für die der Name des ebenfalls 1985 an die Macht gelangten Michail Gorbatschow steht.

Es war nun nicht mehr die deutsche Nachkriegsgesellschaft in beiden deutschen Staaten allein, die sich ihrer jüngsten Vergangenheit stellen mußte. Hatte man schon den Deutschen eine Unfähigkeit zur „Trauerarbeit“ nachgesagt, so war das Thema „Flucht und Vertreibung der Deutschen“ bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems an der „Wende“ der Jahre 1989/90 bei Polen und Tschechen erst recht mit einem absoluten Tabu belegt worden. Wie bekannt, waren es die Polen, die durch die „Erfindung“ des „Runden Tisches“ und die Wahl des ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit, Tadeusz

46 Vgl. Gottfried Zieger/Boris Meissner/Dieter Blumenwitz (Hrsg.), Deutschland als Ganzes. Rechtliche und historische Überlegungen, Festschrift für Herbert Czaja zum 70. Geburtstag, Köln 1985; Helmut Neubach/Hans-Ludwig Abmeier (Hrsg.), „Für unser Schlesien“. Festschrift für Herbert Hupka, München 1985; Georg Brunner/Theodor Schweißfurt/Alexander Uschakow/Klaus Westen (Hrsg.), Sowjetsystem und Ostrecht. Festschrift für Boris Meissner, Berlin 1985.

47 Vgl. dazu u. a. Line Kossolapow, Aussiedler-Jugendliche. Ein Beitrag zur Integration Deutscher aus dem Osten, Wiesbaden 1987; Guido Zurhausen, Aussiedler – die Vertriebenen von heute, in: M. Frantziöch/O. Ratza/G. Reichert (Anm. 25), S. 44–55; gewissermaßen aus polnischer Sicht Hans-Werner Rautenberg (Bearb.), „Familienzusammenführung“ oder „Erwerbsemigration“? Die Spätaussiedler im Spiegel der polnischen Publizistik (1980–1989), Dokumentation Ostmitteleuropa, 15 (1989) 3/4, S. 91–190.

Mazowiecki, den ersten Stein aus dem anscheinend so festgefügtten Gebäude des Sowjetblocks herausbrachen, was wenig später das ganze Gebäude zum Einsturz brachte. Sie waren es auch, die schon geraume Zeit vor dem Untergang des in den späten achtziger Jahren in bleierne Agonie verfallenden Kommunismus die „Öffnung nach Westen“ unterhalb der offiziellen Beziehungen vollzogen hatten und auf zahlreichen Ebenen mit ihren deutschen Gesprächspartnern in Kontakt getreten waren<sup>48</sup>.

Eine ungemein folgenreiche Intensivierung erfuhren diese Beziehungen, als sich der Börsenverein des deutschen Buchhandels dazu entschloß, seinen Friedenspreis des Jahres 1986 an den seit der Unterdrückung der Freiheitsbewegung „Solidarität“ 1980/81 in der Bundesrepublik Deutschland lebenden polnischen Historiker und Publizisten Wladyslaw Bartoszewski zu vergeben und damit eine Persönlichkeit zu ehren, die in den Folgejahren zu einem Protagonisten der deutsch-polnischen Annäherung und Aussöhnung werden sollte. In seiner Heimat erfuhr man allerdings nichts von dieser Auszeichnung, und so war es notgedrungen Bartoszewskis ganz persönliche Meinung, die er in seiner Dankesrede zum Ausdruck brachte, als er auf das für Deutsche wie für Polen gleichermaßen brisante Thema „Flucht und Vertreibung“ zu sprechen kam. Seine am 5. Oktober 1986 in der Frankfurter Paulskirche gesprochenen Worte bedeuteten in vieler Hinsicht einen psychologischen Durchbruch im Verhältnis der beiden Völker zueinander und verdienen, wörtlich wiedergegeben zu werden:

„Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Umsiedler, Spätaussiedler – sie alle gehören zu den Opfern des Krieges ebenso wie jene Polen, die infolge des Zweiten Weltkrieges ihre eigentliche Heimat in Lemberg, Wilna und anderswo im europäischen Osten verloren haben. Die tragisch verwickelten historischen und politischen Umstände führten dazu, daß die Polen vielleicht besser als viele andere Völker in Europa in der Lage sind, die Leiden und Schwierigkeiten der Menschen zu verstehen, die gezwungen waren, ihre Heimatorte zu verlassen. Sie verstehen auch das Problem der Spaltung eines Volkes, weil sie sie selbst erlebt haben. Den Menschen ihre unmittelbare Heimat zu entziehen ist nie eine gute Tat, sondern immer eine böse Tat, selbst wenn man keinen Ausweg aus

einer bestimmten historischen und politischen Lage sieht.“<sup>49</sup>

Die „linker“ Neigungen gewiß unverdächtige „Welt“ nannte diese Passagen der Rede „eine sehr weise Antwort, Bestätigung und Ergänzung zu den bemerkenswerten Formulierungen, die schon der Bundespräsident in seiner Gedenkrede zu diesem Thema gefunden hatte“<sup>50</sup>.

---

## VIII. Die deutsche Minderheit in Polen

---

Aber auch Bartoszewski wußte, daß die Aussöhnung von Völkern ein schwieriger und langwieriger Prozeß ist. Das Hauptproblem war vor allem die Existenz einer starken deutschen Restbevölkerung in Oberschlesien, deren Vorhandensein Regierung und kirchliche Hierarchie in Warschau beharrlich bestritten<sup>51</sup>. Als sich am 8. Mai 1985 der Jahrestag der deutschen Kapitulation zum 40. Mal jährte, hielt der damalige polnische Staatschef Wojciech Jaruzelski anläßlich des zentralen Festaktes zum Gedenken an die „Wiedergewinnung“ der früheren deutschen Ostgebiete durch Polen eine sehr andere Rede als sein deutsches Gegenüber in Bonn, indem er erklärte, das Problem einer deutschen nationalen Minderheit habe endgültig zu bestehen aufgehört. „Dieses Kapitel ist für immer abgeschlossen.“<sup>52</sup> Und bereits im Vorjahr hatte das geistliche Oberhaupt der polnischen Katholiken „mit der ihm eigenen Sensibilität für die Gefühle anderer Nationen“ behauptet, „daß keine Deutschen mehr in Polen übrig wären und wenn, sollten sie froh sein, Polen zu sein“<sup>53</sup> – eine Äußerung, die in der bundesdeutschen Öffentlichkeit begreiflicherweise heftige Reaktionen auslöste<sup>54</sup>. Freilich vermochten weder der Bischof noch der General, noch die Massenaussiedlung deutschstämmiger Oberschlesier oder die gesellschaftliche

49 Zit. nach Frankfurter Rundschau vom 6. Oktober 1986, S. 25.

50 Joachim Neander, Ein Pole zur Vertreibung, in: Die Welt vom 6. Oktober 1986.

51 Vgl. Carsten Eichenberger, Die Deutschen in Polen. Von der verleugneten Minderheit zur anerkannten Volksgruppe, Augsburg 1994.

52 Zit. nach Süddeutsche Zeitung vom 9. Mai 1985.

53 Zit. nach Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, Frankfurt a. M. 1996<sup>2</sup>, S. 353.

54 Vgl. Thomas Urban, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993, bes. S. 102–135.

48 Für die mannigfachen Kontakte schon in den frühen achtziger Jahren vgl. Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984.

Organisation dieser Personengruppen in Form von „Deutschen Freundeskreisen“ auf die Dauer zu verhindern.

Hier nun schaltete sich der Bund der Vertriebenen nochmals ein, indem er nach der „Wende“ durch ostensible Förderung und Beeinflussung der deutschen Minderheit in seinem Sinne – u. a. mit der Aktion „Frieden durch freie Abstimmung“ – auf die außenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung Einfluß zu nehmen versuchte. Diese Aktivitäten beendete jedoch Bundeskanzler Kohl, als er am 5. August 1990 anlässlich der 40-Jahresfeier der „Charta der Heimatvertriebenen“ erklärte, die polnische Westgrenze stünde nicht mehr zur Disposition, sie sei der Preis für die deutsche Einheit.

Der eingangs erwähnte Vertrag vom 14. November 1990 hat inzwischen jede Diskussion auf völkerrechtlicher Ebene beendet; auf der anderen Seite hat die Bundesregierung beträchtliche Mittel aufgewendet, um die deutsche Minderheit in Polen gemäß den Bestimmungen des Freundschaftsvertrags vom 17. Juni 1991 zu unterstützen<sup>55</sup>. Dabei wurde dieser Minderheit auch die Rolle zuge-dacht, gewissermaßen eine Brückenfunktion zwischen Deutschen und Polen zu übernehmen, was aber bei den Oberschlesiern im Gefühl des ihnen über vierzig Jahre lang angetanen Unrechts noch nicht recht gelingen will. Das sollte nicht verwundern. Sehr mit Recht ist gesagt worden: „Die Deutschen, die in den Grenzen Polens nach 1945 lebten, sind in einer Dauerhaftigkeit und Intensität zu Opfern der deutschen Gewaltpolitik und der Sühne für das anderen Völkern angetane Unrecht geworden, vor der die Deutschen in den heutigen Grenzen Deutschlands bewahrt wurden. Die Deutschen in Polen wurden zu Fremden im zuvor eigenen Land. Zu der politischen Instrumentalisierung der Geschichtsschreibung und zur unduldsamen katholischen ‚Wiedergewinnungs‘-Formel mit Blick auf die ehemals vorwiegend protestantischen deutschen Provinzen kam die Entwurzelung deutscher Kulturgüter in Pommern, Schlesien, in der

Neumark und in Ostpreußen von ihrer Geschichte.“<sup>56</sup>

Es ist demnach immer noch das Trauma von „Flucht und Vertreibung“, das die deutsch-polnischen Beziehungen vor allem im psychologischen Bereich auch über fünfzig Jahre nach Kriegsende hinaus nach wie vor belastet. Dabei scheint die Hauptschwierigkeit des Einander-nicht-verstehen-Könnens oder -Wollens darin zu bestehen, daß große Teile der deutschen Vertriebenen in der Vergangenheit die von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im östlichen Europa verübten Untaten verdrängt oder mit dem ihnen selbst zugefügten Unrecht verrechnet haben. Die polnische öffentliche Meinung neigt demgegenüber ihrerseits auch heute noch mehrheitlich dazu, die den Ostdeutschen im Zuge ihrer Vertreibung bzw. Zwangsaussiedlung zugefügten Leiden als die verdiente Strafe für ihre dem eigenen Volk während des Zweiten Weltkriegs angetanen Demütigungen, Übergriffe und Morde anzusehen<sup>57</sup>.

Daß sich deswegen zwischen dem Empfinden der jeweiligen Bevölkerung und den – nach und nach schon gemeinsam erarbeiteten – Erkenntnissen der zeitgeschichtlichen Forschung in Hinsicht auf den Themenkomplex „Flucht und Vertreibung“ noch immer eine tiefe Kluft auftut, kann vor dem Hintergrund traumatischer Erfahrungen, seelischer Verhärtungen und aus dem Erlebnis einander gegenseitig zugefügter Verletzungen resultierender Abneigung nicht überraschen. Noch schwerwiegender aber dürfte sich auswirken, daß angesichts der vier Jahrzehnte lang praktizierten Tabuisierung des Vertreibungsgeschehens bei unseren östlichen Nachbarn ein radikaler Verdrängungsprozeß stattgefunden hat, der in dieser Form in der Bundesrepublik kein Gegenstück findet. So wurde im Dezember 1996 aus Polen berichtet, daß Meinungsumfragen zufolge die Hälfte der Bevölkerung – bei den unter 24jährigen sogar 59 Prozent – von einer Vertreibung der Deutschen überhaupt nichts wisse. Genau die Hälfte sehe in ihr eine „gerechte Strafe“; immerhin 47 Prozent hielten sie jedoch für ein „Unrecht an der deutschen Zivilbevölkerung, die dieses Land seit Jahrhunderten bewohnte“. Dies sei – so meinte die Korre-

55 Vgl. Joachim Rogall, Die deutsche Minderheit in Polen heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/93, S. 31–43; ders., Vom Stolperstein zur Brücke – der Weg in eine sichere Zukunft für die deutsche Minderheit in Polen, in: Hans von der Meulen (Hrsg.), Anerkannt als Minderheit. Vergangenheit und Zukunft der Deutschen in Polen, Baden-Baden 1994, S. 211–217; Heinrich Mrowka, Selbstverständnis und Rolle der deutschen Minderheit in Polen, in: Georg Brunner/Hans Lemberg (Hrsg.), Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa, Baden-Baden 1994, S. 61–76; zuletzt Manfred Gebhardt/Joachim Küttner, Deutsche in Polen nach 1945. Gefangene und Fremde, München 1997.

56 Dieter Bingen, Die Lage Polens und Deutschlands als Voraussetzung einer Neuorientierung der deutsch-polnischen Beziehungen, in: Zygmunt Zieliński (Hrsg.), Polen – Deutsche. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Katowice 1995<sup>2</sup>, S. 178 f.

57 Vgl. Joachim Rogall, Flucht, Vertreibung und deren Nachwirkung, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Hrsg.), Deutsche und Polen 1945–1995. Annäherungen, Düsseldorf 1996, S. 74 f.

spondentin kommentierend – „angesichts der jahrzehntelangen kommunistischen Indoktrination, die die Grausamkeit der Vertreibung totschwieg und die ostdeutschen Gebiete als ‚wiedergewonnenes Gebiet unserer Väter‘ bezeichnete, ein überraschend hoher Prozentsatz“<sup>58</sup>.

---

## IX. Das Vertreibungsgeschehen in den Augen der Tschechen

---

Dieses Nichtwissen und Verdrängen scheint einstweilen mehr noch für das Verhältnis von Tschechen und Slowaken zum Komplex der „Vertreibung der Deutschen“ zu gelten, wo die Diskussion um dieses Geschehen trotz der noblen Geste Václav Havels vom 28. Dezember 1989, als er sich als designierter Staatspräsident für die Vertreibung der Sudetendeutschen entschuldigte, anscheinend erst in den letzten Jahren begonnen hat<sup>59</sup>. Deren Vertreibung, die erwiesenermaßen vor allem in der ersten Phase der sogenannten „wilden Austreibungen“ noch von weit schwereren Ausschreitungen und Gewalttaten als jene an Übergriffen gewiß nicht armen in Polen begleitet wurde, hat bei einem großen Teil der Betroffenen traumatische Erinnerungen hinterlassen und wachgehalten, so daß es trotz des am 7. Oktober 1991 in Prag im Beisein der Präsidenten von Weizsäcker und Havel paraphierten „Deutsch-tschechischen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrages“ zwischen Tschechen und Sudetendeutschen bisher zu keiner wirklichen Annäherung hat kommen können<sup>60</sup>. Auch scheint der überwiegende Teil der tschechischen Bevölkerung noch immer auf den seit Jahrzehnten propagierten Ansichten von der Kollektivschuld der Deutschen zu beharren und die eigene Geschichte seit 1919 auszublenden (die übrigens auch in Polen immer noch weitgehend tabuisiert ist), so daß vorerst auch auf tschechi-

58 Edith Heller, Gemeinsame Suche nach Wahrheit. Vertreibung der Deutschen dort kein Tabu mehr, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. Dezember 1996.

59 Vgl. Manfred Alexander, Die tschechische Diskussion über die Vertreibung der Deutschen und deren Folgen, in: *Bohemia*, 34 (1993), S. 390–409; allgemein Ferdinand Seibt, Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas, München 1993<sup>2</sup>.

60 Vgl. aus tschechischer Sicht Jan Křen, Probleme und Chancen der Kooperation tschechischer und deutscher Historiker, in: Hugo Weczerka (Hrsg.), Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung, Marburg 1996, S. 17–26; ders., Tschechisch-deutsche Beziehungen in der Geschichte: Von Böhmen aus betrachtet, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/96, S. 21–27.

scher Seite noch nicht von einer „Vergangenheitsbewältigung“ die Rede sein kann.

Gleichwohl scheinen die Dinge auch hier allmählich in Bewegung zu geraten. Im März 1991 fand in Prag ein erstes, international besetztes Symposium über die Vertreibung statt, auf dem diese Vorgänge zum erstenmal offen und kontrovers diskutiert wurden. Ihm folgte im Abstand von mehr als drei Jahren im Juni 1994 in Wien, der „heimlichen Hauptstadt der Sudetendeutschen“, eine „Projektkonferenz“, die erstmals Österreicher, Tschechen, Slowaken und Ungarn zusammenführte und deren Ergebnisse vor kurzem in einem respektablen Sammelband vorgelegt worden sind<sup>61</sup>.

Wieder sind es – wie 1965 im Verhältnis zu Polen – konfessionell gebundene Kreise wie die deutsche Ackermann-Gemeinde und die tschechische Bernard-Bolzano-Gesellschaft, die sich um eine Aussöhnung von Tschechen und Deutschen bemühen, deren Breitenwirkung gleichwohl eher begrenzt zu sein scheint. So erklärte einer ihrer Protagonisten kürzlich resignierend: „Die unzähligen Begegnungen zwischen Tschechen und ihren ehemaligen deutschen Landsleuten . . . haben zwar viele Barrieren beseitigt, sich aber leider schon erschöpft: Wann und wo auch immer ein Gespräch über die unglückselige gemeinsame Geschichte zustande kommt, sitzen an den Tischen immer wieder dieselben Partner. Man hat sich schon mehrmals versöhnt, verziehen und eine gemeinsame Zukunft beschworen. Aber die Versöhnten bleiben im Ghetto unter sich.“<sup>62</sup> Ob sich dies schon in naher Zukunft ändern wird, muß abgewartet werden.

---

## X. Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ/DDR

---

Aber nicht nur in Polen und in der Tschechoslowakei war das Thema „Flucht und Vertreibung der Deutschen“ tabu, sondern nicht minder in der DDR, wo vor allem Vertriebene aus den angrenzenden Provinzen Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien über die Oder und Neiße und insbesondere Menschen aus den sudetendeutschen Siedlungsgebieten über die böhmisch-sächsische

61 Vgl. Richard G. Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan/Anna M. Drabek (Hrsg.), Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938–1948. Aktuelle Forschungsergebnisse, Wien 1997.

62 Rudolf Erhart, Versäumnisse der tschechischen und sudetendeutschen Politik seit der Wende von 1989, in: *Deutsche und Tschechen. Wege des Dialogs*, Prag 1996, S. 194.

Grenze in die Sowjetische Besatzungszone transportiert wurden. Sie hatten insofern „alles verloren“<sup>63</sup>, als man ihnen auch noch ihre Identität zu nehmen versuchte, indem man sie mit Rücksicht auf die Besatzungsmacht zu „Umsiedlern“ erklärte – so als ob sie freiwillig und mit ihrem gesamten Eigentum in ihre neue Heimat gekommen wären. Über ihre Integrationsprobleme wußte man in den alten Bundesländern bis vor kurzem kaum etwas; nicht einmal die Tatsache, daß die spätere DDR den höchsten Anteil an Flüchtlingen und Vertriebenen hatte aufnehmen müssen, dürfte hier allgemein bekannt gewesen sein<sup>64</sup>.

Erst in der Schlußphase der DDR, als sich die Fesseln der Zensur allmählich zu lockern begannen, erschienen die ersten, in ihrer Terminologie noch von der parteiamtlichen Diktion geprägten Untersuchungen<sup>65</sup>. Mittlerweile hat die Forschung zum Vertriebenenproblem auch in den neuen Ländern auf der Grundlage der in den nunmehr geöffneten Landesarchiven aufbewahrten Akten in voller Breite eingesetzt. Da angesichts der Tabuisierung des Vertriebenenproblems bis zur „Wende“ begrifflicherweise so gut wie keine Vorarbeiten vorlagen, mußte hier wirkliche Pionierarbeit geleistet werden<sup>66</sup>.

Wenn deren erste Ergebnisse nicht täuschen, ist es bei der Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Mecklenburg, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen zu ähnlichen Phänomenen wie in den weiter westlich in den anderen Besatzungszonen gelegenen Ländern gekommen: von einer zunächst weit verbreiteten Ablehnung der Neuankömmlinge durch die einheimische Bevölkerung vor allem in ländlichen Regionen bis zur – ohne einen Lastenausgleich bewerkstelligten! – Verschmelzung beider Bevölkerungsgruppen im Zeichen wirtschaftlicher Erholung und Konsolidierung<sup>67</sup>. Die nach der Aus- bzw. Gleich-

schaltung aller anderen politischen Parteien seit 1948/49 allein regierende SED hatte nichts unversucht gelassen, um das Vertriebenenproblem aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen. Seit 1949 wurden die Vertriebenen in den Bevölkerungsstatistiken nicht mehr gesondert ausgewiesen<sup>68</sup>.

Andererseits dienten nicht selten gerade die leistungsorientierten Heimatvertriebenen der sich konsolidierenden DDR als willkommene Stütze: „Es waren konservative Grundmuster individualistischer, aufstiegswilliger, durchsetzungsfähiger, eher unpolitischer und Anpassungsleistungen erbringender Personen, die die Umwälzungen in der DDR für ihren persönlichen Werdegang nutzten.“ Sie wurden „zu Prototypen dieser aufstiegswilligen, ökonomisch bestimmten Gesellschaft“<sup>69</sup>. Wie diese Vorgänge sich im einzelnen vollzogen haben und wie sie zu bewerten sind, wird sicher noch weiterer, vor allem sozialgeschichtlicher Forschungen bedürfen.

---

## XI. Ausblick

---

Inzwischen gehört das Thema „Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR“ bei der Berliner Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte zu deren zentralen Forschungsbereichen, denn – und das ist auch die Meinung des Autors –, „fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der damit einhergehenden Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa ist die Thematik der Vertreibung und die politische und soziale Integration der Vertriebenen im alsbald geteilten Nachkriegsdeutschland erneut und verstärkt ins Blickfeld der Forschung und einer interessierten Öffentlichkeit gerückt“<sup>70</sup>.

67 Vgl. Gerald Christopad, Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg und ihr Verhältnis zu der einheimischen Bevölkerung, in: M. Wille (Hrsg.), ebd., S. 86–109; Petra Pape, Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, in: ebd., S. 110–132; Michael Reiche, Die Eingliederung der Vertriebenen in Mecklenburg-Vorpommern, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Wohnraumfrage, in: ebd., S. 133–147.

68 Vgl. Torsten Mehlhase, Die SED und die Vertriebenen. Versuche der politischen Einflußnahme und der „Umerziehung“ in den ersten Nachkriegsjahren in Sachsen-Anhalt, in: ebd., S. 159–177.

69 A. von Plato/W. Meinicke (Anm. 20), S. 263 f.

70 Michael Schwarz, Integration von Flüchtlingen im Nachkriegsdeutschland. Ein Forschungskolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 44 (1996), S. 629.

63 So der Titel des Sammelbandes von M. Wille/J. Hoffmann/W. Meinicke (Anm. 20).

64 Eine Ausnahme bildete die Arbeit von Peter-Heinz Serraphim, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem, Berlin 1954. Viele der Flüchtlinge und Vertriebenen zogen dann allerdings in den Westen weiter.

65 Vgl. Regine Just, Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 35 (1987), S. 971–984; Wolfgang Meinicke, Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft, in: ebd., 36 (1988), S. 867–878.

66 Vgl. Manfred Wille, Die „Umsiedler“-Problematik im Spiegel der SBZ/DDR-Geschichtsschreibung, in: ders./J. Hoffmann/W. Meinicke (Anm. 20), S. 3–11; Manfred Wille (Hrsg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd. I, Ankunft und Aufnahme, Wiesbaden 1996.

Dieses aktuelle Forschungsinteresse beweisen auch zahlreiche in den letzten Jahren in der Bundesrepublik erschienene Untersuchungen zur Vertriebenenproblematik auf regionaler und lokaler Ebene<sup>71</sup>.

Von besonderer Bedeutung ist aber auch die sich intensivierende internationale Kooperation, die ihren Ausdruck in einer sich verdichtenden Anzahl bi- und multilateraler wissenschaftlicher Tagungen findet, auf denen die unterschiedlichen Standpunkte diskutiert und Forschungsergebnisse referiert werden. Diese werden zunehmend auch in gemeinsamen Publikationen veröffentlicht<sup>72</sup>.

71 Vgl. u. a. Wolfgang Eckart, Neuanfang in Hessen. Die Gründung und Entwicklung von Flüchtlingsbetrieben im nordhessischen Raum 1945–1965, Wiesbaden 1993; Monika Glettner (Hrsg.), Landtagsreden zur bayerischen Vertriebenenpolitik 1946–1950, München 1993; Mathias Beer, Flüchtlinge und Vertriebene im deutschen Südwesten nach 1945, Sigmaringen 1994; Rolf Messerschmidt, Aufnahme und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hessen 1945–1950. Zur Geschichte der hessischen Flüchtlingsverwaltung, Wiesbaden 1994; Rainer Schulze, „Die Ansprüche kamen erst später“. Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen, in: Deutsche Studien, 32 (1995) 126/127, S. 259–287.

72 Genannt seien z. B. die vom Lehrstuhl für Kirchengeschichte an der Katholischen Universität Lublin und der Gesellschaft PAX im September 1992 in Lublin veranstaltete internationale Tagung zum Thema „Deutsche und Polen. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“, deren Ergebnisse inzwischen gedruckt vorliegen, hrsg. von Zygmunt Zieliński, Katowice 1995; die vom Herder-Institut und dem Posener West-Institut (Instytut Zachodni) im November 1994 in Marburg veranstaltete Tagung „Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie“, unter diesem Buchtitel hrsg. von Hans-Jürgen Karp, Marburg 1997; die von der Lüneburger Ost-Akademie durchgeführte Tagung „Vertriebene in Niedersachsen. Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen und ihre Integration nach dem Zweiten Weltkrieg“, deren Referate erschienen sind in: Deutsche Studien, 32 (1995) 126/127;

Auch finden immer mehr Ausstellungen auf Landes- und Bundesebene statt<sup>73</sup>.

Möglicherweise ist erst jetzt die Zeit gekommen, gemeinsam mit allen Betroffenen an die eigentliche Erinnerung und Darstellung dessen zu gehen, „wie es eigentlich gewesen ist“, und dabei daran zu denken, „daß die Nation für diejenigen einzustehen hat, welche der verlorene Krieg die Heimat gekostet hatte“<sup>74</sup>. Wenn nicht alles täuscht, könnte es daher durchaus sein, daß erst in unseren Tagen „Flucht und Vertreibung“ für die Deutschen selbst und für ihre östlichen Nachbarn in ihrer fortwirkenden Bedeutung für die unmittelbar Beteiligten wie auch in ihrer gemeinsamen europäischen Schicksals-Dimension wahrgenommen werden.

schließlich im Dezember 1996 die Warschauer Veranstaltung „Vertreibungskomplex“, auf der der ehemalige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki den Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, zuallererst begrüßte! Was das bedeutete, kann nur ermesen, wer um die polnische Empfänglichkeit für derartige Gesten weiß! Vgl. Thomas Urban, Polen zeigen lebhaftes Interesse an Vertreibung, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. Dezember 1996. Ferner sei hingewiesen auf die gemeinsam vom Historischen Institut der Universität Stettin und der Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde herausgegebene zweisprachige Dokumentation „Stettin 1945. Dokumente – Erinnerungen“, Rostock 1994. Eine von deutschen wie polnischen Autoren gemeinsam bestrittene und von Jan M. Piskorski (Posen/Stettin) betreute „Kleine Geschichte Pommerns“ ist im Druck.

73 Genannt seien ihres exemplarischen Charakters wegen hier nur die Kataloge einiger Ausstellungen: Immo Eberl (Bearb.), Die Donauschwaben. Deutsche Siedlung in Südosteuropa, Sigmaringen 1989<sup>2</sup>; Deutsches Historisches Museum Berlin (Hrsg.), Deutsche im Osten. Geschichte – Kultur – Erinnerungen, München – Berlin o. J. (1994); Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Annäherungen – Zbliżenia. Deutsche und Polen 1945–1995, Düsseldorf 1996. Diese Ausstellung wurde auch in Warschau gezeigt.

74 Hartmut Boockmann, Die Geschichte Ostdeutschlands und der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa, in: Deutsche im Osten, ebd., S. 20.

## **Dieter Bingen: Bilanz deutscher Politik gegenüber Polen 1949 bis 1997**

Aus Politik und Zeitgeschichte B 53/97, S. 3–10

Die Bilanz der deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird bereits stark durch die Erfahrungen der letzten sieben Jahre geprägt. In das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen ist zumindest auf offizieller Ebene ein Grad an Normalität und politischer Freundschaft eingekehrt, der vor zehn Jahren noch als unvorstellbar galt. Der historische und politische Ausgleich mit Polen war in den Gründerjahren der „alten“ Bundesrepublik kaum zu erwarten gewesen. Der Verständigung stand schließlich auch das Problem deutscher Zweistaatlichkeit und konkurrierender Politik entgegen. So gab es Anfang der fünfziger Jahre nur wenige Ansätze für eine neue Politik gegenüber Polen.

Freilich galt das Friedensgebot gegenüber dem polnischen Staat und das Verständigungs- und Versöhnungsangebot an das polnische Volk von Anfang an. In den fünfziger und sechziger Jahren hatte sich die Bundesrepublik mit ihren Rechtspositionen selbst gebunden. Aber gerade in der Bonner Haltung zur deutschen Ostgrenze stießen die Faktoren der Kontinuität (rechtsdogmatische Positionen) und des Wandels, ja des Bruchs (mit dem traditionellen Grenzrevisionismus), in harter Weise aufeinander. Hier wurde die Diskontinuität mit der traditionellen deutschen Ost- und Polenpolitik evident.

Die durchgängig feststellbare innenpolitische Instrumentalisierung des Verhältnisses zu Polen hatte jedoch auch ihr Gutes: Es erscheint im Rückblick geradezu als eine List der Geschichte, daß die Zögerer und Verursacher innenpolitischer Fehden in polnischen Angelegenheiten dazu beigetragen haben, das Verhältnis zu Polen nach 1945 so zu „bewältigen“, daß in der politischen Elite und in der Bevölkerung – soweit sie sich ernsthaft mit Polen beschäftigt – die neuen Grundlagen des Verhältnisses zu Polen so unstrittig sind wie nie zuvor in der schwierigen Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts.

## **Włodzimierz Borodziej: Polen und Deutschland seit 1945**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/97, S. 11–20

Die deutsch-polnischen Beziehungen, lange vor 1939 von Konflikten und Mißtrauen geprägt, erreichten während und nach dem Zweiten Weltkrieg einen Tiefpunkt. Die Volksrepublik Polen und die DDR etablierten 1950 auf der Grundlage der gemeinsamen Zugehörigkeit zum „sozialistischen Lager“ und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Ostberlin formal korrekte Beziehungen, ohne jedoch ihren Bürgern eine wirkliche Annäherung, geschweige denn eine Aussöhnung zu ermöglichen. Polnisch-westdeutsche Beziehungen gab es bis in die sechziger Jahre hinein so gut wie gar nicht; im Zeichen des Kalten Krieges wurden mit Vorliebe alte nationalpolitische Gegensätze und Verhaltensmuster tradiert, wobei die Nichtanerkennung der Westgrenze Polens auf der einen und die Mobilisierung der Bevölkerung gegen die angebliche westdeutsche Bedrohung auf der anderen Seite im Vordergrund der jeweiligen Politik standen.

Eine neue Qualität erreichte das Verhältnis zwischen Bonn und Warschau, ungeachtet der Anstrengungen mancher prominenter Außenseiter, erst mit dem Vertrag von 1970. Trotz mehrerer Rückschläge, die vor allem mit ungelösten Problemen und Folgen des Zweiten Weltkriegs zusammenhingen, entkrampfte sich das polnisch-westdeutsche Verhältnis bis 1989 weitgehend. Die Beziehungen Warschaws zu Ostberlin, deren Blütezeit in die siebziger Jahre fiel, waren hingegen in den achtziger Jahren eher komplizierter als zuvor, weil die DDR nach 1980 die Angst vor dem „polnischen Bazillus“ nicht abbauen konnte und wohl auch nicht wollte.

Seit dem Durchbruch von 1989 ist viel öfter von der zukunftsorientierten „Interessengemeinschaft“ denn von Geschichte die Rede. Das heißt nicht, daß Polen und Deutsche einander ganz neu entdecken; der unterschiedliche Umgang mit der Geschichte wird auf der jeweils anderen Seite der Grenze aufmerksam verfolgt und bildet gewiß eines der Urteilkriterien über den Nachbarn. Dennoch scheint derzeit die Vergangenheit – zum ersten Mal in diesem Jahrhundert in den deutsch-polnischen Beziehungen – die Gegenwart und die Zukunft nicht entscheidend zu prägen.

## **Georg W. Strobel: Die polnische „Preußenkrankheit“ und ihre politische Instrumentalisierung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/97, S. 21–33

Für die Gewinnung von Legitimation und nationaler Identifikation für das sonst abgelehnte kommunistische Regime nach 1945 wurde das mentalitätshistorisch bedeutsame Deutschensyndrom – die „Preußenkrankheit“, wie dies Władysław Studnicki 1907 nannte – von den polnischen Kommunisten auf direkte Weisung Stalins erfolgreich instrumentalisiert. Die politische Einschätzung der „Preußenkrankheit“ erfordert die Kenntnis ihrer Entstehung und der historischen Entwicklung der mentalen Prädispositionen gegenüber den Deutschen im 19. Jahrhundert. Bisher fehlt eine kritische Betrachtung dazu sowohl in der deutschen wie in der polnischen Geschichtsschreibung. Ebenso wichtig ist die psychopolitische, gesellschaftliche Bedeutung des Deutschensyndroms wie dessen reale politische Handlungsmotivation im wiedererstandenen Polen nach 1918.

Vor diesem Hintergrund werden seine legitimatorische und identifikatorische Funktion nach 1945 im kommunistischen sowie seine Folgewirkungen im postkommunistischen Polen verständlicher. Nach der kommunistischen, die Gesellschaft manipulierenden antideutschen Propaganda und der „Erziehung zur Feindschaft“ – wie es Anna Wolff-Powęska vom Posener „West-Institut“ nannte – die auch nach dem Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung vom Dezember 1970 andauerte, wird das bisher kaum reflektierte Deutschensyndrom als einer der Herrschaftspfeiler des kommunistischen Regimes in der postkommunistischen Gesellschaft zwar schrittweise mühselig abgebaut, aber bedeutend langsamer, als es in den mittlerweile partnerschaftlich guten Staats- und Wirtschaftsbeziehungen geschehen konnte. Mit der jahrzehntelangen Betonung und Pflege des Phänomens der „Preußenkrankheit“, die über die historisch-politische Tradition hinaus tief sozialisiert und internalisiert wurde, ist den sonst abgelehnten Kommunisten ein politischer Erfolg weit über ihre eigene Herrschaftszeit hinaus gelungen. Er belastet nunmehr das postkommunistische Polen und dürfte auch hier noch lange wirksam bleiben – es sei denn, ihm wird gezielt begegnet. Mittlerweile gibt es denn auch auf polnischer wie auf deutscher Seite zahlreiche – auch gemeinsame – Initiativen, die mit dieser Verständigungsarbeit begonnen haben.

## **Hans-Werner Rautenberg: Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/97, S. 34–46

Seit der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, in der er besonders auch der Heimatvertriebenen gedachte, sind diese wieder deutlicher ins Bewußtsein der Deutschen gerückt. Mit den Verträgen von 1990 und 1991 ist die polnische Westgrenze vom wiedervereinigten Deutschland völkerrechtlich anerkannt worden. Damit wurde der Weg frei für eine vorurteilslose Betrachtung über die Ursachen der deutschen Niederlage und deren Folgen am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die zu Flucht und Vertreibung von Millionen ostdeutscher Menschen mit ihren grauenvollen Begleitumständen geführt haben.

Ein tiefgreifender Prozeß des Vergessens und der „Unfähigkeit, zu trauern“ in der westdeutschen Gesellschaft, der die Vertriebenen in eine Randposition zu drängen und mit dem Makel der „Ewiggestrigen“ zu behaften drohte, ist seit Mitte der achtziger Jahre einer Neubelebung des Themas „Flucht und Vertreibung“ gewichen. Sie hat zu einer Fülle von Untersuchungen geführt, die allerdings nicht so sehr das Vertreibungsgeschehen, sondern vor allem Ankunft und Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihrer neuen Heimat sowie ihre Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft zum Inhalt haben. Die Öffnung der Archive in den neuen Bundesländern hat überdies eine Untersuchung dieser Vorgänge auch in der späteren DDR möglich werden lassen.

Die „Wende“ der Jahre 1989/90 hat schließlich in Polen und in Tschechien dem aus politischen Gründen verordneten Schweigen über die Flucht und Vertreibung der Deutschen ein Ende gesetzt und läßt den Beginn eines Gesprächs aller von den damaligen Vorgängen Betroffenen über die Grenzen hinweg als möglich erscheinen.